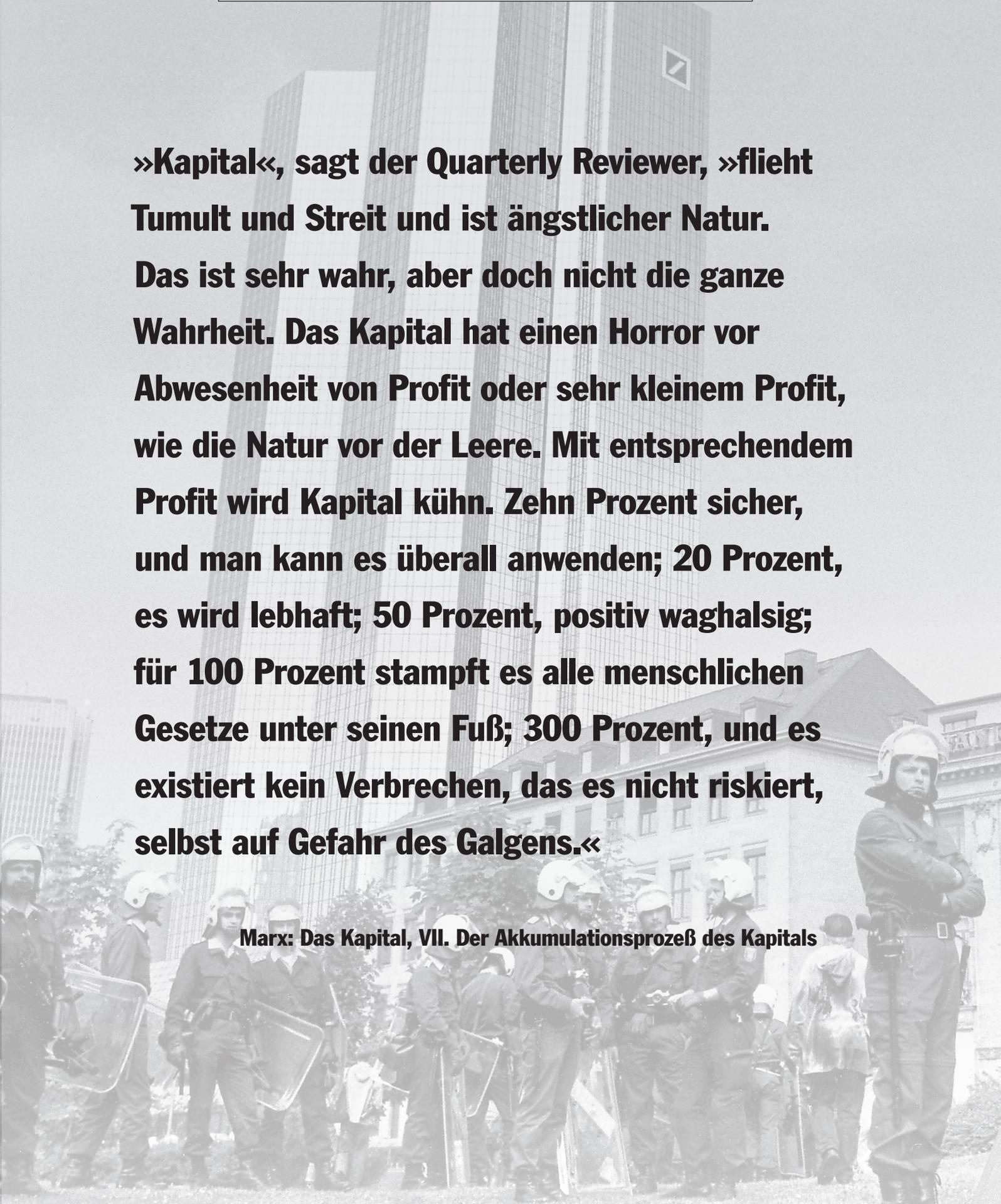


Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

»Kapital«, sagt der Quarterly Reviewer, »flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.«

Marx: Das Kapital, VII. Der Akkumulationsprozeß des Kapitals



Welche Krise?

Euro-Krise, Finanzkrise, Staatsschuldenkrise, Griechenland-Krise, Bankenkrise... Dem Leser der Wirtschaftspresses geht es ähnlich wie dem gewöhnlichen Besitzer einer kaputten mechanischen Uhr. Ein Blick aufs Uhrwerk verstärkt die Ratlosigkeit. Hier ein Rädchen, dort eine Feder oder ein anderes Rädchen – wie hängt das alles zusammen? Es äußern sich die Politiker, die Banker, die Volkswirte. Hätte man die DMark behalten sollen? Wäre es für die Griechen besser, sie hätten wieder die Drachme? Müssen die Deutschen den Rest des Eurolandes retten? Sind die Banken die Bösen oder sind es die Industriellen, die Exportüberschüsse verursachen?

Selbst wenn wir nicht auf alles eine Antwort finden, so ist doch für unsere Diskussion wichtig, dass wir für die vielen angesprochenen Aspekte eine angemessene Struktur finden, dass wir den Mechanismus des Krisen-Prozesses verstehen, dass wir verstehen, wie die Feder gespannt wird, wie ein Rad ins andere greift und wie dann die Stunde geschlagen wird.

Eine Vorgeschichte

Die vorangegangene Aktien- und Immobilienkrise 2007 und folgende Jahre in den USA, die auf viele andere Volkswirtschaften ausstrahlte hatte zur Hauptursache, dass die riesigen Profite, die in der produzierenden Wirtschaft angefallen waren, dort nicht profitbringend reinvestiert werden konnten. So hätten die Kapitalüberschüsse als totes Kapital brach gelegen, wenn sie nicht in der Finanzwirtschaft als lebendiges Geldkapital in sogenannte Finanzprodukte investiert worden wären. Die einfachsten dieser Finanzprodukte sind Aktien und Anleihen, also Beteiligungspapiere bzw. Schuldtitel. Komplizierter schon sind verbrieftete Kredite, Hypotheken etc., die von den sie haltenden Banken zusammengefasst (verbrieft) und an Dritte weiter veräußert werden. Und sehr viel komplizierter können Derivate, also weiter abgeleitete Papiere, sein, die nicht mehr dingliche Werte besichern, sondern die Wetten auf Kursverläufe, Preisentwicklungen von Rohstoffen u. ä. bedeuten. Viele dieser Geschäfte, vor allem die zuletzt genannten, werden nur unter Finanzinstituten oder Großinvestoren wie Hedgefonds, Private Equity Fonds etc. abgeschlossen, kleine Privatanleger (das sind in diesen Kreisen auch einfache Millionäre) spielen dort direkt keine Rolle.¹

Diese Krise wurde bekanntlich so »gelöst« – oder besser: abgewickelt -, dass in den USA über 200 Banken in die Insolvenz gingen und die sogenannten »systemrelevanten« Geldinstitute durch staatliche Einlagen oder Bürgschaften »gerettet« wurden. Banaler ausgedrückt: Ein Teil der Investoren oder Spekulanten verlor sein Geld an andere, anderen wurde geholfen. Der Gesamtvorgang hatte also sowohl eine ökonomische als auch eine politische Seite. Bestimmte Unternehmer bzw. Unternehmergruppen haben größeren politischen Einfluss als andere und können am Markt Vorteile daraus ziehen. Die Gesetze des Marktes gelten zwar grundsätzlich für Alle, aber in Einzel- und Krisenfällen gibt es stets Bevorzugte und Benachteiligte auch innerhalb der herrschenden Klassen. Systemrelevant sind die großen Bourgeois-Vermögen, sie beherrschen über ein Geflecht von Verbindungen die Gesellschaft und vermögen gemeinsam

1 In diesem Zusammenhang immer noch sehr informativ: Rainer Roth, Finanz- und Wirtschaftskrise: SIE kriegen den Karren nicht flott..., Klartext e. V. 2009, www.klartext-info.de

die Gesellschaft für ihre Privatinteressen in Anspruch zu nehmen. Mit anderen Worten: Ihre Privatinteressen sind zusammen genommen das kapitalistische gesellschaftliche Gesamtinteresse.

Der ausführliche Verweis auf die Krise Ende des vorigen Jahrzehnts, weil die aktuelle Krise deren Fortsetzung unter anderen Vorzeichen ist. Die großen Industriestaaten hatten die maßgeblichen Banken mit zusätzlichem Geld gerettet, d. h. sie hatten über Beteiligungen und Kredite Kapital bereitgestellt, um Insolvenzen zu verhindern, die nach geltenden Regeln unausweichlich gewesen wären. Außerdem hatten die Regierungen milliardenschwere Konjunkturprogramme vor allem für die Autoindustrie aufgelegt. Damit einher ging eine Erhöhung der Staatsverschuldung. Der Effekt war, grob gesagt, dass mit staatlicher finanzieller Unterstützung das Profitemachen der großen Industrie- und Finanzunternehmen weiter angeschoben wurde, zu Lasten der Einkommen der privaten Haushalte; also ein weiteres Auseinanderklaffen der Einkommen und Vermögen der Bourgeoisie und der lohnabhängigen Klassen.

Die Konjunkturprogramme kurbelten zwar kurzfristig den Absatz verschiedener Industrien an, wie z. B. der Autoindustrie und ihrer Zulieferer. Sie verhinderten aber auch einen Abbau der mittlerweile eingetretenen Überkapazitäten. Wie groß diese Überkapazitäten in verschiedenen Branchen weltweit bereits sind, wird deutlich, wenn z. B. von der Frachtschiffahrt, von den Kfz-Herstellern oder der Stahlindustrie Kapazitätsüberhänge von zwanzig Prozent und mehr gemeldet werden. Die Logik des kapitalistischen Produktionsprozesses bringt es mit sich, dass die Kluft zwischen der Kaufkraft der lohnabhängigen Klassen und der Profitmasse der herrschenden Klassen wächst. Wenn die

INHALT · Heft Nr. 3 / Juli · Jg. 53

Griechenland nach den Wahlen:

Von der Wirtschaftskrise zur Krise des alten parlamentarischen Systems 5

Abrechnung mit den Parteien des »alten Systems« 7

Buchempfehlung: »Geschichte der Novemberrevolution« von Richard Müller 15

Italien: Schwacher Gegenwind für Super-Mario 12

Zur Tarifrunde im ÖD und in der Metallindustrie: Gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften blieb aus . . 16

Der angekündigte Streik, der nicht geführt wurde 17

Buchbesprechung:
Zionistische Ideologie im »internationalistischen«
Mäntelchen 22

Buchempfehlung: »Der Gaza-Streifen« von Joe Sacco . . . 31

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des
Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Regierungen, wie geschehen, durch ihre Interventionen an den Finanz- und den Warenmärkten, den Abbau der Überkapazitäten zeitweilig verhindern, weil Parlamentswahlen anstehen oder soziale Unruhen vermieden werden sollen, dann verschieben sie nur den Zeitpunkt der Betriebsschließungen oder Insolvenzen.

Der Euro im Wechselbad der Krise

So zutreffend die letzte Feststellung auch prinzipiell ist, so muss sie doch modifiziert, relativiert werden, um der Realität gerecht zu werden. Denn man muss berücksichtigen, dass die reale kapitalistische Welt aus vielen miteinander konkurrierenden kapitalistischen Klassen besteht, und dass der Verlust des Einen häufig der Gewinn des Anderen ist. Konkret heißt das, dass der Abbau der bestehenden Überkapazitäten nicht linear über die Weltwirtschaft erfolgt, sondern dass z. B. aus Wettbewerbsgründen oder aus technischen oder politischen Gründen Produktionsstätten eher in den einen als in den anderen Ländern geschlossen werden. General Motors und Volkswagen werden wahrscheinlich ihre Heimatmärkte stärker schonen, bei Fiat-Chrysler muss man sich allerdings heute schon fragen, welches der Heimatmarkt ist (wahrscheinlich nicht Italien). Auch politische Interventionen, z. B. Handels- und Währungsabkommen, spiegeln Machtverhältnisse wider und können für den Einen die Marktkräfte besänftigen, während sie die Anderen im Regen stehen lassen.

Die Eingliederung des ehemals sozialistischen Lagers, insbesondere Chinas und Russlands, der Wirtschaftsaufschwung in Brasilien und teilweise in Indien sowie in den südostasiatischen Staaten hatte die Sphäre für das anlagensuchende Kapital erheblich ausgeweitet. Die damit verbundene Ausweitung des Weltmarktes trieb vor allem die Investitionsgüterindustrie und in der Folge die Produktion von Konsumgütern an. Das bedeutete auf der einen Seite eine Entlastung, weil durch die riesigen Investitionen in Produktionsanlagen, Verkehrswege, Städtebau, öffentliche und private Transportmittel usw. viel Geldka-

pital absorbiert werden konnte. Aber das war nur ein Teil des vorhandenen anlagensuchenden Geldkapitals. Und die Profite aus den Geschäften in der neuen kapitalistischen Welt vergrößerten wiederum das Problem der profitablen Geldanlage. Höchst wahrscheinlich hat die Ausdehnung des Weltmarktes ein früheres Ausbrechen der großen Wirtschaftskrise als Überproduktionskrise verzögert und eine Diversifizierung der Folgen für verschiedenen Branchen (z. B. Stahl, Auto, Energie) bewirkt. Aber die Geldkapital-Masse, die den Sachwerten gegenübersteht, und für die es in der Produktionssphäre keine Anlagemöglichkeiten gibt, ist absolut (vielleicht auch relativ) erheblich angewachsen und trägt die Spekulationswelle auf den Finanzmärkten.

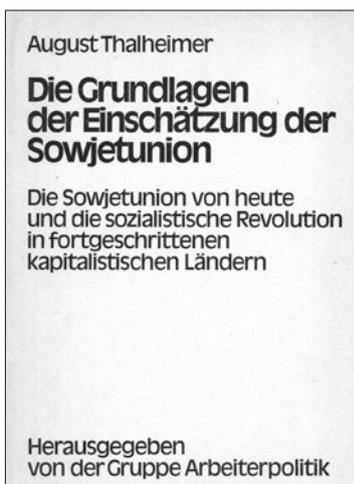
Vom Geschehen auf diesen Finanzmärkten geht zu einem erheblichen Teil die gegenwärtige Euro-Krise aus. Die Tatsache einer Staatsverschuldung und auch die relative Höhe der Staatsverschuldung bedingt für sich genommen noch keinen Anlass für eine wirtschaftliche Krisensituation; Japan und die USA geben dafür das Beispiel. Das Hauptproblem für die verschuldeten Staaten besteht jedoch in der Refinanzierung ihrer Schulden – hier liegt das Haupteinfallstor für die Spekulation der potentiellen Geldgeber gegen den potentiellen Schuldner. Wenn die Fähigkeit zur Rückzahlung aus welchen Gründen auch immer in Frage gestellt wird, und die notwendige Umschuldung immer teurer wird, weil die Finanziers auf immer höheren Zinsen bestehen, ist es möglicherweise nur eine Frage der Zeit, bis der Schuldner sich insolvent bekennen muss. Das ist auf der einen Seite ein ökonomischer Vorgang; aber in der Sphäre der Staatenwelt ist es zugleich ein politischer Vorgang, d. h. außerökonomische Aspekte spielen bei der Beurteilung des Risikos bei der Kreditvergabe eine große Rolle.

Diese Verquickung ist am Beispiel der sog. Euro-Krise gut zu erkennen. Die Unfähigkeit Griechenlands, seine Schulden zu begleichen bzw. die Umschuldungen zu Marktbedingungen zu finanzieren, hatte schließlich zum Schuldenschnitt geführt; ein zweiter Schuldenschnitt wird nicht ausgeschlossen. Die Annahme, dass nun auch andere



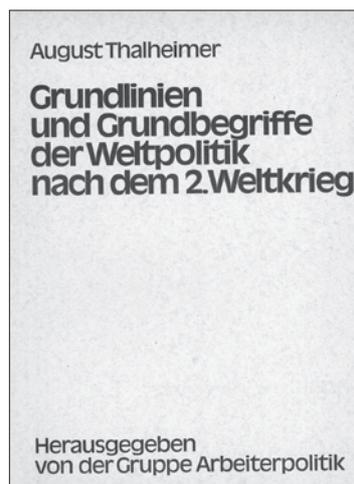
Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948, Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



August Thalheimer
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
1946, Gruppe Arbeiterpolitik

43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg
Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik

32 Seiten A5 | 1,50 EUR

Euro-Staaten, wie Portugal, Spanien, Italien und vielleicht auch Frankreich, zu höheren Risikozinsen gezwungen werden können, wurde am Markt bestätigt. Der Spread, d. h. der Zinsabstand etwa zu deutschen Staatspapieren, den alle diese Länder für neu aufgenommene Kredite zahlen müssen, liegt z. T. über fünf Prozent, im günstigsten Falle über zwei Prozent. Damit wird der Handlungsspielraum der betroffenen Staaten, sei es auf dem Felde der Sozialpolitik, aber auch in der Wirtschafts- und Strukturpolitik erheblich eingeschränkt, weil der Schuldendienst immer größeres Gewicht erhält. Das bereits vorhandene wirtschaftliche und soziale Ungleichgewicht zwischen den Staaten der Eurozone würde bei einem Fortgang der skizzierten Entwicklung allein schon aus diesem Grund beträchtlich anwachsen. Selbstverständlich gibt es auch weitere wichtige Elemente, die für die Ungleichheit zwischen in der Euro-Zone maßgeblich sind, wie Industriedichte und -struktur, Bildungs- und Ausbildungswesen, Arbeitsmarkt, Rohstoff- und Energieverfügbarkeit usw. Diese Unterschiede spielen in der Konkurrenz eine Rolle und sie sind Handlungsfelder sowohl für die Politik der einzelnen Staaten wie auch der überstaatlichen Europäischen Gremien. Aber wenn einzelne Staaten sich nur noch zu exorbitanten Zinsen umschulden könnten, wäre ihnen jeder Einfluss auf die weitere Gestaltung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Strukturen entzogen – und damit auch ihren nationalen herrschenden Klassen.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich die grundsätzliche Einigung aller Euro-Partner, den Finanzmärkten geschlossener gegenüber zu treten. Die Interessen- und damit Meinungsunterschiede spielen im Hinblick auf die Konditionen eine Rolle, unter denen der Schulterchluss stattfinden kann und soll.

Die Europäische Union wie auch die Euro-Zone sind in erster Linie Ergebnisse politischer Entscheidungen der beteiligten Nationen und ihrer herrschenden Klassen. Die lohnabhängigen Klassen tragen im großen und ganzen den Einigungsprozess mit, weil er mit Erleichterungen auch für sie verbunden ist: Freizügigkeit im Reiseverkehr, Niederlassungsfreiheit und erweiterter Arbeitsmarkt, Wegfall des Geldwechsels beim Auslandsurlaub. Viele erhoffen sich davon auch Sicherheit vor künftigen innereuropäischen Kriegen.

Gleichwohl bestehen die historisch gewachsenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Unterschiede zwischen den ungleich großen und ungleich mächtigen Staaten fort. Auch innerhalb der Gemeinschaft ist die Konkurrenz der Unternehmer und Unternehmen nicht aufgehoben. Die Tendenz zur Zentralisierung und Monopolisierung des Kapitals, wie Marx es nannte, wirkt auch hier fort. Dennoch hatten die Bourgeoisien den Willen und die Macht, sich gegenüber dem erweiterten Weltmarkt zu verbünden, um dort ein größeres Gewicht zu haben – politisch und wirtschaftlich. Wie unabweisbar notwendig das war und ist, zeigen die wiederholten Beschwerden über den Handelsprotektionismus, den gerade die G-20-Staaten zunehmend aufbauen.² Nur gemeinsam, im Block, können die EU-Länder vorteilhafte Handelsbedingungen erwirken. Eine gemeinsame Finanzpolitik, die ein geschlossenes Auftreten an den internationalen Finanzmärkten ermöglichte, hätte aber unterschiedliche Konsequenzen für die Staaten, je nachdem wie sie gestaltet würde. Eine strikte Austeritätspolitik für alle Staaten gleichermaßen würde diejenigen begünstigen, die bereits die besten Ausgangsbedingungen im Hinblick auf Industrie, staatliche und private Infrastruktur u. ä. haben.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung 19. 6. 2012 »G-20-Staaten bauen die meisten Handelsbarrieren auf«

Sie wäre aber für all jene, die einschlägigen Nachholbedarf haben und ihn nur über Schulden finanzieren könnten, wie eine Fessel. Ohne den strikten Sparzwang und die damit verbundene geringere Kreditaufnahme an den Märkten würden allerdings wahrscheinlich die Schuldzinsen höher sein.

Man kann also nicht beides zugleich haben: Die niedrigen Zinsen wie für die deutschen Staatspapiere aktuell und gemeinsame Kreditaufnahme aller EU-Länder. Die von der Wirtschaftspresse hierzulande unter dem Titel »Die Deutschen sollen zahlen« geführte (demagogische) Diskussion ist eher unter taktischen als unter strategischen Gesichtspunkten angelegt. Allen Beteiligten ist klar, dass am gemeinsamen Auftreten der Euro-Länder auf den Finanzmärkten kein Weg vorbei führt, wenn nicht die Union insgesamt zerbrechen soll. Es geht in Wirklichkeit darum, welchen Einfluss die wirtschaftlich starken Mitglieder auf die schwächeren Ausüben können und darum, wie es verfahrensmäßig sichergestellt werden kann, dass Beschlüsse letztendlich durchgesetzt werden können gegen bestimmte Staaten. Dabei ist sicherlich allen Beteiligten klar, dass es im Felde der Politik keine völlige Sicherheit geben kann, solange in der inneren Politik der Länder die Bevölkerung und insbesondere die lohnabhängigen Klassen nicht ausgeschaltet werden können. Solche Vereinbarungen, wie sie nun getroffen werden müssen, sind deshalb äußerst komplex, schaffen neben Gewinnern selbstverständlich auch wieder Verlierer, national wie international. Es sind also ernsthafte Kämpfe die in den Kommissionen und Verhandlungsrunden geführt werden, keineswegs nur Schaufenster-Veranstaltungen für das Publikum. Und es geht, da es über das Grundsätzliche, also den Weiterbau der Euro-Zone, keinen wirklichen Dissens gibt, um viele Detailfragen.

3. Juli 2012 ■





■ GRIECHENLAND NACH DEN WAHLEN:

Von der Wirtschaftskrise zur Krise des alten parlamentarischen Systems

Fast alle Kommentatoren quer durch die politischen Lager sind sich einig – auch die zweiten Wahlen innerhalb von sechs Wochen ließen nur die Bildung einer äußerst schwachen Koalitionsregierung zu. »Aber auf mittlere Sicht (und das sind nur Monate) wird sich die dreigeschirrige griechische (Regierungs-)Troika aus Nea Dimokratia, Pasok und Dimar ohne deutliche »Zugeständnisse« seitens der EU-EZB-IWF-Troika nicht halten können«, schreibt Niels Kadritzke auf den ‚nachdenkseiten‘.

Der sozialen Katastrophe – eine Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, die das Land seit fünf Jahren im Griff hält – folgte mit den Wahlen vom 6. Mai und 17. Juni dieses Jahres ein parlamentarisches Beben. Über Jahrzehnte lösten sich die beiden großen Volksparteien – die konservativ/neoliberale ND und die sozialdemokratische PASOK – in der Regierungsverantwortung ab. Ihr Stimmenanteil lag seit 1981 stets zwischen 75 und 85 Prozent. Das griechische Wahlrecht, das die stärkste Fraktion mit 50 Extrasitzen (17 Prozent der 300 Parlamentssitze) belohnt, sicherte der jeweiligen Regierungspartei die absolute Mehrheit in der Volksvertretung. Der Stimmenanteil von ND und PASOK hat sich bei den Wahlen vom 6. Mai mehr als halbiert. Die Vorherrschaft der beiden Volksparteien ist zusammengebrochen. Es bedurfte eines zweiten Wahlganges, um überhaupt eine parlamentarische Mehrheit für die Regierungsbildung zu erhalten.

»Diese erste griechische Koalitionsregierung, die aus Wahlen hervorgegangen ist, ist allerdings [...] ein eigenartiges Konstrukt. Sie nennt sich zwar »Regierung der nationalen Rettung« und feiert sich selbst als eine Art Volksfront gegen den Staatsbankrott und den Ausschluss aus der Eurozone. Aber wenn man die Zahlen hochrechnet, repräsentiert sie gerade 47 Prozent der Wähler und nicht einmal 30 Prozent der Wahlberechtigten.« Niels Kadritzke führt weiter aus, »dass diese Regierung – gesellschaftlich gesehen – eine Minderheiten-Regierung ist. Und dass sie in den Augen der

gesellschaftlichen Mehrheit das letzte Aufgebot des »alten politischen Systems« darstellt, das Griechenland zuvor in seine existenzielle Krise geführt hat.«

Die Wahlergebnisse sind Ausdruck des labilen Gleichgewichts der politischen Lager in Griechenland. Der Wahlausgang vom 17. Juni spiegelt den tiefen Riss wider, der sich durch das Land zieht. In den städtischen Ballungsräumen hat es eine radikale Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse nach links gegeben, von der PASOK zu Syriza. In den ländlichen Gebieten und den Kleinstädten konnte sich die ND noch als stärkste Partei behaupten. Sie bekam allerdings durch den Wahlerfolg der populistischen Partei »Unabhängige Griechen« (ANEL) und der faschistische Partei »Goldene Morgenröte« (CA) eine starke Konkurrenz von rechts Außen. Für beide Parteien kam eine Regierungsbeteiligung nicht in Frage; sie haben sich im Wahlkampf als populistische Gegner der EU-Sparauflagen profiliert. Gegenüber der Wahl von 2009 haben die rechten Parteien zusammengenommen ihren Stimmenanteil leicht ausbauen können.

Von den im Parlament vertretenen sieben Fraktionen blieben nur drei, die bereit waren den Vorgaben der maßgeblichen europäischen Kapitalgruppen zu folgen und sich an einer Koalition zur Umsetzung der Sparauflagen zu beteiligen. Die beiden kleinen Koalitionspartner, PASOK und DIMAR, sahen in der »Regierung zur nationalen Rettung« wohl von Anfang an nur eine Notlösung. Sie entsandten vorsichtshalber gar keine eigenen Minister in das Kabinett.

Ohne eine Entlastung bei den Sparvorgaben werden sich die sozialen Widersprüche verschärfen und die politische Polarisierung weiter vorantreiben. Die Regierungsparteien sähen sich wohl schon bald mit einem Wiederaufleben der sozialen und politischen Unruhen konfrontiert, sollten sie nicht wenigstens für Teile der Bevölkerung die Härten abfedern können. Ein Entgegenkommen der Troika aber ist nicht absehbar. Deren Vertreter wiesen die entsprechenden

Bitten der griechischen Regierung zurück, doch wenigstens den Zeitraum für die Umsetzung der Sparauflagen zu strecken. Stattdessen hat die Troika den Ton gegenüber der Regierung in Athen verschärft und den Druck erhöht.

Widerstand und Repression

»Zwar ist es den sozialen Bewegungen immer wieder gelungen, die Regierung zu stürzen und der politischen Klasse die Legitimation zu entziehen, im Resultat haben die bürgerlichen Kräfte jedoch mit der Rückendeckung der EU die Kontrolle über die staatlichen Apparate behauptet und diese gegen jegliche demokratische Transformation abgeschotet. Für die Zukunft verheißt das wenig Gutes. Noch sind die Diskussionen innerhalb der bürgerlichen Kräfte im Gange, und es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, dass es gegenwärtig keine Mehrheit für eine autoritäre Lösung gibt.« (Gregor Kritidis in ‚Lunapark 21‘, erschienen vor dem zweiten Wahlgang am 17. Juni)

Das 2009 gewählte Parlament selbst, hat mit den Stimmen von PASOK und ND geholfen, den Weg in Richtung einer autoritären Lösung zu ebnen. Es hat den Bruch der griechischen Verfassung als auch die Aushebelung seiner eigenen Rechte im Interesse der »Rettung der Wirtschaft und Staatsfinanzen« akzeptiert. Die Mehrheit im Parlament hat auch der Beseitigung der Tarifautonomie zugestimmt; den Gewerkschaften wurde untersagt, Lohnerhöhungen zu vereinbaren, solange die Arbeitslosigkeit nicht unter 10 Prozent gesunken ist.

In Griechenland beherrschen die 15 reichsten Familien das Wirtschaftsleben des Landes. Diese griechische Bourgeoisie hat die Krise genutzt, um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben. Mit Unterstützung der herrschenden Klassen in den anderen europäischen Staaten – unter dem Schirm/Schutz der Troika – hat sie das Lohnniveau radikal abgesenkt, die sozialen Sicherungen demontiert und gewerkschaftliche Rechte abgebaut. Im Verlauf der Geschichte hat diese Bourgeoisie des Öfteren ihre gesellschaftliche Stellung gesichert, in dem sie sich unter den Schutz ausländischer Mächte und/oder einheimischer Diktatoren begab.

Wir können nicht vorhersagen, ob die griechische Bourgeoisie in nächster Zeit auf die autoritäre Lösung, die Errichtung einer Diktatur, setzt, um das zu ihren Gunsten verschobene Machtgefüge zu zementieren. Aber auch eine auf parlamentarischer Basis gebildete Regierung wird zu autoritären Mitteln greifen und den staatlichen Repressionsapparat nutzen, um ihre Beschlüsse gegen den Widerstand auf der Straße durchzusetzen. Das belegen die Erfahrungen der vergangenen beiden Jahre. Der Wahlerfolg der Parteien am rechten Rand, insbesondere der faschistischen CA, stärkte die organisierten Schlägertrupps, die sich von den staatlichen Repressionsapparaten dafür einspannen lassen. Die Zahl organisierter rassistischer Übergriffe und von Angriffen auf linke Organisationen hat nach den Wahlen deutlich zugenommen. Das geschah mit Duldung und Unterstützung durch die Sondereinheiten der Polizei für innere Unruhen. Unter ihnen als auch im Offizierskorps gibt es genügend Kräfte, die für eine autoritäre Lösung bereit ständen wenn sie gerufen würden.

»Aber nur eine Einheitsfront aller linken und demokratischen Kräfte kann den herrschenden Eliten deutlich machen, dass sie ein hohes Risiko eingehen, sollten sie es wagen, die Demokratie in Hellas endgültig beseitigen zu wollen.« so Kritidis weiter. Diese Einheitsfront ist auch Voraussetzung, um den Widerstand gegen die Umsetzung der Sparauflagen durch die neue Regierung zu stärken. Eine Verteidigung der Demokratie ohne Verteidigung der sozialen Belange

der Lohnabhängigen kann nicht erfolgreich sein. Sollten die Parteien/Organisationen der Linken, aus Rücksicht auf mögliche demokratische Bündnispartner, die sozialen Interessen vernachlässigen oder fallen lassen, dann würde dies den antiparlamentarischen Kräften der extremen und faschistischen Rechten Auftrieb verleihen.

Die europäische Dimension der Klassenkämpfe in Griechenland

Die Bedingungen für einen Bruch mit der bürgerlichen Ordnung und der Entmachtung der griechischen Bourgeoisie sind in Griechenland noch lange nicht herangereift. In Umfragen sprachen sich 80 Prozent der griechischen Bevölkerung gegen die Spardiktate der »Troika« (IWF, EZB und Europäische Kommission) aus. Fast eben so hoch war die Zustimmung für einen Verbleib in der Euro-Zone. Dahinter steht die Ahnung/Befürchtung der breiten Bevölkerung, dass ein Ausbrechen Griechenlands aus dem aus der EURO-Zone (Gemeinschaft der 17) mit hohen Opfern verbunden wäre. Große Opfer wird die Bevölkerung leisten müssen, ob künftig inner- oder außerhalb der EURO-Zone, ob für kurzfristige oder im Widerstand wachsende grundsätzlichen Ziele.

Die Wirtschaftsleistung Griechenlands ist für die Euro-Zone nur von geringer Bedeutung. Entsprechend schwach sind die politischen Einflussmöglichkeiten seiner Regierung in den Institutionen der EU. Die »Troika« kann sich deshalb gegenüber Athen unbeugsam und kompromisslos geben. Sie nimmt die damit verbundenen sozialen und politischen Unruhen bisher in Kauf. Mit einer Zunahme der Widerstandskämpfe in anderen europäischen Mittelmeerlandern, wie sie sich im spanischen Bergarbeiterstreik andeutet, würde sich das ändern. Der Druck auf die Troika stiege, die Lage durch Zugeständnisse zu entschärfen. Die Erfolgsaussichten des Widerstandes in Griechenland sind verknüpft mit den Auseinandersetzungen in den anderen Staaten der Euro-Zone. Jedoch: Die Lohnabhängigen in Griechenland können nicht stellvertretend für die europäische Arbeiterbewegung die »Karre aus dem Dreck ziehen«.

Griechenland bildete den Vorreiter innerhalb der Euro-Zone; hier schuf die »Troika« ein Exempel für die Durchsetzung der verordneten Sparauflagen. In keinem anderen Land haben sich die sozialen und politischen Widersprüche bisher derart zugespitzt, wie in Griechenland. Wir schildern im folgenden Artikel deshalb genauer den Zusammenhang zwischen Spardiktaten, außerparlamentarischem Widerstand und Wahlergebnissen.

15. Juli 2012 ■



Abrechnung mit den Parteien des »alten Systems«

Im Herbst 2009 musste die PASOK-Regierung unter Ministerpräsident Papandreou den Offenbarungseid leisten. Die Bankenrettung hatte die ohnehin hohe Staatsverschuldung weiter in die Höhe schnellen lassen. Ohne finanzielle Hilfe von Außen konnte der griechische Staat weder seine Schulden bei den internationalen Gläubigern bedienen noch seine staatlichen Aufgaben finanzieren.

Unter dem Druck dieser Ereignisse und dem Diktat der Troika (EU-Administration, Europäischer Zentralbank und Internationaler Währungsfond) unterzeichnete die PASOK-Regierung im Mai 2010 einen Kreditvertrag in Höhe von 80 Mrd. Euro. Weitere Kreditverträge sollten in den kommenden Jahren notwendig werden. Über die Folgen der in Kreditverträgen vorgesehenen Auflagen – in Griechenland als Memorandum bezeichnet – ist ausführlich berichtet worden (auch in der Arbeiterpolitik Nr. 2, Jg. 2012). Es wurde eine Dynamik in Gang gesetzt, die die Wirtschaftskrise verschärfte. Sinkende Einkommen und zurückgefahrne Staatsausgaben drosselten die Inlandsnachfrage. Die Steuereinnahmen sanken. Die herrschende Klasse blieb, wie z.B. die griechischen Reeder, von der Steuerpflicht verschont, oder konnte sich mit legalen und illegalen Methoden der Steuerzahlung entziehen. Die sinkenden Staatseinnahmen verstärkten wiederum den Zwang zu noch größeren Einschnitten bei den Ausgaben und beschleunigten die Verarmung großer Bevölkerungsteile.

Die Löhne und Gehälter wurden mit der Umsetzung der beiden Memoranden um bis zu 50 Prozent gekürzt, der Mindestlohn von 750 auf 590 Euro reduziert. Die von der Höhe des Mindestlohns abhängige Arbeitslosenunterstützung wurde genauso zusammengestrichen (auf 360 Euro) wie Pensionen und Renten. Zugleich wurden die Verbrauchs- und die Mehrwertsteuer als auch die Lohn- und Gehaltssteuern erhöht.

Hunderttausende wurden innerhalb kurzer Zeit in bitterste Armut gestoßen. Die Arbeitslosigkeit stieg auf aktuell 25, bei den Jugendlichen auf über 50 Prozent. Besonders deutlich werden die Folgen von Staatsverschuldung und Verelendung durch den Zusammenbruch des Gesundheitswesens. Die Krankenkassen sind pleite und können ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber Apotheken, Ärzten und Krankenhäusern nicht mehr nachkommen. Die Patienten müssen immer häufiger entsprechende Kosten selber tragen. Ihnen werden Behandlung und Medikamente vorenthalten, wenn sie dazu nicht in der Lage sind.

Die mit dem Kreditvertrag verbundenen Auflagen enthalten ein Zugriffsrecht ausländischer und privater Investoren auf das gesamte griechische Staatseigentum. Zur Privatisierung ausgeschrieben werden sollen alle staatlichen Unternehmen und Betriebe: von Häfen- und Flughäfen, Bahn-, Post- und Kommunikationsunternehmen bis hin zur staatlichen Lotterie. Die griechischen Bodenschätze (Gold, Uran und die jüngsten Erdöl-/Erdgasfunde im Süden Kretas) sollen ebenfalls der staatlichen Kontrolle entzogen und dem Zugriff ausländischer Investoren ausgesetzt werden.

Die parlamentarische Demokratie wird ausgehebelt

Griechenland befand sich nach dem Offenbarungseid vom Herbst 2009 in der Rolle des Schuldners. Dem können bekannter Weise die Gläubiger ihre Bedingungen diktieren. Die Auflagen, die der griechischen Regierung von der Troika verordnet wurden, ließen sich ohne Bruch der griechischen Verfassung nicht durchsetzen. Mit anderen Worten, zur Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Klassen, mussten die bestehenden parlamentarischen Regeln gebrochen und gewerkschaftliche Rechte beseitigt werden.

»Eine Beteiligung des Parlaments – die griechische Verfassung sieht für die Ratifizierung derart weitreichender internationaler Verträge ein 3/5 Mehrheit vor – fand nicht statt, stattdessen wurden diese, ohne dass die Abgeordneten informiert wurden und ohne öffentliche Diskussion, mit einfacher Mehrheit der Regierungsfraktion gebilligt. Der Verfassungsrechtler Giorgos Kassimatis spricht in diesem Zusammenhang von der Auflösung der Verfassung und der Abtretung von Souveränitätsrechten.«¹ Die Troika schuf eine Vertretung vor Ort – mit Vor- und Vetorechten gegenüber der Athener Regierung. Kommissare der EU überwachten in den Ministerien die Umsetzung der beschlossenen Sparmaßnahmen.

Die Beseitigung der Tarifautonomie

»Die Entscheidung, Griechenland unter das Kommando der Troika zu stellen, war vor allem eine politische Entscheidung der herrschenden Eliten Griechenlands und nicht nur eine ökonomische. Über die Troika hat man sich ein neues Kräfteverhältnis im Land geschaffen, mit dem Ziel, die Änderungen, die man Anfang der 1990er Jahre nicht durchsetzen konnte, unter den Bedingungen der Krise leichter durchzusetzen.«² (siehe auch Kasten »Der Ausverkauf der griechischen Eliten«)

Zu den Änderungen, die die herrschende Klasse Griechenlands aus eigener Kraft nicht durchsetzen konnte, zählt neben einer Absenkung des Lohnniveaus und sozialer Leistungen auch die Beseitigung der gesetzlichen und institutionellen Rechte der Gewerkschaften:

- Der zwischen den Dachverbänden von Unternehmen und Gewerkschaften ausgehandelte Mindestlohn wurde per Beschluss des Parlaments gesenkt;
- auslaufende Branchentarifverträge verlieren nach drei Monaten ihre Bindungswirkung, danach gilt der gesetzliche Mindestlohn (mit geringen Zuschlägen);
- Individuelle oder betriebliche Lohnabschlüsse haben Vorrang vor den Branchentarifen;
- den Gewerkschaften ist es verboten, Lohnerhöhungen zu vereinbaren solange die Arbeitslosenrate nicht unter 10 Prozent gesunken ist.

Zusammengefasst: Das Arbeitsrecht und die Tarifautonomie wurden beseitigt; den Gewerkschaften die Wahrnehmung ihrer tariflichen Aufgaben untersagt. In Griechenland wurde und wird getestet, wie weit die Troika bei der Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen gehen kann.

Die PASOK-Regierung scheitert am Widerstand der Straße

Seit dem Sommer 2010 nahmen die Spannungen als Folge der ökonomischen Schock-Therapie beständig zu. »Es bedurfte nur eines Funkens, um eine erneute soziale Explosion auszulösen. Am 25. Mai 2011 versammelten sich hunderttausende Menschen auf den zentralen Plätzen aller größeren Städte Griechenlands. [...] Allein in Athen versammelten sich etwa 40.000 Menschen mit dem Slogan ‚Wir gehen erst, wenn ihr weg seid!‘ – für eine Mobilisierung von weniger als 48 Stunden eine erstaunliche Zahl. Am fünften Tag ununterbrochener Proteste nahmen im Athener Stadtzentrum mehrere hunderttausende Menschen an zwei miteinander korrespondierenden Kundgebungen teil.«³ Begleitet waren

die Demonstrationen und Kundgebungen von Streiks in Betrieben und Behörden. »Zeitweise waren zahlreiche staatliche Einrichtungen von den Kommunalverwaltungen bis hin zu den Ministerien von streikenden Belegschaften besetzt. Selbst der Justizapparat war zeitweise durch Arbeitskämpfe lahm gelegt.«⁴

Der anhaltende Widerstand brachte die allein regierende PASOK in eine Zwangslage und die Partei an den Rand der Auflösung. »Zwar konnte die Parlamentsfraktion trotz zahlreicher Rücktritte und Ausschlüsse zusammengehalten werden, die Partei insgesamt befindet sich, was ihre Verankerung in der Bevölkerung und ihren Apparat betrifft, im fortgeschrittenen Stadium der Zersetzung.«⁵

Auch die Gewerkschaften wurden von der Eigendynamik der sozialen Protestwelle überrascht. Die Vorstände der großen gewerkschaftlichen Dachverbände, in denen die PASOK dominiert, hatten stets versucht, die Proteste gegen die Regierungspolitik zu bremsen und zu kanalisieren. Aber Kundgebungen, Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen weiteten sich spontan aus und die Bewegung widersetzte sich zunächst alle Versuchen der Einflussnahme durch Gewerkschaften oder politische Parteien. Auch die Parteien und Organisationen im linksradikalen Spektrum und SYRIZA erkannten erst nach drei Tagen die Bedeutung der Protestwelle und mobilisierten zu deren Aktionen.

»Damit reproduzierte sich ein typisch historisches Phänomen der griechischen Arbeiterbewegung: Da die ökonomischen Druckmittel eingeschränkt sind, schlagen Streiks schnell in offene politische Auseinandersetzungen um und bilden quasi den Ersatz für die begrenzte sozial-ökonomische Durchschlagskraft.«⁶

Angesichts des massiven Vertrauensverlustes kündigte Ministerpräsident Papandreou im Oktober 2011 seinen Rücktritt an. Auf Intervention der deutschen und französischen Regierung ruderte Papandreou zurück. In einer durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten ausgelösten Regierungskrise als auch in Neuwahlen sah das Gespann Merkel/Sarkozy eine Gefahr für die Umsetzung der Sparauflagen.

Die Bildung der großen Koalition aus ND, PASOK und LAOS

Stattdessen drängten die Vertreter der Troika auf die Bildung einer großen Koalition. Die ND unter Parteiführer Samaras, die aus parteipolitischen Egoismus gegen die Sparmaßnahmen der PASOK-Regierung polemisierte, sollten in die Umsetzung der Spardiktate eingebunden werden. Samaras Bedingung für die Beteiligung an einer großen Koalition war die Abhaltung von Neuwahlen, mit denen er die Regierungsübernahme durch die seine Partei anstrebte. Die große Koalition wurde im November 2011 von PASOK und ND unter Beteiligung der extrem rechten und populistischen Partei LAOS gebildet.

»Erst nachdem die Große Koalition das zweite Memorandum im Parlament durchgeboxt hatte (65 Abgeordnete traten aus den damaligen Regierungsparteien aus) und die Troika das Gefühl hatte, ihre Politik abgesichert zu haben, wurden von Seiten Berlins und der Troika die Wahlen gestattet. Bis dahin wurde argumentiert, dass ‚die Anwendung der Demokratie eine Gefahr‘ für das Land bedeuten würde.«⁷

Die Bildung der Drei-Parteien-Koalition verschaffte der Regierung zwar eine breite Mehrheit im Parlament, keines-

1 Gregor Kritidis In Widerspruch Nr. 61, 2. Halbjahr 2011

2 Nikos Kotzia: »Der Ausverkauf der griechischen Eliten«, in Sozialismus 6/2012

3 Gregor Kritidis In Widerspruch Nr. 61, 2. Halbjahr 2011

4 Ebda.

5 Ebda.

6 Ebda.

7 Nikos Kotzia: »Der Ausverkauf der griechischen Eliten«, in Sozialismus 6/2012

»Der Ausverkauf der griechischen Eliten«

Unter diesem Titel veröffentlichte Nikos Kotzias eine Analyse des Wahlergebnisses in ‚Sozialismus 6/2012‘. Seine Bemerkungen über das Verhalten und die geschichtlichen Erfahrungen der herrschenden Klasse geben Aufschluss über die Besonderheiten der Klassenauseinandersetzungen in Griechenland:

»Die Eliten in Athen hatten nichts anderes im Sinn, als der Krise unter allen Umständen ohne Verluste zu entkommen. Um dies zu erreichen, waren sie bereit – was in der Geschichte desöfteren der Fall war –, sich an dritte Mächte anzuhängen, mit ihnen zusammenzuarbeiten und deren geostrategischen und geökonomischen Interessen – vor allem der internationalen Gläubiger – Priorität zu geben. Es fiel diesen Eliten überhaupt nicht schwer, sich dem Kommando der »Troika« (IWF, EZB, Europäische Kommission) und Berlin unterzuordnen.

[...] Diese Eliten haben nie gelernt haben, eigenständig zu regieren. Dieses Charakteristikum hängt mit deren historischen Entwicklung zusammen. Sie haben sich im Wesentlichen in drei Perioden formiert bzw. gestärkt. In all dieser Zeit haben sie sich auf ausländische Mächte gestützt. Konkret: Ein

Großteil der griechischen Kapitalfraktionen hat seine »eigene« Kapitalakkumulation während der deutschen Besatzung (1941-44) vollzogen. Sie kamen ungestraft davon, da sie während des Bürgerkriegs (1945-49) mit den Briten und Amerikanern alliiert waren. Ein anderer Teil dieser Klassen hat seinen Reichtum während der Zeiten des Kalten Krieges gemacht und seine Stellung im Staat durch mehrere parlamentarische Putsche gestützt (wie z.B. 1965). Ein dritter wichtiger Teil der herrschenden Klassen hat sein Vermögen in den Zeiten des griechischen Faschismus (1967-74) und der Verbrechen in Zypern aufgehäuft. Kurzum: Ein Großteil der griechischen Eliten hat seinen Reichtum in Zeiten der politischen Anomalie mit unrechten Methoden, illegalen Machenschaften und strafbaren Taten geschaffen.

Diese Eliten haben für ihre Taten nie gradestehen müssen, da sie jedes Mal von internationalen Akteuren geschützt und »gerettet« wurden. Diese Rückendeckung aus dem Ausland bedeutete jedesmal eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb Griechenlands zu deren Gunsten. Dies ist auch heute der Fall. Deswegen setzten diese herrschenden Klassen oft mehr auf Konfrontation als auf Konsens.«

wegs aber Rückhalt in der Bevölkerung. Die Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche, die Zuspitzung und Radikalisierung des Klassenkampfes, wie sie in Massendemonstrationen und Großdemonstrationen zum Ausdruck kam, ließen die Wahlen zu einer Abstimmung über die »Memorandum-Parteien« werden.

Gesellschaftliche Polarisierung und Wahlkampf

Die Bourgeoisie in Griechenland und in den übrigen europäischen Staaten wollte unbedingt den Wahlsieg einer Partei verhindern, die angekündigt hatte, die Sparauflagen einseitig aufzukündigen. Die herrschenden Klassen und die Regierungen in den Ländern der Euro-Zone fürchteten nicht nur die Reaktion an den Finanzmärkten. Mindestens genau so groß war die Angst vor den politischen Turbulenzen, sollte es den Lohnabhängigen in Griechenland gelingen, einzelne Sparauflagen oder gar das gesamte Sparpaket zu Fall zu bringen. Das hätte den Protesten in den anderen südeuropäischen Ländern Auftrieb verleihen können und deren Regierungen unter Druck gesetzt, für das eigene Land bessere Bedingungen auszuhandeln. Aber auch für die Regierungen in den nordeuropäischen »Geberstaaten« wäre es schwieriger geworden, die »Rettungsschirme« gegen die Widerstände in den eigenen Reihen in ihren Parlamenten durchzusetzen. Es hätte den rechtspopulistischen Kritikern der »Hilfszahlungen« zusätzliche Argumente verschafft.

Die griechischen Medien – sie befinden sich überwiegend im Besitz der reichsten Unternehmerdynastien – malten die Gefahr einer »kommunistischen Machtübernahme« an die Wand. Die Griechen müssten um ihre Eigentumswohnungen und Häuschen bangen, sollte SYRIZA die Wahl gewinnen. Nach Umfragen lehnten 80 Prozent der Griechen die Spardiktate ab; eine überwältigende Mehrheit war aber auch für den Verbleib in der Eurozone. Trotz entgegen gesetzter Wahlaussagen von SYRIZA, die Presse wertete die Parlamentswahl als Volksabstimmung für oder gegen den

Euro. Kommentatoren und Medien in anderen europäischen Ländern griffen die Schlagworte über die Schicksalswahl für Griechenland und den Euro auf. Bisher einmalig, deutsche Zeitungen – von der »Bild« bis zur »Financial Times Deutschlands« – mischten im Wahlkampf mit. Sie druckten einen Aufruf in griechischer Sprache ab, in dem zur Wahl der »europafreundlichen« Parteien aufgerufen wurde.

Die Kräfteverschiebung im bürgerlichen Lager

Die Kampagne gegen eine mögliche linke Regierungsmehrheit war erfolgreich. Die ND konnte im zweiten Wahlgang ihre Verluste gegenüber der Wahl von 2009 auf 5 Prozent eingrenzen und sich als stärkste Partei gegenüber SYRIZA behaupten. Damit fielen ihr die 50 Bonussitze zu, die sie zu einer Koalitionsbildung unbedingt brauchte. Die ND wurde im ländlichen Raum zur weitaus stärksten Partei. Dennoch gab es auch im rechten Lager erhebliche Verschiebungen. Die rechtsextreme LAOS wurde wegen seiner Beteiligung an der Regierung abgestraft und scheiterte an der 3%-Hürde.

Viele von der ND und LAOS enttäuschte Wähler wechselten zu den »Unabhängigen Griechen« (ANEL), die vom ehemaligen ND-Abgeordneten und Staatssekretärs Panos Kammenos gegründet wurde. »Im Kern repräsentieren die ANEL diejenigen sozialen Gruppen, welche – wie selbständige Taxi- und LKW-Fahrer – durch die Troika enteignet worden sind. Diese haben sich erbitterte Kämpfe mit der Regierung geliefert und auch an den großen Protesten teilgenommen. Aus einer Ablehnung der Troika resultiert aber noch keine positive programmatische Einheit mit der politischen Linken. Kammenos trat im Wahlkampf vor allem mit Korruptionsvorwürfen gegen Politiker der ND und der PASOK hervor und stellte sich [...] in die Tradition des nationalen respektive nationalistischen Widerstands. Neben der Agitation gegen das Memorandum hoben sich die ANEL von anderen Parteien unter anderem dadurch ab, dass sie die

Die Wahlergebnisse im Vergleich

	ND	PASOK	DIMAR	SYRIZA	KKE	LAOS	CA	ANEL
2009	33,5	43,9	–	4,6	7,5	5,6	0,3	–
5.5.2012	18,9	13,2	6,1	16,8	8,5	2,9	7,0	10,6
17.6.2012	29,7	12,3	6,3	26,9	4,6	1,6	6,9	7,5

Frage der deutschen Reparationen zum Thema machten. Bereits an dieser Charakterisierung wird deutlich, dass das soziale Selbstbewusstsein der ANEL äußerst widersprüchlich ist und jede Menge Einfallstore für autoritäre Formen der Krisenbewältigung bietet.»⁸

Die faschistische Chrisi Avghi (CA) zieht ins Parlament ein

Erstmals in der Geschichte Griechenlands ist einer faschistischen Partei der Einzug ins Parlament gelungen. Die CA (übersetzt »Goldene Morgenröte«) bekennt sich ausdrücklich zum Nationalsozialismus und stellt sich explizit in die Tradition der Kollaboration mit der Deutschen Wehrmacht. Ihr Aufstieg verlief rasant – von einer kleinen Sekte mit 0,3 Prozent der Stimmen im Jahre 2009 auf jetzt fast 7 Prozent. »Der wachsende Massenanhang dieser Partei ist vor allem auf ihre rassistische Agitation zurückzuführen. Der Zustrom von Migranten aus Asien und Afrika stellt die griechische Gesellschaft vor eine Herausforderung, auf welche die bisherigen Regierungen fast ausschließlich mit polizeilicher Repression und populistischer Scheinaktivität geantwortet haben. Die Chrisi Avghi hat diese Linie nur weiter radikalisiert.«⁹

Die Schlägertrupps der CA machen seit den Wahlen vermehrt mobil. Die Anzahl rassistischer Übergriffe als auch von Angriffen auf Linke haben sprunghaft zugenommen. Das alles findet unter Duldung bzw. mit Unterstützung der berüchtigten Einheiten der Polizei zur Bekämpfung von Unruhen (MAT) statt, was durch zahlreiche Berichte belegt ist. Auch Teile des militärischen Offizierskorps sind anfällig für das rechtsradikale Gedankengut der CA.

Der Niedergang der PASOK

Zwar haben alle Parteien der alten Dreier-Koalition verloren, aber besonders verheerend fielen die Verluste der PASOK aus. Sie erlebte den tiefsten Absturz einer sozialdemokratischen Partei nach 1945 in Europa. Innerhalb von zweieinhalb Jahren verlor sie über 70 Prozent ihrer Wähler. Das Vertrauen, das sie unter den arbeitenden Menschen genoss, hat sie in der Regierungsverantwortung völlig verspielt. Aber die Konsequenzen sind weit reichender als der bloße Verlust der Regierungsfähigkeit.

Jahrzehntlang stand die PASOK für eine Politik des Ausgleichs der Klasseninteressen und lenkte in diesem Sinne auch die gewerkschaftlichen Dachverbände. Die wirtschaftliche Depression und der Konfrontationskurs von Troika und herrschender Klasse in Griechenland gegenüber den Lohnabhängigen entzogen dem die Grundlagen. Die PASOK-Regierung wurde zu einem Instrument der Bourgeoisie und ihres Konfrontationskurses gegenüber den arbeitenden Klassen. Dabei beteiligte sich die PASOK nicht nur federführend an der Durchsetzung der Spardiktate,

sondern auch an der Beseitigung gewerkschaftlicher Rechte. Sie half mit, die Fundamente zu zerstören, auf denen ihre gewerkschaftlichen und parlamentarischen Erfolge der vergangenen Jahrzehnte ruhten.

Die selbst gewählte Isolation der KKE

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und der von ihr dominierte Gewerkschaftsverband PAME haben einen relativ stabilen Anhang im industriellen Kernbereich, z.B. unter den Stahl- und Hafearbeitern. Vom Niedergang der sozialdemokratischen PASOK konnte die KKE allerdings nicht profitieren. Sie gewann bei den Wahlen vom Mai nur ein Prozent hinzu, verlor aber bereits sechs Wochen später fast die Hälfte ihre Wähler.

Die Parteiführung der KKE erwies sich als unfähig, aus ihren Grundsätzen eine Taktik zu entwickeln, die am Stand der Klassenauseinandersetzung und am Bewusstsein der Handelnden Akteure anknüpfte. Die KKE verlegte sich auf die Entlarvung der Illusionen, die von der anderen linken Organisationen und Strömungen tatsächlich oder vermeintlich gefördert würden. Die Zustimmung zu ihren programmatischen Aussagen gegen die EU als imperialistisches Projekt machte sie zum Maßstab einer politischen Zusammenarbeit. In der Praxis führte dies dazu, dass sie sich zwar an den Protesten beteiligte, aber ihre Anhänger zu eigenen Kundgebungen an getrennten Orten mobilisierte. Während die übrigen linken Organisationen und vor allem die Aktivisten aus den Basisgewerkschaften zum Syntagma-Platz vor dem Parlament mobilisierten, hielt die KKE ihre Kundgebungen vornehmlich auf dem Omonia-Platz ab. »Erst mit den erneuten Massenprotesten Mitte Oktober ging sie dazu über, direkt zum Syntagma-Platz zu mobilisieren. Dabei war deutlich sichtbar, dass sie sich als eine Art Ordnungsfaktor etablieren wollte. Versuche in diese Richtung stießen allerdings auf heftige Proteste und führten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit anarchistischen Gruppen. De facto hat sich die KKE am 20. Oktober, dem zweiten Tag des Generalstreiks, schützend vor die Regierung gestellt.«¹⁰

Die Parteiführung verschanzte sich hinter einem sektiererischen Dogmatismus. Vor allem ihre strikte Ablehnung der Unterstützung einer Linksregierung, die nicht den Austritt aus der EU vollzieht, dürfte für die Wahlschlappe der KKE vom 17. Juni verantwortlich sein.

SYRIZA im Aufwind

SYRIZA trat ursprünglich als Bündnis von linken Parteien und Strömungen an. An ihm beteiligte sich zeitweise auch die KKE (Ende der 80er Jahre), bevor sie 1992 wieder eigenständig zur Wahl antrat. 2010 spaltete sich eine rechte Gruppe von Funktionären ab und gründete die Partei der Demokratischen Linken (DIMAR). Bei Umfragen vor den Wahlen kam sie auf über 16 Prozent. Ihre Bereitschaft zur

⁸ Gregeor Kritidis in »Lunapark 21«

⁹ Ebda.

¹⁰ Gregor Kritidis In Widerspruch Nr. 61, 2. Halbjahr 2011

Zusammenarbeit mit der PASOK ließ sie bei den Wahlen auf 6 Prozent zurückfallen.

SYRIZA war der überragende Sieger der Wahlen im linken Parteienspektrum. Sie konnte ihren Stimmenanteil fast versechsfachen – von 4,6 Prozent 2009 auf fast 27 Prozent im Juni 2012. Vor allem in den städtischen Ballungsräumen – sieht man von den Wohnvierteln der Wohlhabenden ab – wurde SYRIZA zur weitaus stärksten politischen Kraft. Sie hat die PASOK als politische Vertretung der Lohnabhängigen fast vollständig abgelöst. Dafür ausschlaggebend dürften, neben der Enttäuschung über die Regeierungstätigkeit der PASOK, vor allem die heftigen Abwehrkämpfe gegen die Sparbeschlüsse gewesen sein. Sie waren der aktivierende Faktor, der dafür sorgte, dass sich diese Enttäuschung nicht in Frust, Resignation und Wahlenthaltung niederschlug, sondern SYRIZA zu Gute kam.

Am ehesten lässt sich SYRIZA wohl als eine linkssozialdemokratische Strömung charakterisieren, an der sich auch einzelne Kräfte aus der radikalen Linken beteiligen.

Programmatisch und praktisch tritt sie allerdings konsequenter und radikaler als die deutsche Linkspartei auf. Viel stärker als diese wird SYRIZA von Klassenkämpfen getrieben und zu Teilen wohl auch geprägt. Sollte sie die Erwartungen der in Bewegung geratenen Lohnabhängigen enttäuschen, dann wäre ihr Höhenflug wahrscheinlich ein sehr kurzer.

Als Sofortmaßnahmen einer von ihr geführten Linksbundregierung kündigte SYRIZA an, dass alle Sparbeschlüsse und die Entscheidungen zur Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte aufgehoben würden. Die Kreditabkommen mit der Troika sollten einseitig aufgekündigt und die Schuldenzahlung eingestellt werden – allerdings ohne die Euro-Zone zu verlassen. Das entspricht wohl der Stimmung unter den Lohnabhängigen, die mit dem alten »Parteiensystem« abrechnen wollten, vor einem radikalen Bruch mit der Gesellschaftsordnung und der EU allerdings zurückschrecken.

15. Juli 2012 ■

»Wir brauchen eine große europäische Solidaritätskampagne«

von **Moisis Litsis**

Bei den letzten Wahlen in Griechenland versuchten die lokale und die ausländische Elite den Menschen Angst zu machen, um den Aufstieg der »Koalition der radikalen Linken« (SYRIZA) zu stoppen. [...] Im Fall eines Siegs von SYRIZA und der Bildung einer Regierung, die das Memorandum annulliert, würde Griechenland gezwungen werden, den Euroraum zu verlassen – und das wäre »eine Katastrophe für das griechische Volk«, das damit »ins Steinzeitalter zurückkatapultiert würde«.

Für Millionen von Griechen stellte sich die Wahl so jedoch nicht. Sie scheren sich nicht darum, ob es den Euro oder die Drachme gibt, sie haben ohnehin kein Geld, keinen Job, keine soziale Absicherung und fast nichts zu essen. In den letzten zweieinhalb Jahren der Schuldenkrise wurde Griechenland von einer »Mittelklasse-Gesellschaft« in eine Gesellschaft der Verzweifelten katapultiert. [...]

Der Renten- und Gesundheitsfonds für uns Journalisten, der selbst verwaltet ist und ganz ohne Geld vom Staat auskommt, steht kurz vor dem Kollaps, weil die griechische Staatsbank die flüssigen Reserven des Fonds dazu genutzt hat, in Staatsanleihen zu investieren, die zu 60% annulliert wurden.

Fast 500.000 Beschäftigte im privaten Sektor bekommen laut offizieller Statistiken seit Monaten keinen Lohn mehr. Ich bin einer von ihnen, ich arbeite für Eleftherotypia, eine der größten Tageszeitungen Griechenlands, seit August letzten Jahres beziehe ich kein Gehalt mehr. Wir sind 800 unbezahlte Beschäftigte. [...]

Einer Studie der griechischen Handelskammer zufolge wurden 68.000 Betriebe in den letzten 17 Monaten geschlossen, und voraussichtlich weitere 36.000 in den nächsten 12 Monaten schließen. [...]

Diese unvorstellbare Lage erklärt den Erfolg von SYRIZA. [...] SYRIZA hat sehr gut in den traditionellen Arbeitervierteln von Athen und Piräus abgeschnitten, aber auch in den sog. »Mittelklasse«-Vierteln von Athens und anderen großen Städten. [...] Das Programm

von SYRIZA war eher moderat als radikal, ihr Erfolg war das Resultat einer sich entwickelnden massiven Bewegung für die Abschaffung des Memorandums. SYRIZA selbst hat weder große organisierte Kräfte noch viele »Experten«. Ihre Wahlveranstaltungen wurden zu Kundgebungen, bei denen die Leute versuchten, Antworten zu finden, in der Hoffnung auf eine linke Regierung, die zumindest ein wenig die miserablen Lebensumstände verändert.

SYRIZA ist nun die größte Oppositionspartei. Ihr Erfolg hängt von ihrer Fähigkeit ab, die Menschen zu mobilisieren und mit anderen linken Aktivisten zusammen den Widerstand gegen die Troika und die Regierungspolitik zu organisieren und soziale, solidarische Netzwerke sowie eine massive europäische Bewegung gegen die Schulden und die Sparpolitik zu bilden.

Wenn es SYRIZA nicht gelingt, die Hoffnungen der Griechen zu erfüllen, werden sich die Menschen vermutlich nicht anderen linken Parteien zuwenden, sondern den aufstrebenden faschistischen und neonazistischen Parteien wie »Goldene Morgenröte«.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die Situation in Griechenland an diejenige in Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik erinnert. Um zu verhindern, dass sich die Situation verschlechtert, brauchen wir eine große europäische Solidaritätskampagne.

Wir brauchen eine große Kampagne gegen die Schulden und die Sparpolitik in ganz Europa, bevor es zu spät ist. Wir brauchen euch! Wir brauchen die Solidarität der deutschen Arbeiter, der Menschen Europas, um diese katastrophale Politik zu revidieren und den Aufstieg der Neonazis und Faschisten zu verhindern. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Moisis Litsis ist Redakteur der Zeitung Eleftherotypia und Mitglied des griechischen Komitees für die Streichung der Schulden, www.contra-xreos.gr. Der vollständige Artikel erschien in der »SoZ, Sozialistische Zeitung« vom Juli 2012 www.sozonline.de



■ ITALIEN NACH BERLUSCONI

Schwacher Gegenwind für Super-Mario

Im November 2011 trat Berlusconi vom Amt des Ministerpräsidenten zurück. Dieser Schritt wurde von linken und liberalen Menschen seit langem herbeigesehnt. Doch wurde dieser Rücktritt nicht durch gewerkschaftliche Aktionen oder durch den Protest sozialer Bewegungen erzwungen, sondern durch Turbulenzen an den Finanzmärkten. Im Zuge der griechischen Schuldenkrise rückten auch die italienischen Schulden ins Zentrum und die Zinsen für italienische Staatsanleihen stiegen auf über sieben Prozent. Berlusconi, schwankend zwischen neoliberaler Rhetorik und populistischen Sprüchen, konnte sich angesichts dieser Situation nur widerstrebend zu Sparmaßnahmen durchringen, die sein ohnehin schon beschädigtes Ansehen noch weiter ramponieren mussten. Ihm wurde weder von den Herrschenden Italiens noch von den entscheidenden Instanzen der EU zugetraut, die notwendigen Maßnahmen zur Beruhigung der Finanzmärkte herbeizuführen.

Seine von Parteien des rechten Lagers getragene Regierung wurde von einer sog. »technischen Regierung« unter Mario Monti als Ministerpräsident ersetzt. Die Regierung besteht hauptsächlich aus katholischen, parteilosen Wirtschaftsprofessoren, die in großen Banken oder internationalen Finanzinstituten Erfahrungen gesammelt haben. Im Gegensatz zu Berlusconi genießen sie international hohes Ansehen, und auch im Inland wurden sie mit vielen Vorschusslorbeeren bedacht. Die Linke war froh, Berlusconi endlich los zu sein, und die wirtschaftlich Mächtigen hofften auf sinkende Zinsen und auf einen Ministerpräsidenten, der sich auch real für ihre Belange einsetzte.

Eine der ersten Amtshandlungen der Regierung war das Durchsetzen eines weiteren Sparpakets, womit eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, eine Steuer auch auf das erste Haus bzw. auf die erste Eigentumswohnung durchgesetzt wurde und noch einmal die Renten gekürzt und das Renteneintrittsalter erhöht wurde. Die Gewerkschaften protestierten zwar gegen diese Maßnahmen, beließen es aber bei einem rein symbolischen dreistündigen »Generalstreik«.

Die Regierung Monti besitzt die Unterstützung fast des gesamten Parlaments. Von vornherein war lediglich die

Legia Nord entschieden in Opposition. Schon die Zustimmung zum letzten Sparpaket der Regierung Berlusconi führte bei der Lega Nord zu heftigen innerparteilichen Diskussionen und zu Protesten an der Basis. Der Gang in die Opposition sollte daher wohl auch den inneren Zusammenhalt der Partei stärken. Obwohl der Abgang Berlusconis mit einigen Demütigungen verbunden war, unterstützt dessen Partei die Regierung Monti. Allerdings ist dieser Kurs auch dort nicht unumstritten. Besonders die Mitglieder aus dem ehemaligen neofaschistischen Lager fordern eine Abwendung von der Regierung und stimmen im Parlament teilweise auch dagegen oder bleiben der Abstimmung fern. So wird Montis Regierung von Berlusconi immer mal wieder heftig beschimpft, doch kann er sich eine Opposition nicht leisten, solange die Regierung so populär ist und die Beliebtheit seines Lagers so schlecht wie zur Zeit.

Vorbehaltlos unterstützt wird die Regierung von den Zentrumsparteien und vom Partito Democratico. Vor allem der PD ist froh über das Ende der Ära Berlusconi und will auf keinen Fall dessen Rückkehr an die Macht riskieren. Deshalb ist die Partei bestrebt, die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen möglichst geräuschlos durch das Parlament zu bringen. Die Hoffnung ist, wie auch bei Berlusconis PdL, dass die Regierung Monti bis zu den nächsten Wahlen die als notwendig erachteten Reformen durchgebracht hat, und die Partei für die damit verbundenen Härten nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Im öffentlichen Bewusstsein ist die Regierung Monti eher mit dem Lager der linken Mitte verbunden. Das Verhältnis von PD-Parteichef Bersani zu Monti ist sehr gut, und Staatspräsident Napolitano – ehemaliger Vordenker der PCI – steht in allen Fragen hinter der Regierung.

Mit Liberalisierung aus der Krise?

Italien hat seit Jahren ein sehr bescheidenes Wirtschaftswachstum und ist seit Ende 2011 in einer Rezession. Die Arbeitslosenrate ist mittlerweile bei ca. zehn Prozent, unter Jugendlichen schon bei 35 Prozent. Die Anzahl der

Firmenpleiten wächst seit vier Jahren. Diese Entwicklung wird verstärkt durch die drei Sparpakete, die von Berlusconi und Monti seit Herbst 2011 durchgesetzt wurden. Der Einzelhandelsumsatz liegt 2012 bisher inflationsbereinigt 16 Prozent hinter dem von 2005. Dies ist fatal für ein Land, in dem die Kapitalkonzentration eher gering ist, und eine große Zahl von Händlern, Handwerkern und Kleinunternehmern auf den Binnenmarkt angewiesen sind. Eine stark ansteigende Selbstmordrate besonders bei Arbeitslosen und in Konkurs gegangenen Selbständigen ist die Folge und wird auch von bürgerlichen Medien mit Schrecken wahrgenommen.

Angesichts dieser Entwicklung konnte es die Regierung nicht beim bloßen Sparen belassen. Sie propagierte nun auch Maßnahmen zur Förderung des Wachstums. Dahinter verbarg sich aber anfangs nichts anderes als eine Liberalisierung der Märkte und der Abbau des Kündigungsschutzes. In Italien gibt es eine große Zahl von Selbständigen sowohl im Dienstleistungs- als auch im Produktionssektor. Ihre Existenz wird durch eine Reihe von Maßnahmen gesichert, die den freien Handel einschränken. In einigen Bereichen will die Regierung nun Liberalisierungen durchsetzen. So sollen viele bisher apothekenpflichtige Produkte nun auch im Supermarkt verkauft werden können. Supermärkte sollen auch Tankstellen betreiben können, wenn freie Tankstellen zugelassen werden. Liberalisiert werden soll auch die Vergabe von Taxilizenzen. Hier gab es zum Teil heftige Proteste der Betroffenen und die Regierung sah sich teilweise zu weitgehenden Zugeständnissen gezwungen.

Die Lockerung des Kündigungsschutzes verstärkt die Widersprüche in der CGIL

Weniger kompromissbereit zeigte sich die Regierung bei der Liberalisierung des Arbeitsmarktes. Kernpunkt der Arbeitsmarktreform ist die Lockerung des Kündigungsschutzes im Artikel 18 des Arbeiterstatuts. Stellte ein Gericht fest, dass der Grund für eine Entlassung nicht rechtmäßig ist, so hatte dies zwangsläufig die Wiedereinstellung des Betroffenen zur Folge. Diese Regelung wurde 1969 eingeführt als Folge des »heißen Herbstes« mit umfassenden Streiks und Fabrikbesetzungen. Der Kündigungsschutz ist eines der wenigen Überbleibsel vieler Verbesserungen jener Zeit zugunsten der Arbeiter und hat in deren Bewusstsein einen hohen Stellenwert. Der ursprüngliche Gesetzesentwurf sah die Garantie zur Wiedereinstellung nur bei Kündigungen mit diskriminierendem Charakter vor. Bei nicht gerechtfertigten Kündigungen aus disziplinarischen Gründen sollten die Gerichte entscheiden, ob der Gekündigte wieder eingestellt werden muss oder ab eine Abfindung erhält. Bei Entlassungen aus ökonomischen Gründen war eine Wiedereinstellung überhaupt nicht vorgesehen. Auch wenn Gerichte die Begründungen als nicht gerechtfertigt angesehen hätten, sollte es allenfalls Abfindungen geben.

Alle drei großen Gewerkschaftsverbände mussten anfangs darum kämpfen, bei der Beratung des Gesetzes angemessen beteiligt zu werden. Doch als dies gewährleistet war, zeigten sie durchaus Bereitschaft, diese Vorlage widerstandslos passieren zu lassen. Die Änderung sei zwar nicht optimal, aber es werde das deutsche Modell des Kündigungsschutzes übernommen und dieses habe sich bewährt.

Innerhalb der CGIL war es die FIOM, die am deutlichsten gegen diese Zustimmung opponierte. Unterstützt wurde die FIOM nicht nur durch die Gewerkschaftslinken in anderen Branchenverbänden, sondern auch durch eine Serie spontaner Streiks vor allem in der Metallindustrie, die häufig von den betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen der CGIL, der CISL und der UIL gemeinsam getragen wurden.

Der Widerstand gegen die kompromisslerische Haltung der CGIL-Chefin Camuso wurde schließlich so stark, dass sie sich gezwungen sah in Opposition zum Gesetzesentwurf zu gehen. Mit dem Schwenk innerhalb der CGIL wuchsen aber auch die Differenzen in den anderen Gewerkschaften. Die Stimmung an der Gewerkschaftsbasis wurde von der Tageszeitung La Repubblica so beschrieben: *»Um das plötzliche Bremsen der anderen Gewerkschaften zu verstehen, ist es notwendig sich die Entwicklung anzuschauen, die es im Land gegeben hat, wo viele Streiks von den RSU (den betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen) gemeinsam organisiert wurden. Wo das Sekretariat der Mailänder CISL eine äußerst harte Stellungnahme gegen die Änderung des Artikels 18 abgegeben hat und wo die nationale UILM angekündigt hat, dass die Streiks solange fortgesetzt werden bis das Parlament die Maßnahmen zurückzieht. Insgesamt ist an der Basis der Gewerkschaften, da wo man am nächsten bei den Arbeitern ist, eine große Unzufriedenheit spürbar, der die Führungen der Gewerkschaften Rechnung tragen müssen.«*

Als Folge dieser Stimmung in der Arbeiterschaft gingen die Führungen aller großen Gewerkschaftsverbände auf Distanz zum Gesetzesentwurf; die CGIL kündigte sogar einen 16-stündigen Generalstreik dagegen an. In dieser Situation war es PD-Chef Bersani, der zwischen Regierung und Gewerkschaften vermittelte. Ergebnis seiner Bemühungen war eine Änderung des Gesetzesentwurfs für den Fall der Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen. Hier sollte, wie schon bei Verhaltenskündigungen, die Wiedereinstellung als Kann-Bestimmung aufgenommen werden, wenn die angegebenen Gründe vor Gericht keinen Bestand haben. Diese Änderung stieß sofort auf den Widerspruch des Industriellenverbandes Confindustria. Doch Monti beruhigte die Kapitalisten mit der Aussage, dies sei eine unbedeutende Änderung, die in einem kaum nennenswerten Umfang zum Tragen komme.

Dieser Satz des Ministerpräsidenten hinderte die Gewerkschaftsführungen aber in keiner Weise, die von Bersani ausgehandelte Gesetzesrevision als positive Entwicklung zu bezeichnen. Die Opposition gegen die Änderung des Artikel 18 wurde danach eingestellt. Aus dem beabsichtigten Generalstreik wurde eine landesweite Demonstration in Rom, bei der die Frage des Kündigungsschutzes allerdings ausgeklammert wurde. Es ging eher allgemein um niedrigere Steuern, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit. Lediglich die FIOM ist auch weiterhin entschieden gegen eine Änderung des Artikel 18. Allerdings hat sie mit dieser Haltung auch innerhalb der CGIL nicht mehr die Unterstützung wie im März, als der erste Gesetzesentwurf auf dem Tisch lag. Zwar gab es auch im Mai und Juni noch vereinzelte Streiks in den Betrieben, dies sind allerdings die »üblichen Verdächtigen«, wie etwa die Werke von Piaggio, einem Hersteller von Motorrollern.

In diesem Konflikt verhärten sich die Fronten innerhalb der CGIL. Die schon lange vorhandenen Gegensätze werden immer deutlicher und so hart ausgetragen wie noch nie. Diese Auseinandersetzung zieht sich durch bis in die Betriebe hinein. Bei einer von der CGIL im toskanischen Pontedera initiierten Demonstration konnten sich die Teilnehmer nicht darauf einigen, welches Transparent an der Spitze des Zuges getragen werden sollte. Die Gewerkschafter der FIOM setzten sich mit ihrem Slogan »Artikel 18 bleibt« an die Spitze des Zuges. Die Vertreter der CGIL bestanden aber darauf, dass ihre Parole *»Gegen die Krise, für höhere Löhne, höhere Renten, mehr Rechte«* den Zug anführen müsse. Da es keine Einigung gab, entwickelten sich schließlich zwei Demonstrationzüge. Als der Nationalrat der CGIL am 18. Juni der Absage des Generalstreiks



zustimmte, nahm die linke Minderheit erst gar nicht an der Abstimmung teil.

Aber auch innerhalb der FIOM treten Widersprüche zu Tage. Angesichts der Passivität der CGIL-Führung will ein Teil der FIOM eigenständig zu landesweiten Kampfmaßnahmen gegen die Aushöhlung des Kündigungsschutzes aufrufen. Sie unterstützen einen Kongress kämpferischer betrieblicher Vertreter aller Gewerkschaftsverbände, auch und vor allem der Basisgewerkschaften. Dieser Kongress rief für den 22. Juni zu einem Generalstreik auf. Die Mehrheit der FIOM lehnte eine Beteiligung daran aber ab. Dies führte zu heftigen Diskussionen zwischen der Führung der FIOM und dem linken Flügel um Giorgio Cremaschi, bis zum Mai Präsident des Zentralkomitees der Gewerkschaft. So waren die Basisgewerkschaften die einzigen Verbände, die für den 22. Juni zum Streik aufrufen. Aus der CGIL riefen die linke Opposition, die sich im Netzwerk »Rete 28 Aprile« organisiert und hauptsächlich in der FIOM vertreten ist, ebenfalls zu diesem Streik auf. Der Streik wurde außerdem von praktisch allen politischen Kräften unterstützt, die links der PD stehen. Während des Streiks nahm FIOM-Chef Landini an einer Generalversammlung des Metallarbeitgeberverbandes Finmeccanica teil. Teile der Streikenden nutzten den Ort der Veranstaltung für eine Protestkundgebung. Landini wurde wegen seiner ablehnenden Haltung zum Streik auch von betrieblichen Gewerkschaftsvertretern der FIOM ausgepöfeln. Der Streik selbst war hauptsächlich im Verkehrswesen, bei Bahnen, Bussen und Flughäfen spürbar, wo die Basisgewerkschaften eine starke Basis haben. In der Industrie und in den Verwaltungen hatte er nur mäßige Resonanz. Auf die Entscheidungen im Parlament hatte der Streik keinen Einfluss: Am 27. Juni wurde das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen.

Kommunalwahlen als Protest

Die Kommunalwahlen vom Mai zeigten die große Unzufriedenheit der italienischen Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Lage und den großen Parteien. Vor allem die Partei Berlusconis und die Lega Nord mussten massive Stimmverluste hinnehmen und schafften es in vielen Kommunen nicht einmal auf den zweiten Platz. In vielen Städten und

Gemeinden sackten sie auf das Niveau von Splitterparteien herab. Der PdL zeigte schon vor der Wahl deutliche Auflösungserscheinungen und konnte sich oft nicht auf eine gemeinsame Liste verständigen. Und die Lega Nord war durch illegale Finanztransaktionen zugunsten der Söhne von Parteichef Bossi kompromittiert. Bossi selbst musste zurücktreten. Dies traf die Partei ins Mark, da nach ihrer eigenen Propaganda so etwas nur im schlampigen Süden passieren kann. Gemeinsame Finanzgeschäfte mit der kalabresischen Ndragheta waren ein weiterer Schock für die Parteibasis.

Die PD konnte ihren Stimmenanteil im Großen und Ganzen halten, verlor wegen der geringen Wahlbeteiligung in absoluten Zahlen allerdings auch viele Stimmen. Parteien links der PD konnten keine Stimmengewinne verzeichnen. Dies gilt auch für rechtsextreme Parteien.

Gewinner waren einerseits politisch nicht eindeutig zuordenbare Bürgerlisten und vor allem die 5-Sterne-Bewegung des Schauspielers und Satirikers Beppe Grillo. Dieser wurde in den achtziger Jahren aus dem italienischen Fernsehen verbannt, als er deftige Kritik am damaligen Ministerpräsidenten Craxi geübt hatte. Seitdem kämpft er mit verschiedenen Mitteln gegen die von ihm als abgehoben und selbstherrlich kritisierte Politikerkaste. Die 5-Sterne-Bewegung entstand aus Protest gegen die rechtlich zweifelhaften Methoden Berlusconis aber auch gegen die etablierte Opposition, die es nicht vermochte Berlusconi nach Hause zu schicken. 2009 formierte sich die Bewegung als Partei. Diese ist teilweise mit der deutschen Piratenpartei vergleichbar, allerdings tritt Beppe Grillo sehr viel aggressiver auf und bedenkt die etablierten Politiker mit derben Sprüchen. Seine Kritik hat er mittlerweile auch auf die Regierung Monti ausgedehnt, die er als Handlanger der Banken bezeichnet. Der Euro ist für ihn ein »Strick um den Hals«.

In diesem Wahlergebnis kommt einerseits die Enttäuschung vieler Wähler über die letzten Monate der Regierung Berlusconis zum Ausdruck, die viele für den Niedergang verantwortlich machen. Die Wahlen zeigen aber auch eine Ernüchterung in Bezug auf die Regierung Monti, welche kein Mittel gegen die fortschreitende Wirtschaftskrise weiß. Gleichzeitig spüren Rentner, prekär Beschäftigte, aber auch viele Arbeitnehmer mittlerweile sehr drastisch die Auswirkungen der Sparprogramme.

Aufweichung des Sparkurses?

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen und der anfangs geschlossene Widerstand der Gewerkschaften gegen die Arbeitsmarktreform haben zu einer etwas vorsichtigeren Herangehensweise der Regierung Monti geführt. Hatte Mario Monti anfangs noch das Vertrauen von 71 Prozent der Bürger, so sank die Zustimmung zu ihm im Juni auf nur noch 31 Prozent. Als Folge dieser Entwicklung geht auch die PD etwas stärker auf Distanz, und Monti muss die Parteien auffordern, seine Regierung entschiedener zu unterstützen. Er muss zur Kenntnis nehmen, dass die Bevölkerung nicht grenzenlos belastbar ist, und fürchtet, eine bloße Sparpolitik könne die Konjunktur noch weiter belasten. So soll es nun Steuererleichterungen für Altbausanierungen und Investitionen in erneuerbare Energien geben. Außerdem wurde ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung armer Familien, besonders im Süden, verabschiedet. (Acht Millionen Italiener gelten als arm.) Die geplante Neuverschuldung wird dadurch von 0,1 Prozent auf 0,5 Prozent erhöht. Ein großes Problem stellen für Italien die hohen Zinsen dar, die für Staatsanleihen gezahlt werden müssen. Waren diese nach Berlusconis Abgang deutlich gesunken, so haben sie seit Beginn der Turbulenzen um die spanischen Banken

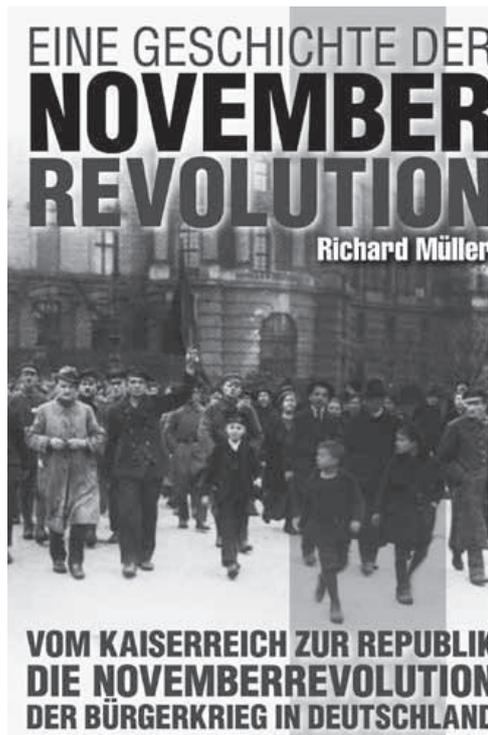
wieder zugelegt und reichten zeitweise wieder an die kritische Marke von sieben Prozent heran.

Seinen Popularitätsverlust versucht Monti nun als Druckmittel bei Verhandlungen um den Fiskalpakt zu verwenden: Wenn es dort keine Kurskorrektur gebe, könne für den Fortbestand seiner Regierung nicht garantiert werden. Auf europäischer Ebene gibt es somit einen gewissen Schulterschluss mit dem neuen französischen Präsidenten Hollande, der sich ebenfalls gegen die hauptsächlich von Deutschland propagierten rigiden Schuldenabbau aus-

spricht. Wie Hollande spricht sich auch Monti für Eurobonds, also für eine gemeinsame Schuldenverantwortung der Euroländer aus. Durch die Wahl Hollandes wurden innerhalb der EU die Kräfte gestärkt, die für einen moderateren Sparkurs eintreten. Eine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Politik ist damit aber keineswegs verbunden. Und inwieweit Modifizierungen gegen die Positionen Deutschlands und anderer nord- und mitteleuropäischer Staaten überhaupt zu realisieren sind oder nur kosmetische Korrekturen bedeuten bleibt abzuwarten.

15. Juli 2012 ■

BUCHEMPFEHLUNG



Richard Müller, Eine Geschichte der Novemberrevolution, Drei Bände in einem Band, 750 Seiten, Nachdruck der 1924 und 1925 erschienen Titel, Verlag Die Buchmacherei Berlin 2012, 19,95 Euro (ISBN 978-3-00-035400-7)

Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling – aber sie beflügelt die Hoffnung auf ein Ende des Winters. Eine zum Sozialismus strebende Arbeiterklasse ist in Deutschland und Europa nicht zu erkennen. Aber eine wichtige Aufarbeitung der deutschen Revolution von 1918/19 wird neu aufgelegt und findet Käufer; das ist erfreulich.

38 Jahre zuvor war es der Verlag Olle & Wolter, der Richard Müllers Arbeit dem Vergessen entriss. In der Folge der Studentenbewegung nach 1968 war damals ein Publikum auch unter politisch engagierten Lohnabhängigen entstanden, das Interesse an der politischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik hatte. Dokumente, Erinnerungen und historische Analysen aus der Zeit der Zwanziger Jahre wurden – auch von renommierten bürgerlichen Verlagen – wieder veröffentlicht oder fanden als sogenannte Raubdrucke ihren Weg auf die Büchertische. Allerdings hatte es auch schon vorher Rückblicke auf die revolutionäre Zeit nach dem I. Weltkrieg gegeben. Bereits 1961 gab die Europä-

ische Verlagsanstalt, Eigentum der sozialdemokratischen Medienholding, Arthur Rosenbergs lesenswerte Werke über Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik neu heraus, in kleiner Auflage und kleinem Lesepublikum. Kurz: Ladenhüter. Erst ab Ende der sechziger Jahre gab es für einige Jahre ein breiteres Interesse an klassenkämpferischer, sozialistischer Literatur.

Richard Müller fand keinen gutbürgerlichen oder sozialdemokratischen Verleger, dazu war seine literarische Arbeit zu sehr von revolutionärem Geist durchdrungen. Sein Antrieb als Buchautor bestand darin, Lehren aus den Klassenkämpfen der noch nahen Vergangenheit zu ziehen, um gemeinsam mit seinen Kampfgefährten die künftigen Kämpfe erfolgreicher führen zu können. Um auf diesem Wege erfolgreich sein zu können, musste sein Werk auf die wichtigen Aspekte der revolutionären Auseinandersetzungen fokussiert sein und es musste fesselnd geschrieben sein. Eine Auswahl an Zeitdokumenten ergänzt den Text und ermöglicht den Lesern genauere Einblicke, denen neben Details auch die Atmosphäre der Zeit wichtig ist. So behandelt er die letzte Spanne vom Kaiserreich zur Republik, die Zeit der Novemberrevolution selbst und den anschließenden Bürgerkrieg in Deutschland.

Die westdeutsche Bourgeoisie konnte nach dem II. Weltkrieg die politische Macht aus den Händen ihrer westalliierten Befreier entgegen nehmen. In ihrer politischen Rück Erinnerung ist sie gestört: Die deutsche Revolution von 1848 liegt ihr zu fern; die Novemberrevolution von 1918/19, die das Kaiserreich beseitigte und die Republik von Weimar schuf, hat sie nie gemocht, weil sie die politische Macht aus den Händen der Arbeiterklasse empfangen musste. Den Nationalsozialismus versucht sie zu verdrängen bzw. sie reduziert ihn im wesentlichen auf die Ermordung der Juden und den II. Weltkrieg und unterschlägt dessen primäres Ziel, die Vernichtung der Arbeiterbewegung. Anders dagegen die Lohnabhängigen in Deutschland: Wann immer sie den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufnehmen werden, werden sie ganz selbstverständlich an die nunmehr fast hundertjährige Tradition der Novemberrevolution anknüpfen. In diesem Sinne wünschen wir dem Buch von Richard Müller eine weite Verbreitung.

An den Verlag haben wir noch die Bitte, uns und der Nachwelt die Einleitung von Frank Dingel aus der Edition des Verlags Olle & Wolter 1974 zu erhalten, indem sie entweder als 2. Vorwort oder als Nachwort in die aktuelle Ausgabe aufgenommen wird. Frank Dingel verknüpfte darin die Erfahrungen aus der Novemberrevolution mit den Aktionsbedingungen der außerparlamentarischen Opposition unter den Bedingungen der damals noch zwei deutschen Staaten. Außerdem gibt er eine anregende Einschätzung der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914. Das ist für heutige und künftige Leser von Interesse. ■

Ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften blieb aus

Unter Gewerkschaftslinken hatten viele in die beiden größten Tarifrunden im Frühjahr 2012 Hoffnungen gesetzt, dass es endlich einmal eine Wende geben könnte in den Angriffen von Kapital und Regierung auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängigen Menschen. In der Dekade von 2001 bis 2011 hatte es achtmal Reallohnverluste gegeben (unter Berücksichtigung der Preissteigerungen), insgesamt sind die realen Nettolöhne in diesem Zeitraum um 5,5 % gefallen (isw-Wirtschaftsinfo 46, S. 26). Besonders in der Zuspitzung der Finanzkrise beeilten sich die Gewerkschaften mit niedrigen Tarifabschlüssen, verzichteten gar, wie die IG Metall 2009, darauf, Forderungen aufzustellen. Angeblich war in den öffentlichen Haushalten und den Personalbudgets der Konzerne kein Geld vorhanden, während Zig-Milliarden-Beträge für Rettungsschirme, Subventionen der Banken und Steuergeschenke an Konzerne und Vermögende ausgegeben wurden. Lohnerhöhungen, für deren Finanzierung branchenweit ein geringer Bruchteil dieser Summen oder auch nur der Nettoprofit von Daimler oder BMW ausgereicht hätte, galten als »überzogenes Anspruchsdenken« und als Gefährdung des deutschen Wirtschaftsstandortes, der »stärker aus der Krise« (Merkel) hervorgehen soll als die kapitalistische Konkurrenz in der Eurozone und auf dem Weltmarkt.

Aber in diesem Jahr sollte es anders werden. Zwei große Tarifbereiche, so schien es zu Beginn des Jahres, gingen zeitgleich in die Tarifrunde: Öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen mit 1,9 Mio., Metall- und Elektroindustrie mit 3,3 Mio. Beschäftigten. Auch die Forderungen von IG Metall und ver.di waren sehr ähnlich: »Die zwei mächtigsten Gewerkschaften stehen in ihren jeweils zentralen Tarifbereichen mit den fast gleichen Forderungen im Arbeitskampf. Das gab es noch nie«, so das der DKP nahestehende Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e. V. (isw). Ein Zusammengehen von ver.di und IG Metall, ein entschlossenes gar, könnte ein starkes Ergebnis bringen und eine tarifpolitische Wende einleiten. Am Ende der Tarifrunde im öffentlichen Dienst jedoch stand einmal mehr die Feststellung: »Die Botschaft ist leider nicht angekommen« (isw-Wirtschaftsinfo 46, S. 29). Der Abschluss von Bund und Kommunen, der von der zuständigen Tarifkommission endgültig angenommen wurde, enttäuschte solche Erwartungen, erst recht die Hoffnungen auf ein passables Ergebnis für die Niedrigverdienenden.

Gewerkschaften und Krise

Was können (und wollen) Gewerkschaften überhaupt tun, um eine politische Wende im Lohn- und Sozialabbau einzuleiten oder zu unterstützen? Wir kennen die Anforderungen, die Marx stellte: »Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu

gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems« (Marx: Lohn, Preis, Profit, MEW Bd. 16, S. 152). Wir kennen auch aus der Geschichte der Arbeiterbewegung etwa die Phase zwischen den Weltkriegen, in der starke reformistische und revolutionäre Strömungen sich als Arbeiterparteien (SPD, KPD) organisierten und in den Gewerkschaften um Einfluss und Hegemonie rangen. Im Kern ging es um die Fragen, ob die Arbeiterklasse im Kapitalismus eine Perspektive habe oder ob dieser überwunden werden müsse, und wenn ja, ob dies über den Weg friedlicher Reformen gelinge oder ob es einer Revolution bedürfe. Grundlage dieser Auseinandersetzungen war auf jeden Fall das Bestehen eines mehr oder weniger ausgeprägten Klassenbewusstseins, d. h. die Setzung der Interessen der Lohnabhängigen gegen die der Unternehmer statt Sozialpartnerschaft zum Wohle eines abstrakten »Ganzen«.

Die Gewerkschaften haben aus der schlimmsten historischen Katastrophe der gespaltenen Arbeiterbewegung, ihrer Niederlage gegen den NS-Faschismus in Deutschland, ihre speziellen Konsequenzen gezogen, die sie bis heute prägen. Die eine ist das unbedingte Festhalten an der Vorstellung der »Einheitsgewerkschaft«, die im Prinzip richtig ist. Faktisch aber wurde daraus die unangefochtene Vormachtstellung der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften, nach rechts flankiert durch VertreterInnen des CDU-/CSU-«Arbeitnehmerflügels«. Kapitalismuskritische Richtungen, Kommunisten gar, wurden mit der Konsolidierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems wieder vor die Tür gesetzt.

Die zweite Konsequenz, die nun aus der sozialdemokratischen Weichenstellung folgt, ist der prinzipielle Verzicht darauf, im Grundkonflikt mit Kapital und Regierung eindeutig Position für die Interessen der Lohnabhängigen zu beziehen. Die Gewerkschaftsführungen und die weit überwiegende Mehrheit der Basis sind weit weg von kritischen, besonders von marxistischen Einsichten in die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems (wie auch in die Zusammenhänge von Kapitalismus und Faschismus als notwendige Lehre aus der Geschichte). Sie orientieren auf Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung in den Unternehmen, friedliche Arbeitskampf- und Schlichtungsregelungen in den Lohnrunden, Regierungsanspruch über die sozialdemokratische Partei in Staat und Kommunen. Dies alles verdichtet sich in der Auffassung, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht gefährdet werden dürfe, dass man »nicht gegen die Wirtschaft regieren« könne (Exkanzler Schröder) und dass im Krisenfall eben »Kapital und Arbeit« zusammenstehen müssten.

Die heutige Situation unterscheidet sich freilich von der etwa der zwanziger Jahre mit der Konkurrenz von SPD und KPD bis in die ersten Jahre der Bundesrepublik. Dies endete mit dem Systemgegensatz des Kalten Krieges, dem Niedergang der KPD im Westen und ihrem verfassungsgerichtlichen Verbot (1956). Zu all dem trugen auch die Gewerkschaftsvorstände ihren Teil bei. Sie bekämpften die Tätigkeit von Kommunisten ebenso wie vor der Zeit des Faschismus und setzten ihr Verständnis von »Einheitsge-

werkschaft« mit drastischen Mitteln durch. Die weiteren Auseinandersetzungen in der BRD um die Wiederbewaffnung, die Notstandsgesetze, die Friedensbewegung der frühen achtziger Jahre, den Kampf um die 35-Stunden-Woche spiegelten diese Kräfteverhältnisse wider; stets suchten die Gewerkschaftsvorstände den Kompromiss mit den Herrschenden. Linke Opposition musste ebenso mit der Maßregelung infolge gewerkschaftlicher Unvereinbarkeitsbeschlüsse (Ausschluss von Funktionen oder gar Aberkennung der Mitgliedschaft) rechnen wie auf der staatlichen Ebene mit Berufsverbot im öffentlichen Dienst durch den sogenannten »Radikalenerlass« der Bundesregierung Brandt/Scheel.

Diese Auffassung von Verantwortung »für das Ganze«, den bürgerlichen Staat also, erklärt das Handeln der Gewerkschaftsführungen in der internationalen Finanzkrise unserer Tage. Die sozialen und materiellen Bedürfnisse der Lohnabhängigen geraten dabei unter die Räder – wie sich an Reallohnverlusten und Verschärfungen der Arbeitsbedingungen der vergangenen Dekade ablesen lässt, deren Sinn in der Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt liegt. Die auch von den Vorständen von ver.di und IG Metall unterstützte Politik der SPD-/Grüne-Koalition unter Schröder/Fischer, die auf die Schaffung und Ausdehnung eines Niedriglohnsektors durch Agenda 2010 und Hartz IV abzielte und von den nachfolgenden Regierungskoalitionen fortgesetzt wurde, führte erneut zur Herausbildung einer linken Protestströmung in den Gewerkschaften.

Diese organisierte sich teils in innergewerkschaftlichen Oppositionszirkeln wie der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken und dem Koordinierungskreis der

ver.di-Linken, teils parteipolitisch in der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG), die durch Fusion mit der PDS in der Partei Die Linke aufging. Es gab Demonstrationen unter dem Motto »Wir bezahlen nicht für eure Krise« bis hin zu den auch von einigen Gewerkschaftsgliederungen unterstützten Aktionstagen in Frankfurt im Mai 2012 unter dem Stichwort »Bloccupy«. Aber ein neues Klassenbewusstsein in den Massen der Lohnabhängigen ging hiervon noch nicht aus, und die Konzepte und Handlungen der Gewerkschaftsführungen änderten sich durch diese vereinzelt Bestrebungen bislang nicht.

Dieses in Jahrzehnten eingetübte Verhalten in den Gewerkschaften von der Basis her aufzubrechen, ist enorm schwierig. Die Gründe dafür sind in den differenzierten Klassenlagen der Lohnabhängigen selbst zu suchen. Für große Teile der Stammebelegschaften sind immer noch Spielräume gegeben, in Verhandlungen mit den Arbeitgebern, begleitet durch das Drohpotenzial von Warnstreiks, Zugeständnisse herauszuholen. Hierbei kommt zum Tragen, dass für die Masse der Beschäftigten auch durch die Hartz-Gesetze Deutschland noch kein Armenhaus wurde. Es ist immer noch in vielen Bereichen ein Hochlohnland, zusätzlich von einem mehr und mehr gefestigten Niedriglohnsektor begleitet. Das Ausspielen verschiedener Segmente der Lohnabhängigen in den Betrieben und in der Gesellschaft erlaubt auch unter heutigen internationalen Krisenbedingungen dem Kapital zweierlei: Senkung der Arbeitskosten und Erhaltung der sozialen Stabilität im Sinne der Kapitalverwertung. Insbesondere die Art und Weise, wie der aktuelle Tarifabschluss im öffentlichen Dienst ausgehandelt wurde, ist ein Beispiel dafür.

3. Juni 2012 ■



■ EINZELINTERESSEN LIESSEN DIE GEMEINSAME STREIKFRONT IN SICH ZUSAMMENFALLEN

Der angekündigte Streik, der doch nicht geführt wurde

Der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst kommt neben der Metalltarifrunde eine besondere Bedeutung zu. Schließlich betrifft sie nach Angaben der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeber (VKA) rund 2,2 Millionen Beschäftigte. Davon sind rund 1,1 Mill. bei den Kommunen, 445.000 bei in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, 220.000 bei den Sparkassen, 155.000 in der Ver- und Entsorgung und 100.000 im Nahverkehr, den Häfen und auf den Flughäfen beschäftigt. Beim Bund arbeiten nach Angaben von ver.di rund 141.900 Arbeitnehmer und in den Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform 17.500 Arbeitnehmer. Im Bereich der VKA sind ca. 87.000 Beschäftigte in der Ausbildung; beim Bund sind es 8.575.

Die Bundestarifkommission (BTK) leitete am 26./27. Oktober 2011 unter dem Motto »Du bist es wert« die inner-

gewerkschaftliche Forderungsdiskussion ein. Sie verwies auf den Nachholbedarf der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegenüber den Beschäftigten der Industrie und forderte eine Erhöhung der Reallöhne. Eine Bezifferung der Reallohnentwicklung verkniff sie sich. Die Reallöhne im Öffentlich Dienst sanken allein 2011 um 0,6 Prozent. Nach einer Untersuchung des WSI-Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung sind seit 2000 in Deutschland die Bruttolöhne um 2,9 Prozent zurückgegangen, wie »Die Welt« am 28. März 2012 vermeldete.

Die BTK verwies auch auf die unterschiedlichen Interessen der beteiligten Fachbereiche und hob hervor, dass es in der in der Forderungsdebatte darum geht »auch gemeinsame Stärke durch gemeinsame Ziele zu entwickeln, ohne die jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Bereiche, wie

z.B. die Versorgung (TV-V), den Nahverkehr (TV-N) oder die Krankenhäuser, aus den Augen zu verlieren.«¹

Die Besonderheiten einzelner Fachbereiche

Die Beschäftigten im Fachbereich Versorgung sehen Nachholbedarf gegenüber der privaten Energiewirtschaft. »Allein ein Blick auf die aktuellen Tarifsteigerungen, die zum Teil bis weit in das Jahr 2012 reichen, erklärt diesen Anspruch: Während sich zum Beispiel die öffentliche Energiewirtschaft mit Einkommenssteigerungen von 1,6 Prozent begnügen musste, ging die private Tarifwirtschaft mit über drei Prozent aus den jüngsten Tarifverhandlungen. Und dabei sind vorangegangene Tarifrunden nicht berücksichtigt, in denen sich die Schere zwischen den Entgelten der privaten und der öffentlichen Energiewirtschaft weiter geöffnet hat...«²

Die Krankenhäuser sind durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz unterfinanziert. Aus der Stellungnahme der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen vom 8. Mai 2012 geht hervor, dass die »mit den Tarifabschlüssen verbundenen Personalkostensteigerungen ... für die Krankenhäuser nicht mit einem durch die Grundlohnrate gedeckelten Budgetzuwachs von ... 1,48 Prozent in 2012 zu finanzieren (sind) zumal die minimale Zuwachsrate ... zur Sanierung der gesetzlichen Krankenkassen im Jahr 2012 von 1,98 Prozent auf 1,48 Prozent gekürzt wurde.«³ Die Tabellenentgelte der Ärzte der kommunalen Krankenhäuser wurden ab 01. Januar um 2,9 % erhöht. Zudem erhalten sie zum nächsten realisierbaren Zeitpunkt eine Sonderzahlung in Höhe von 440 € Der Tarifvertrag läuft bis zum 31.12.2012.

Die Sparkassenbeschäftigten verdienen zwischen 250 und 300 Euro weniger als die Beschäftigten bei den Privatbanken. Deshalb wollte ver.di im Anschluss an die Tarifrunde über eine Zulage verhandeln. Daraus wurde jedoch nichts.

Die Beschäftigten der Flughäfen und die Konkurrenz durch die GdF

Für die Beschäftigten des Frankfurter Flughafens und ver.di spielte der Streik der GdF eine nicht zu unterschätzende Rolle. Frank Bsirske drohte dem Management damit, dass ver.di für die Beschäftigten des Frankfurter Flughafens mehr Geld verlangen wird, wenn sich die GdF »nur in annähernder Größenordnung durchsetzen sollte«.⁴ Mit dieser Forderung trägt er der Diskussion den Beschäftigten bei Fraport, die zum Großteil bei ver.di organisiert sind, Rechnung.

So wies er in seinem Gewerkschaftspolitischen Situationsbericht zur Sitzung des Gewerkschaftsrates am 14./16. März 2012 in Berlin darauf hin, dass »der Fachbereich Verkehr in Hessen den Vorstand von Fraport angeschrieben und keinen Zweifel daran gelassen (hat), dass ver.di für den Fall überproportionaler Lohnsteigerungen im Vorfeld, die das Gehaltsgefüge am Flughafen ins Rutschen bringen, für vergleichbare Beschäftigtengruppen entsprechende Lohnerrhöhungen erwarten (wird) und dafür auch Arbeitskämpfmaßnahmen einzuleiten bereit sei.«⁵

Bsirske warf der GdF vor, mit ihrem Streik eine neue Debatte über die die Einschränkung des Streikrechts an-

gestoßen zu haben. »Wie reagiert die Gesellschaft, wenn eine klitzekleine Gruppe von Beschäftigten zehntausende andere am Arbeiten und Fliegen hindert? Muss das nicht den Gesetzgeber auf den Plan rufen und wenn ja, wie? Da besannen sich einige auf die BDA/DGB-Initiative zurück oder brachten, wie Ursula von der Leyen, Zwangsschlichtung oder gesetzliche Zwangsregelungen zu gemeinsamen Verhandlungen unterschiedlichster Gewerkschaftsorganisationen in die Debatte.«⁶ Dabei unterschlug er, dass auch Frank-Walter Steinmeier (SPD) der Kanzlerin das Angebot machte »kurzfristig eine fraktionsübergreifende Initiative auf den Weg zu bringen, um Regeln gegen eine Zersplitterung der Tarifpolitik«⁷ zu erarbeiten. Frank Bsirske selbst war einer der gewerkschaftlichen Hauptakteure der BDA/DGB-Gesetzesinitiative zur Beseitigung des Streikrechts für die unliebsame Konkurrenz, für kleinere und Sparten-gewerkschaften.⁸

Diskussion über Streikbereitschaft und Forderungskatalog

In der Diskussion auf Mitgliederebene spielten sowohl die Höhe des Mindestbetrags als auch der Prozentforderung eine wesentliche Rolle. Das Forderungspaket mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 5 Prozent in 2010 war als abschreckendes Beispiel noch in den Köpfen. Dabei war damals auch nicht viel herausgekommen. Hingegen war das Ergebnis der Tarifrunde 2008, dass einen Sockel von 50 Euro plus lineare Erhöhung vorsah, noch in positiver Erinnerung. Diesmal sollte jedoch mehr herauskommen als in den vergangenen Jahren.

Die hohe Verschuldung des Staates (der Länder und Kommunen), lässt nach Auffassung der verantwortlichen Politiker und der Unternehmen keine großen Gehaltssteigerungen zu; es gelte zunächst die Verschuldung abzubauen. Diese Argumentation, die auch bei einem Gros der Bevölkerung verhängt, beeindruckte die KollegInnen hingegen nicht. Sie hatten schließlich mitbekommen, dass die Konjunktur brummt und auch die öffentlichen Kassen Mehreinnahmen verbuchen konnten. Auch war ihnen eine Lohnerhöhung wichtiger als die Lösung der Staatsverschuldung, die sie nicht verursacht haben.

Begleitet war diese Diskussion von der Frage nach der Streikbereitschaft. Den Beschäftigten war klar, dass sie nichts rausholen können, wenn sie nicht bereit sind dafür zu kämpfen. Schon während der Forderungsdiskussion machte Frank Bsirske deutlich, dass ver.di zu Warnstreiks aufrufen wird, wenn die Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde kein akzeptables Angebot vorlegen.

Forderungen der BTK und Reaktion der Arbeitgeber

Die Bundestarifkommission (BTK) beschloss am 9. Februar die Forderungen zur Tarif- und Besoldungsrunde 2012:

- Das Einkommen sollte um 6,5 Prozent mindestens aber um 200 Euro steigen,
- Das Einkommen der Beschäftigten im Versorgungsbereich (TV –V) sollte um 7,9 % steigen,

1) Tarifbewegung 2012, 01/12

2) [https://ver-und-entsorgung.verdi.de/++skin++print/tarifarbeit?](https://ver-und-entsorgung.verdi.de/++skin++print/tarifarbeit?de=1) Dezember 2011

3) http://www.kgnw.de/aktuelles/jobkiller_gesundheitspolitik/tarifabschluesse/

4) FR vom 25.02.2012

5) Gewerkschaftspolitischen Situationsbericht zur Sitzung des Gewerkschaftsrates am 14./16.03.2012 in Berlin

6) Gewerkschaftspolitischen Situationsbericht zur Sitzung des Gewerkschaftsrates am 14./16.03.2012 in Berlin

7) <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-03/steinmeier-merkel-brief/komplettansicht> vom 02.03.2012

8) Wir berichteten über den GdF-Streik am Frankfurter Flughafen in der Arbeiterpolitik Nr. 1, 2012: »ver.di – Tarifpartner und Ordnungsfaktor im Interesse des Unternehmens Fraport«



- Die Beschäftigten der Flughäfen sollen eine Zulage von 90 Euro mtl. erhalten.
- Die Ausbildungsvergütungen sollen um 100 Euro mtl. erhöht werden,
- Unbefristete Übernahme der Auszubildenden
- Der Arbeitgeber soll die Fahrkosten zu auswärtigen Berufsschule tragen
- Das Ergebnis soll zeitgleich auf die Beamten (Bund) übertragen werden.

- 3,3 Prozent Entgeltsteigerungen, verteilt auf zwei Stufen: 2,1 Prozent ab 1. Mai 2012,
- weitere 1,2 Prozent ab 1. März 2013 (gleiche Erhöhungen für Auszubildenden und Praktikanten).
- Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro (Auszubildende: 40 Euro).
- Verbindliche Regelungen zur Übernahme nach der Ausbildung (bei entsprechendem dienstlichem/betrieblichem Bedarf für die Dauer von 12 Monaten sowie mindestens der Abschlussnote »befriedigend«).
- Regelungen zur teilweisen Fahrtkostenerstattung für Auszubildende bei
- Berufsschulblockunterricht.

Auffällig dabei war, dass besondere Interessen von TV-V und Flughäfen schon in dem gemeinsamen Forderungspaket zum Ausdruck kamen.

Die VKA bezeichnete die Forderungen »bei allem Verständnis für den Wunsch nach mehr Geld ... angesichts der Rekordverschuldung der Kommunen vollkommen illusorisch und inakzeptabel ... Die Unterfinanzierung schränkt den Handlungsspielraum der kommunalen Arbeitgeber ein. Personalkostensteigerung von sechs Milliarden Euro sind vor diesem Hintergrund nicht vertretbar.«⁹ Die Mehreinnahmen verschwiegen sie.

Ausführlich positioniert sich die VKA zum Mindestbetrag. Danach »wirkt der Mindestbetrag gerade in den unteren Entgeltgruppen schädlich.« Das seien jene Tarifbereiche des öffentlichen Dienstes, die ohnehin bereits auf oder gar über dem Niveau der Privatwirtschaft liegen. Nach Lesart der VKA ignoriert ver.di die gesamtwirtschaftliche Lage. Auch die Bundesregierung gehe nur noch von einem Wachstum von 0,7 Prozent für 2012 aus.

Verhandlungen und Warnstreiks

Geführt werden die Verhandlungen auf Arbeitnehmerseite von ver.di, GEW, GDP und dbb-union und auf der Arbeitgeberseite vom BUND und der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeber (VKA). Verhandlungsführer auf Gewerkschaftsseite war Frank Bsirske und auf der Arbeitgeberseite Thomas Böhle (VKA) und Innenminister Friedrichs. Die Verhandlungen begannen am 1. März in Potsdam. Die Arbeitgeber legten, wie erwartet, kein Angebot vor. Sie unterbreiteten Eckpunkte für die weiteren Verhandlungen. Darin lehnten sie einen Mindest- oder Sockelbetrag ab und begründeten dies damit, dass »gerade bei den unteren Entgeltgruppen Mindest- oder Sockelbeträge ... die öffentlichen Arbeitsplätze und den Verbleib in der öffentlichen Tarifbindung« gefährden. Ihrem Angebot nach soll »die lineare Erhöhung ... für alle Beschäftigten gleich hoch sein.«¹⁰

In der ersten Warnstreikwoche (5. bis 9. März) beteiligten sich bundesweit insgesamt 131.600 Beschäftigte an Kampfmaßnahmen. Das hört sich viel an, es waren aber maximal 6 Prozent der Beschäftigten.

In der zweiten Verhandlungsrunde am 12./13. März legten Bund und VKA ein Angebot mit einer Laufzeit von 24 Monaten vor:

Die Gewerkschaften lehnten ab. Nach ver.di-Berechnungen belief sich das Angebot auf eine jährliche Erhöhung um 1,77 Prozent und das bei einer Inflationsrate von 2,5 Prozent in 2012. Eine Annahme hätte weitere Reallohnverluste in den nächsten zwei Jahren gebracht.

An den Warnstreiks in der zweiten Aktionswoche (19. bis 23. März) beteiligten sich bundesweit rund 215.000 Beschäftigte. Dies waren 9,8 Prozent aller Beschäftigten. In allen Bundesländern stieg die Streikbeteiligung gegenüber der ersten Warnstreikwelle. Zudem traten in der diesmal auch die Beschäftigten der Flughäfen in den Ausstand. Der Zuwachs erklärt sich auch aus dem miesen Angebot der Arbeitgeber, dass zudem keine soziale Komponente enthält.

Auf der Streikdemonstration am 21. März in Dortmund hob Michael Wiese (Leiter des Landesbezirksfachbereichs Gemeinden NRW) vor rund 30.000 Streikenden hervor, dass der Mindestforderung nach 200 Euro eine zentrale Bedeutung zukommt. Nur wenn die Arbeitgeber hier ein akzeptables Angebot vorlegt, könne es zur Einigung kommen. Insgesamt streikten am 21. März in NRW 71.000 von gut 577.000 Beschäftigten. Die Streikbeteiligung im kampfstärksten Landesbezirk lag bei 12,3 Prozent der Beschäftigten.

Das Streikkonzept des ver-di-Vorstandes

In den beiden Aktionswochen waren alle Mitglieder zum Warnstreik aufgerufen. In einem regulären, längeren Streik sollten vor allem die Bereiche bestreikt werden, in denen die Arbeitgeber ökonomisch am empfindlichsten getroffen werden können. Nach Vorstellung der zentralen Arbeitskampfleitung sollten bei den Kommunen insbesondere die Ordnungsämter und Zulassungsstellen den Streik tragen. Flughäfen, Energiebetriebe, Krankenhäuser (OP-Personal) und die Werkstätten im Nahverkehr sollten das andere wesentliche Standbein sein. Geplant waren Aktionstage für bestimmte Bereiche, z.B. für die ErzieherInnen bis zu drei Tagen. Die anderen – und das ist die Masse – sollten einen Tag in der Woche raus. Geplant war der reguläre Streik für vier Wochen.

Diese Streiktaktik ist in der Mitgliedschaft umstritten. Insbesondere in kleineren ver.di-Bezirken ist es kaum möglich einige wenige Mitglieder längere Zeit in den Arbeitskampf zu schicken und die Masse einmal in der Wo-

9) Tarifinfo der VKA vom 13.02.2012

10) TARIFINFO der VKA vom 02.03.2012

che rauszuholen. Das halten die wenigen Streikenden auf Dauer nicht durch. Zudem werden sich die Arbeitgeber von diesen Nadelstichen kaum beeindruckt lassen.

Die offizielle Begründung für diese Streiktaktik von Gewerkschaftsseite: Die Bürger sollten geschont werden. Die Vorgehensweise scheint aber letztlich der Streikkasse geschuldet sein. Darauf weist die Stellungnahme des ver.di-Bezirksvorsitzenden von Gladbeck, Wolfgang Gottschalk, hin. Er betont: »*Ein Erzwingungsstreik ist auch für die Gewerkschaft mit hohen Kosten, extremen Arbeitsaufwand, je-der Menge Stress und großen Unwägbarkeiten verbunden.*«¹¹

Abschluss ohne Erzwingungsstreik

In der dritten Verhandlungsrunde vom 28. bis 31. März wurde dein Tarifkompromiss erzielt. Er sieht im Wesentlichen vor:

- Die Erhöhung der Entgelte in drei Stufen: 3,5 Prozent rückwirkend ab März 2012, weitere 1,4 Prozent ab Januar 2013 und noch mal 1,4 Prozent ab 1. August 2013 bei einer Laufzeit von 24 Monaten.
- Die Ausbildungsvergütung wird ab März 2012 um 50 Euro und zum August 2013 um weitere 40 Euro angehoben.
- Auszubildende haben nach bestandener Prüfung Rechtsanspruch auf Übernahme für zunächst 12 Monate, sofern bedarfsgerecht ausgebildet wurde. Bei Bewährung und dienstlichem Bedarf wird unbefristet weiterbeschäftigt. Diese Regelung gilt auch für den Pflegebereich.
- Die Beschäftigten bei den Flughäfen erhalten für das Jahr 2012 eine einmalige Sonderzahlung. Diese beträgt an Flughäfen mit weniger als 5 Mio. Passagieren (im Jahr 2011) 200,00 Euro und an Flughäfen mit mindestens 5 Mio. Passagieren 600,00 Euro. Die Tarifvertragsparteien werden im Jahr 2012 Tarifverhandlungen über eine Ertragsbeteiligung der Beschäftigten aufnehmen. Ein Ergebnis wird für das Jahr 2013 angestrebt.

Die neue Urlaubsregelung

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) kippte in seiner Entscheidung vom 20. März 2012 die Urlaubsregelung im TVöD wegen der Staffelung nach Lebensalter. Seiner Auffassung nach verstößt diese Staffelung nach Lebensalter »gegen das Verbot der Benachteiligung wegen des Alters.« Dieser Verstoß kann »nur beseitigt werden, indem die Dauer des Urlaubs ... in der Art und Weise ‚nach oben‘ angepasst wird, dass auch ihr Urlaubsanspruch in jedem Kalenderjahr 30 Arbeitstage beträgt.«¹² Die VKA befürchtete bei einem Urlaubsanspruch von 30 Tagen für die Kommunen in ersten Linie Arbeitsausfall von 1,6 Mill. Arbeitstagen jährlich. Umgerechnet entsprechen dieser Ausfall Mehrkosten von rund 250 Mill. Euro.

Die Arbeitgeber haben diese Neuregelung des Jahresurlaubs in der Tarifrunde gegen den Willen von ver.di auf die Tagesordnung gesetzt. Sie schlossen ohne Neuregelung des Urlaubsanspruchs ein Tarifergebnis aus und drohten mit Kündigung der Urlaubsvorschriften zum Jahresende.

Der Tarifkompromiss sieht eine Besitzstandswahrung vor. Alle, die schon Anspruch auf 30 Tage Urlaub haben, verlieren diesen Anspruch nicht. Ab 2013 sieht die Neuregelung einen Anspruch von 29 Urlaubstagen vor. Ab dem 55. Lebensjahr haben alle Beschäftigten einen Anspruch auf 30 Tage Urlaub; die Auszubildenden auf 27 Urlaubstage. Gewinner sind alle Beschäftigten bis zum vollendeten 30.

Lebensjahr. Sie haben nun drei Tage mehr Urlaub. Verlierer sind die Beschäftigten, bis zum vollendeten 40. Lebensjahr, da diese bis zum 55. Lebensjahr auf dem Anspruch von 29 Urlaubstagen stehen bleiben. ver.di nahm das Urteil nicht zum Anlass für alle 30 Tage Urlaub zu fordern und erklärte.

Kontroverse Entscheidungsfindung in der BTK

Die BTK beriet mehrere Stunden über das Verhandlungsergebnis. Kritisiert wurde vor allem, dass es keine soziale Komponente enthielt. Ein weiterer Kritikpunkt war die neue Urlaubsregelung. In einer ersten Abstimmung wurde das Ergebnis mit 43 zu 39 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt, insbesondere wegen des fehlenden Mindestbeitrages. Angenommen wurde das Verhandlungsergebnis im Wesentlichen von den Delegierten der neuen Bundesländer.

Nach der Abstimmung sind die Delegierten der Flughäfen, der Ver- und Entsorgungsbetriebe (insbesondere der Energiebetriebe), der Krankenhäuser und der Nahverkehrsbetriebe aufgetreten. Sie könnten ihren Mitgliedern die Ablehnung nicht vermitteln und sähen unter ihnen auch nicht die Bereitschaft in einen längeren Arbeitskampf zu treten. Die Sitzung wurde unterbrochen; die Landesvorstände berieten mit Frank Bsirske. Der ver.di-Vorsitzende soll sich für die Annahme des Ergebnisses stark gemacht haben. Bei den weiteren Kontroversen in der BTK ging es darum, ob ver.di einen Erzwingungsstreik bei Bund und Kommunen führen kann. Das verneinten die Delegierten einiger Landesbezirke. In einer zweiten Abstimmung stimmte die BTK dann mit 45 zu 30 bei sechs Enthaltungen dem Verhandlungsergebnis zu. »*Die Delegationen der Landesbezirke Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen-Bremen waren demnach mehrheitlich gegen die Vereinbarung.*«¹³

Die BTK empfahl den Mitgliedern dem Ergebnis in der Mitgliederbefragung zuzustimmen. Diese Befragung wird seit der Tarifrunde 2008 durchgeführt. Nach Auffassung von ver.di gebe sie einen guten Einblick in die Haltung der Mitglieder zu Tarifergebnissen. Nach der Arbeitskämpfrichtlinie, beschlossen durch den ver.di-Gewerkschaftsrat am 30. September 2010, kann der »*Bundesvorstand eine Mitgliederbefragung zu einem Verhandlungsergebnis beschließen. Sprechen sich mehr als 75 Prozent der Mitglieder gegen die Annahme des Verhandlungsergebnisses aus, kann der Bundesvorstand dieses Votum wie eine Urabstimmung zu einem Erzwingungsstreik behandeln.*«

Stimmen aus NRW Bezirken

Die ver.di-Bezirksgeschäftsführerin aus Oberhausen, Henrike Grevén, ging davon aus, »*dass das Ergebnis kritisch gesehen wird, da es keine soziale Komponente gibt*«, bezweifelte aber, dass »*bei einem längerem Streik auch mehr drin gewesen wäre.*«¹⁴ Wolfgang Gottschalk, ver.di Bezirkschef von Gladbeck rechnete mit einer Mitgliederbestätigung, obwohl »*mit der zweijährigen Laufzeit eine ganz dicke Kröte geschluckt werden musste*«. Die Mitglieder wüssten aber, dass bei jeder Tarifaufeinandersetzung am Ende nur ein Kompromiss stehen könne. Zugleich reihte er sich in die gemeinsame Front von Bundesregierung, SPD, DGB und Arbeitgebern gegen die Spartengewerkschaften ein. Er warf ihnen eine »*Politik der verbrannten Erde*« vor, die letztlich allen Beteiligten schade.¹⁵

11) www.derwesten.de 01.04.2012

12) BAG Entscheidung 9 AZR 529/10 vom 20.03.2012

13) junge Welt 02.04.2012

14) www.derwesten.de 01.04.2012

15) www.derwesten.de 01.04.2012

Die Mitgliederbefragung

Vor und während der Mitgliederbefragung wurden zahlreiche Versammlungen im ehrenamtlichen Bereich und mit den Mitgliedern auf betrieblicher Ebene durchgeführt. Dort wurde das Ergebnis kontrovers diskutiert. Wesentliche Kritikpunkte waren die fehlende soziale Komponente und die Neuregelung des Urlaubs. Die Gewerkschaftssekretäre gaben dabei Einblick in die Entscheidungsfindung der BTK. Sie empfahlen den Mitgliedern die Annahme des Ergebnisses.

An der Mitgliederbefragung vom 11. bis zum 24. April beteiligten sich laut ver.di rund 75 Prozent der zur Abstimmung berechtigten Mitglieder. Davon stimmten knapp 74 Prozent für die Annahme des Verhandlungsergebnisses. Die Beteiligung an der Mitgliederbefragung und die Ergebnisse in den einzelnen Landesbezirken und Fachbereichen waren unterschiedlich. In gut organisierten Bereichen war die Ablehnung des Verhandlungsergebnisses höher als im Durchschnitt. Die BTK stimmte am 26. April dem Tarifergebnis mit 67 zu 17 bei fünf Enthaltungen zu.

Das Ergebnis der diesjährigen Tarifrunde:

»Sozialpartnerschaftliches Geben und Nehmen«

Es gelang mit den Warnstreiks, ein von den Mitgliedern letztlich akzeptiertes Verhandlungsergebnis zu erzielen. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass die Arbeitgeber den Spitzen- und Fachkräften Lohnzuwächse zugestehen wollten. Sie brauchen den Zuwachs in den oberen Entgeltgruppen, um gegenüber der Privatwirtschaft konkurrenzfähiger zu sein. Eine soziale Komponente wollten sie genau aus diesem Grunde verhindern und haben sich damit gegenüber den Gewerkschaften durchgesetzt. Dies dürfte zu weiteren innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen führen, denn gerade die Bezieher der unteren Einkommen waren die Träger der Warnstreiks waren und hatten sich durch die soziale Komponente/Festgeldforderung höhere Einkommenszuwächse erwartet.

Bei der Diskussion um das Verhandlungsergebnis wurde deutlich, dass zwischen den einzelnen Fachbereichen keine Einigkeit besteht. Die Streikfront zerbrach daran, dass einzelne Bereiche ihre Vorstellungen erfüllt sahen. Sie waren nicht mehr bereit, den Kampf gemeinsam mit den Beschäftigten des Bundes und der Gemeinden um die Realisierung der ehemals gemeinsamen Forderung um den Mindestbetrag zu führen. Zu einem Erzwingungsstreik konnte ver.di sich angesichts des dann drohenden Zerfalls der Streikfront nicht durchringen.

Auf eine einjährige Laufzeit konnten die Arbeitgeber sich nicht einlassen. Sie wollten verhindern, dass es wieder zu gemeinsamen Tarifrunden der Beschäftigten des Bundes, der Kommunen und der Länder kommt und die nächste Tarifaueinandersetzung vor den Bundestagswahlen 2013 stattfindet.

Ein gemeinsames Vorgehen von ver.di und IG-Metall war nicht geplant. Für beide Gewerkschaften dürften die Wahlen in NRW eine Rolle gespielt haben. Sie wollten eine schwarzgelbe Regierung verhindern und hofften, dass die rote-grüne Regierung gestärkt aus den Wahlen hervorgeht. Das wollten sie keinesfalls durch Streiks stören. Abgesehen von diesem wahltaktischen Rücksichtnahmen ist es völlig unvorstellbar, dass die immer noch auf Sozialpartnerschaft setzenden Gewerkschaften gemeinsame Arbeitskämpfe führen, die dann zu einer Politisierung der Streiks und der beteiligten Lohnabhängigen führen könnten.

Perspektiven der Tarifpolitik

Erwähnenswert wie Gerd Herzberg, stellvertretender ver.di-Vorsitzender, die sichtbaren Veränderungen der Kräfteverhältnisse zwischen Lohnarbeit und Staat in Tarifrunden auf den Punkt bringt: *»Was noch vor Jahren durch Ausgleich, sozusagen durch Sozialpartnerschaft, möglich war, ist immer schwieriger geworden. Wir müssen immer stärker in die Auseinandersetzung gehen. Das wollen wir auch für die Zukunft. Wir haben die Einschätzung, dass diese Auseinandersetzungen nicht leichter, sondern eher härter werden. Dafür müssen wir uns vorbereiten. Deswegen ist es wichtig, auch in große Auseinandersetzungen, in große Arbeitskämpfe gehen zu können.«*¹⁶ Diese Einsicht dürfte nur bei einer Minderheit der Mitglieder und einem Teil der haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre vorhanden sein.

Für die Verbreiterung und Verankerung dieser Lehren müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Es reicht nicht aus, nur alte Mitglieder zu halten und neue zu gewinnen. Die alten und neuen Mitglieder müssen auch begreifen, dass sie sich bei einem Arbeitskampf nicht auf eine breite Unterstützung der Öffentlichkeit verlassen können. Sie können sich letztlich nur auf ihre eigene Kraft verlassen und über alle Parteigrenzen hinweg in den Arbeitskampf gehen. Bei den Vorbereitungen von gewerkschaftlichen Aktionen kommt den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten eine besondere Rolle zu. Sie sind vor Ort und von ihren KollegInnen gewählt worden, um die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb zu organisieren und die Verbindung zur Gewerkschaft zu halten. Es ist allerdings Fakt, dass nicht in allen Betrieben gewerkschaftliche Vertrauensleutkörper präsent sind. Ebenso ist die Bereitschaft, Vertrauensmann/-frau zu werden, gesunken. Beides hat zur Folge, dass die gewerkschaftliche Präsenz in den Verwaltungen gesunken ist. In die Personal- und Betriebsräte (BR bzw. PR) gewählte ver.di-Mitglieder sind ebenfalls »Vertrauensleute« der Gewerkschaft. Oftmals fühlen sie sich jedoch nur zum Teil als Gewerkschafter.

Dem Co-Management verpflichtete PR-Mitglieder verhalten sich gegenüber der Geschäftsleitung eher zurückhaltend und setzen damit ihr Alltagsgeschäft fort. Dabei achten sie bei betrieblichen Konflikten peinlichst darauf, das Heft nicht aus der Hand zu geben, um mit dem Arbeitgeber weiter im Geschäft zu bleiben. Dies kann dann zu Konflikten mit eventuell vorhandenen aktiven gewerkschaftlichen Vertrauensleuten im Betrieb führen, die die Beschäftigten über Infos und Aktionen in die betriebliche Auseinandersetzungen einbeziehen wollen. Wegen mangelnder Präsenz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben und Verwaltungen erscheinen aber oft die PR/BR als Hauptstützen der Gewerkschaft im Betrieb. Diese Art Auffassung von Personal- und Betriebsrätetätigkeit dürfte bei der Entwicklung von Abwehrbereitschaft in den Belegschaften eher hinderlich sein.

Klar ist, dass die Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute gestärkt werden muss. Die mangelnde Präsenz gewerkschaftlicher Verankerung über Vertrauensleute und Betriebsgruppen ist auch im ver.di-Apparat bekannt. Auf dem Gewerkschaftstag 2011 brachte der Gewerkschaftsrat einen entsprechenden Antrag ein: *»Auf dem Wege zu konsequenter Mitgliederorientierung – Entwicklungspotenziale in den Betrieben und Verwaltungen erschließen – Beteiligung sicherstellen«*. Mit dem Antrag allein ist es nicht getan.

3. Juni 2012 ■

16) Gerd Herzberg, stellvertretender ver.di-Vorsitzender auf dem Gewerkschaftstag 2011 im Rahmen der Diskussion um den Beschluss des Gewerkschaftsrats Juni 2010 um die Erhöhung des Streikfonds auf acht Prozent der Gesamtbeitragseinnahmen.

Zionistische Ideologie im »internationalistischen« Mäntelchen

BUCHBESPRECHUNG

Theodor Bergmann,
Der 100-jährige Krieg um Israel.
Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt,
86 Seiten, VSA-Verlag, Hamburg 2011

Der Verfasser Theodor Bergmann nimmt für sich in Anspruch, dass seine Bewertung der historischen Entwicklung Israels und seiner vergangenen und aktuellen Politik auf der Position eines »kritischen Kommunismus« und »revolutionären Internationalismus« basiert. Er beruft sich dabei unter anderem auf Rosa Luxemburg, August Thalheimer, Lenin, Isaac Deutscher. Seine Solidarität gelte »überall den Werktätigen, den verfolgten Kommunisten und Sozialisten, den Unterdrückten.« Der folgende Beitrag untersucht deshalb, ob der Verfasser seine selbst gesetzten Voraussetzungen – einen Klassenstandpunkt zu vertreten – tatsächlich einlöst oder ob die behauptete marxistische Herangehensweise nur ein Mantel ist, unter dem die existierenden Unterdrückungsverhältnisse in Israel/Palästina gerechtfertigt und verteidigt werden. Dazu werden drei Schwerpunkte¹ herangezogen, mit denen sich Theodor Bergmann in seiner Broschüre auseinandersetzt:

- seine Bewertung des Zionismus
- seine Bewertung der Kriege, die der Staat Israel seit seiner Gründung führte
- seine Auseinandersetzung mit Lösungsvorschlägen

Der Zionismus – eine Befreiungsbewegung?

Der Titel der Broschüre zeigt die israelische Staatsflagge mit dem bekannten »David-Stern«, die sich kreuzt mit einer roten Fahne der kommunistischen Bewegung, die das Emblem »Hammer und Sichel« trägt². So soll dem Leser

1 Über die drei Schwerpunkte hinaus bietet die Broschüre eine Vielzahl von diskussionswürdigen Einschätzungen und Urteilen, die wir hier aber wegen der Schwerpunktsetzung nicht aufgreifen wollen.

2 Das Motiv ist 1948 aus Anlass der Gründung einer sowjetischen Botschaft in Israel von der dortigen Kommunistischen Partei auf einem Plakat veröffentlicht worden.



offenbar vermittelt werden, dass es keinen Gegensatz zwischen Zionismus und kommunistischer Bewegung gebe: »Der Zionismus war eine der vielen nationalen Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts, deren historische Berechtigung Marxisten anerkannt haben.« (S. 25).

An anderer Stelle behauptet der Verfasser eine »friedliche ideologische Koexistenz« zwischen der **Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands** (SDAPR) und der 1906 gegründeten Partei **Poale Zion** (Arbeiter Zions) »Der ost- und westmitteleuropäische Zionismus hatte und behielt einen sozialistischen Charakter.« »Diese Poale Zion wollte eine säkulare Einwanderung nach Palästina als Arbeiter und Bauern. Sie waren keine Kolonialherren, sondern selbstarbeitende Kolonisten.« (S. 11)

Von Beginn an gab es zwischen Teilen der jüdisch-sozialistischen Bewegung, so wie sie sich seit 1897 organisatorisch im »**Bund jüdischer Arbeiter**«³ ausdrückten, und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) Widersprüche, die immer wieder zu Auseinandersetzungen führten. Allerdings blieben die Teile der jüdischen Arbeiterbewegung in Osteuropa, die Sympathien für zionistisches Gedankengut hegten, bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eine unbedeutende Minderheit.

Letztendlich handelte es sich um die Frage, ob die bedrückende Lage der jüdischen Bevölkerung im zaristischen Russland einer besonderen Lösung und eines besonderen Kampfes bedurfte und damit auch einer separaten Organi-

3 Der »Bund jüdischer Arbeiter« war eine Sektion der 1898 gegründeten SDAPR mit einem besonderen Autonomie-Status. Sie war 1897 in Vilnius gegründet worden als »Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland«. Die Mehrheit der »Bundisten« identifizierte sich mit dem Postulat »Hiersein und Bleiben«, eine Absage an die zionistische Aufforderung, nach Palästina auszuwandern.

sation oder ob sie nur durch einen gemeinsamen Kampf aller vom Zarismus Unterdrückten zu lösen sei.

Für eine Minderheitsfraktion des »Bundes«, die sich 1903 von der SDAPR abspaltete, und andere linkszionistische Organisationen war die durch den Niedergang des Feudalismus proletarisierte und verarmte jüdische Bevölkerung nicht ein besonderer Teil der russischen Arbeiterklasse, sondern eine eigene »jüdische Nation«, ein »jüdisches Volk«.

Dagegen stand für Lenin, Rosa Luxemburg und andere Kommunisten der gemeinsame Kampf aller Ausgebeuteten im Vordergrund und nicht die Schaffung eines besonderen »jüdischen Sozialismus« auf einer nationalen Grundlage. Eine friedliche Koexistenz beider Ideologien gab es nicht und wird vom Verfasser herbeifabuliert, um die grundsätzlichen Gegensätze zwischen zionistischer Ideologie und Sozialismus zu verschleiern.

Da sich der Autor auch auf Lenin beruft, sei eine Stellungnahme Lenins zitiert, mit der dieser in die Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern des »Bundes« und der SDAPR eingreift: *»Die wissenschaftlich völlig unhaltbare Idee eines besonderen jüdischen Volkes ist ihrer politischen Bedeutung nach reaktionär. Den unwiderleglichen praktischen Beweis hierfür liefern die allgemein bekannten Tatsachen der jüngsten Geschichte und der gegenwärtigen politischen Wirklichkeit. In ganz Europa ist der Verfall des Mittelalters und die Entwicklung der politischen Freiheit Hand in Hand gegangen mit der politischen Emanzipation der Juden, mit ihrem Übergang vom Jiddischen zur Sprache desjenigen Volkes, in dessen Mitte sie leben, und überhaupt mit einem zweifellosen Fortschreiten ihrer Assimilierung an die sie umgebende Bevölkerung. Sollen wir etwa zu den hausbackenen Theorien zurückkehren und erklären, daß gerade Rußland eine Ausnahme bildet, obgleich dank dem im jüdischen Proletariat erwachten heroischen Selbstbewußtsein die Befreiungsbewegung der Juden in Rußland viel tiefer und umfassender ist? Kann man etwa die Tatsache, daß gerade die reaktionären Kräfte ganz Europas und namentlich Rußlands gegen die Assimilation des Judentums zu Felde ziehen und bestrebt sind, seine Absonderung zu verewigen, als Zufall erklären? Die jüdische Frage steht so und nicht anders: Assimilation oder Absonderung? – und die Idee der jüdischen 'Nationalität' trägt offen reaktionären Charakter nicht nur bei ihren konsequenten Anhängern (den Zionisten), sondern auch bei denen, die versuchen, sie mit den Ideen der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen (den Bundisten). Die Idee der jüdischen Nationalität widerspricht den Interessen des jüdischen Proletariats, da sie in ihm unmittelbar und mittelbar eine der Assimilation feindliche Stimmung, eine ›Getto‹-Stimmung erzeugt.«*

(Lenin, Werke, Band 7, S. 90 – 91)

In letzter Konsequenz stellte sich für die jüdischen ArbeiterInnen um die Jahrhundertwende die Frage: Wollen wir eine Lösung an der Seite der arbeitenden Bevölkerungen im gemeinsamen Kampf um den Sozialismus oder wollen wir eine »nationale« Lösung in Palästina, die uns aber an die Seite einer imperialistischen »Schutzmacht« treibt. Zwei Richtungen schälten sich heraus: Die erste betonte die soziale Frage, die zweite betonte die (für ein als gegeben vorausgesetztes jüdisches Volk) die nachzuholende »nationale« Frage. Trotz dieser Betonungen gab es eine große Gemeinsamkeit zwischen »linken« Zionisten (z.B. Poale Zion) und bürgerlichem Zionismus: Beide gingen nicht vom Klassenstandpunkt aus, sondern stellten die »jüdische Volksgemeinschaft« an die erste Stelle. Und für diese jüdische Volksgemeinschaft sollte eine gemeinsame nationale Heimstätte geschaffen werden.

Bergmann verteidigt diese zionistische Ideologie, denn für ihn waren »die Juden offenbar doch ein Volk« (S. 12), das dann notwendigerweise auch »einen eigenen Staat mit allen seinen Attributen, also auch Militär und Geheimdienst«, haben müsse, um »damit nicht mehr ein wehrloses Volk« zu sein. (ebd. S. 10) Der Zionismus habe »sein Projekt verwirklicht und einen verteidigungsfähigen Staat für mehr als die verfolgte Hälfte des jüdischen Volkes geschaffen« (ebd. S. 25).

Auf wessen Kosten dieses »Projekt« geht, dass es von Beginn an im scharfen Gegensatz zu den Interessen der in Palästina lebenden arabischen Bevölkerung stand, interessiert den Verfasser nur am Rande.

Um zu verstehen, weshalb es gar keinen »linken, sozialistischen Zionismus« geben kann, Zionismus und Sozialismus vielmehr Gegensätze sind, ist es notwendig sich sowohl den historischen Kontext der Entstehungsgeschichte dieser Ideologie anzusehen als auch ihre konkrete Umsetzung in Palästina.

Geschichte des Zionismus

Der Zionismus entstand einerseits als Reaktion auf antisemitische Pogrome, vor allem in den Einflussbereichen des zaristischen Russlands, andererseits war er nur denkbar im Zusammenhang mit den sich herausbildenden bürgerlichen europäischen Nationalstaaten. Einer der ersten »Vordenker« eines jüdischen Nationalismus' war Moses Hess, ein Jugendfreund von Marx und Engels. 1860 verfasste er mit der Schrift »Rom und Jerusalem« ein erstes zionistisches Glaubensbekenntnis, in dem er klare Vorstellungen über die Rückkehr des jüdischen Volkes in das Land seiner Väter formulierte und zwar in enger Anlehnung an Ernest Lahanne, persönlicher Sekretär Napoleons III., der einen Zusammenhang zwischen »Der neuen Orientfrage und dem Wiederaufbau eines jüdischen Nationalstaates« hergestellt hatte. Im Kern sah Hess die konkreten Chancen eines Bündnisses zwischen den Interessen eines französischen Imperialismus und den »jüdischen Interessen nach nationaler und sozialer Emanzipation«. Seine Faszination des Kolonialismus erkennt man in seinem »Plan zur Kolonisation des Heiligen Landes«, den er mit der Vorstellung verband, dass »man dafür sorgen müsse, dass die Siedler sich militärisch organisieren, damit sie in der Lage seien, sich gegen die Beduinen zur Wehr zu setzen.« Im Keim enthält diese erste Schilderung einer zionistischen Utopie schon die Grundlagen des späteren palästinensischen Dramas in sich: Die Gründung und militärische Durchsetzung eines jüdischen Staates in Palästina – zugunsten des europäischen Imperialismus in Klein-Asien.

Von mehreren Großmächten gab es im 19. Jahrhundert Versuche, in Palästina (das damals noch zum osmanischen Reich gehörte) Fuß zu fassen. Dabei ging es nicht um eine direkte koloniale Intervention, sondern man übte »Interessenpolitik« als Schutzmacht für eine bestimmte »Religionsgruppe« aus und versuchte darüber seinen Einfluss zu vergrößern: So entwickelten alle christlichen Kirchen mit Unterstützung ihrer jeweiligen »Schutzmacht« fieberhafte Aktivitäten, um in Palästina diverse »heilige Orte« zu schützen oder zu installieren. Das zaristische Russland trat als Schutzmacht der orthodoxen Kirche in Jerusalem auf, England richtete ein Konsulat in Jerusalem ein und wachte gemeinsam mit Preußen über protestantische Interessen, Frankreich intervenierte 1840 im Libanon, um maronitische Christen vor den Drusen zu retten. Warum sollte also eine jüdische Besiedlung abwegig sein? Zumal in Palästina schon seit Jahrhunderten eine kleine jüdische Religionsgemeinschaft existierte. Vor allem England spe-

kulierte auf jüdische Interessen: Schon 1847 dachte der britische Ministerpräsident Disraeli darüber nach, wie sich mit einem »Judenstaat« eine Brücke zwischen »Europa und Asien« schlagen ließe.

Allerdings stießen die Pläne von Moses Hess vor allem im europäischen Judentum angesichts der allgemeinen bürgerlichen Emanzipationsbestrebungen und der damit verbundenen jüdischen Assimilation auf Unverständnis und Ablehnung. »Die überwiegende Mehrheit der Juden in Westeuropa wurde zu Anhängern der bürgerlichen Weltanschauung, sowohl des Liberalismus wie des ›aufgeklärten‹ Kaiser­tums (in Deutschland). Die alten jüdischen Anschauungen, die stark von der religiösen Orthodoxie geprägt waren, wurden ersetzt durch die Ideen der bürgerlichen Aufklärung – selbst jüdische Gelehrte bemühten sich um eine Synthese ihres Glaubens mit der rationalistischen Philosophie.«⁴ Dies galt vor allem für die jüdische Oberschicht; ein weiterer Teil schloss sich den entstehenden Organisationen der Arbeiterbewegung an und wurde Teil der sozialdemokratischen und später kommunistischen Strömungen. Erst unter dem Eindruck der furchtbaren Pogrome gegen Juden, die sich von Russland ausgehend in fast ganz Osteuropa ausbreiteten – über 160 Städte und Dörfer wurden zum Schauplatz von Massakern –, erfuhren zionistische Vorstellungen eine wachsende Akzeptanz, vor allem unter osteuropäischen Juden, die sich von der Auswanderung nach Palästina eine sichere Perspektive für ihr Leben erhofften. Die westeuropäischen Juden sahen in wachsenden Flüchtlingsströmen der verarmten osteuropäischen Juden eine Bedrohung für die eigenen erhofften Assimilationsbestrebungen; deshalb sahen sie in den zionistischen Besiedlungsplänen eine Möglichkeit die jüdische Wanderungsbewegung der verarmten Ostjuden nach Westeuropa aufzuhalten und nach Palästina umzulenken. Trotz umfangreicher Unterstützung durch den französischen Bankier Rothschild blieb die konkrete Einwanderung zunächst klein. Die sogenannte erste »Alija« 1891 bis etwa 1897 führte zu etwa 20 000 Siedlern, die gegenüber 700 000 Arabern, die meisten davon arme Bauern, die Land von feudalen arabischen Großgrundbesitzern gepachtet hatten. Sicher ist aber, dass sich nach den traumatischen Erfahrungen der Verfolgung und Ermordung in den osteuropäischen Ländern zionistische Vorstellungen weiter verbreiteten. So schrieb Leon Pinsker in Odessa als Reaktion auf diese Barbarei 1882 das Buch »Auto-Emanzipation«, in dem er ausführte, die einzige Lösung des Problems des Antisemitismus liege in der Zusammenfassung der Juden in einem geschlossenen nationalen Gebiet, einem »ständigen Asyl«. Junge Studenten gründeten daraufhin 1882 eine Organisation, die nach den hebräischen Anfangsbuchstaben des biblischen Wortes »Haus Jakob, erhebe Dich und Gehe« BILU benannt wurde und dieses Ziel hatte.

Theodor Herzl

Der Hauptvertreter der zionistischen Ideologie kommt jedoch aus Westeuropa: 1896 veröffentlicht der Wiener Journalist Theodor Herzl die zionistische Kampfschrift mit dem Titel »Der Judenstaat.« Die Kernthese lautet schlicht: Der Antisemitismus, als eine Form des Rassenhasses, kann nur durch die Neuorganisation der Juden innerhalb eines autonomen Gebietes ausgerottet werden. Dieses autonome Gebiet wäre der Zufluchtsort der Verfolgten, es wäre der Staat der Juden. Entscheidend für die Ausbreitung des Zionismus⁵ war **der erste zionistische Kongress im Jahre 1897**, zu dem 204 Delegierte aus aller Welt nach Basel gekommen

waren. Seit diesem Zeitpunkt ist von einer organisierten politischen Bewegung zu sprechen, die in großem Umfang finanzielle Unterstützung von westjüdischen Unternehmern und Bankiers erhielt. Dies war entscheidende Voraussetzung dafür, dass über den jüdischen Nationalfonds in großem Maßstab palästinensischer Boden von den Großgrundbesitzern, die den Boden an die Fellachen verpachtet hatten, erworben werden konnte.⁵

Der Baseler Kongress beschloss folgende Schritte: Das systematische Vorantreiben der Kolonisation Palästinas durch die Ansiedlung jüdischer Bauern, Handwerker und Arbeiter; die Zusammenfassung des gesamten Judentums mit Hilfe lokaler Vereinigungen und überregionaler Dachorganisationen; die Stärkung des jüdischen Zusammengehörigkeits- und Nationalgefühls – z.B. durch die Schaffung einer einheitlichen Sprache; Schritte, um die Zustimmung von Regierungen potentieller Schutzmächte zu erhalten.

Herzl war Realist genug um zu wissen, dass ohne imperialistische Schutzmacht, die ihre eigenen Interessen mit denen der Zionisten verband, kein jüdischer Staat in Palästina existieren könnte. Deshalb wies Herzl »dem Judenstaat« eine Funktion zu, die neben der Funktion, »Zufluchtsort aller Juden« zu sein, folgende Aufgabe hat: »Für Europa würden wir dort ein Stück des Walls gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen.«⁶ Entsprechend sind seine diplomatischen Schritte: Unterredung mit dem deutschen Kaiser; mit dem Sultan Abdul-Hamid II. (Palästina gehört zum osmanischen Reich); Audienz beim Innenminister des zaristischen Rußlands, von Plehve, einem der Hauptorganisatoren von Pogromen; Gespräche mit Witte, einem Minister des Zaren und fanatischer Antisemit; mit dem britischen Kolonialminister Chamberlain; mit dem Papst.

Der Zionismus geht also von Beginn an eine enge Koalition mit den reaktionärsten Kräften Europas ein. Dies ist auch nicht verwunderlich: Wenn wir uns die Ausführungen von Lenin vor Augen führen, wird klar, dass Zionisten einerseits und Reaktion und Antisemitismus andererseits bei allen Differenzen sich in einem Punkt treffen: Beide wollen die Integration und Assimilation der Juden verhindern. Die einen durch Auswanderung nach Palästina, die anderen durch Ausgrenzung und Vernichtung. So ist es auch wenig verwunderlich, dass Theodor Herzl in seinem Tagebuch erklärt: »Die Antisemiten waren unsere getreuesten Freunde, die antisemitischen Staaten werden es verstehen, unsere Verbündete zu sein.«⁷

In der vorliegenden Broschüre von Bergmann erfahren wir über diese Zusammenhänge nichts. Vom Standpunkt des Verfassers ist das schlüssig, denn sonst könnte er unmöglich vom Zionismus als einer nationalen Befreiungsbewegung sprechen, deren Berechtigung Marxisten anerkannt hätten. Der Zionismus musste sich nicht von imperialer Vorherrschaft befreien, sondern ging von Beginn an ein interessegeleitetes Bündnis mit »imperialen Schutzmächten« ein, die entsprechend der jeweiligen strategischen Interessen im Nahen Osten wechselten.

4 *Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld*, Broschüre, Autonome Nahostgruppe Hamburg, Gruppe Arbeiterpolitik, 1989. S.4

5 Eine ausführliche Darstellung jüdischer Einwanderung nach Palästina findet sich in der erwähnten Broschüre »Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld« unter dem Kapitel »Exodus-Einwanderung in die Wagenburg«

6 Herzl, *Der Judenstaat*, 1896, S.33, zit.nach: *Der Nahost-Konflikt, Materialien für Schulen und Erwachsenenbildung*, M7, Hamburg/Bonn 2004)

7 Herzl, *Tagebuch*, Bd.1, S.10, zitiert nach Jakob Taut, *Michel Warschawsky, Aufstieg und Niedergang des Zionismus, isp-Theorie 8*, Frankfurt/M., Mai 1982, Übersetzung aus dem Hebräischen von Jakob Moneta

»Sozialistischer Zionismus«

Neben diesem »bürgerlichen« Zionismus eines Theodor Herzl benennt der Verfasser eine zweite Richtung, den »sozialistischen Zionismus« der Poale Zion (Arbeiter Zions), »aus der später alle sozialistischen und kommunistischen Parteien Palästinas hervorgingen.« (ebd. S. 11) »Diese Poale Zion wollte eine säkulare Einwanderung nach Palästina als Arbeiter und Bauern. Sie waren keine Kolonialherren, sondern selbstarbeitende Kolonisten. Aus der Not der Gleichheit in der Armut bildeten sie die ersten Kibbuzim im Lande. [Poale Zion] wollte dort Arbeiter und Bauern, das Gegenteil zu den 'Luftmenschen' der Ghettos, wollte die 'jüdische Frage' selbst lösen.« (ebd. S.11)

Dass der Verfasser für diese angeblich sozialistischen Pioniere Sympathie hegt, wird an folgender Aussage deutlich: »Die Ideale und Werte der sozialistischen Pioniere, die eine sozialistische Gesellschaft der Gleichen erstrebten – ohne Kapitalisten und Ausbeutung – haben heute natürlich nur Erinnerungswert, obwohl sie für die Motivation der Pioniere äußerst wichtig waren; denn sie halfen ihnen, die Schwierigkeiten zu überwinden.« (ebd. S.44)

Was der Verfasser uns vorenthält, ist die Tatsache, dass »Gleichheit« nur für die jüdischen Siedler gelten sollte, die arabische Bevölkerung wurde erbarmungslos ausgegrenzt, von ihrem gepachteten Land vertrieben und bekämpft. Die »Ideale und Werte« von Poale Zion hießen: »Jüdischer Boden! Jüdische Arbeit! Jüdische Waren!«. Was diese Parolen in der Praxis bedeuteten, davon gibt David Hacoen, ein Führer der zionistischen Arbeiterbewegung, in der Ha'aretz vom 15.11.1968 eine aufrichtige Auskunft: »Ich mußte mit meinen Freunden viel über den jüdischen Sozialismus streiten; mußte die Tatsache verteidigen, daß ich keine Araber in meiner Gewerkschaft akzeptierte; daß wir Hausfrauen predigten, nicht in arabischen Geschäften zu kaufen, daß wir an Obstplantagen Wache hielten, um arabische Arbeiter daran zu hindern, dort Arbeit zu finden, daß wir Benzin auf arabische Tomaten schütteten, daß wir jüdische Frauen attackierten und die arabischen Eier, die sie gekauft hatten, vernichteten, daß wir den »Jüdischen Nationalfonds« hochpriesen, der Hankin nach Beirut schickte, um Land von abwesenden Großgrundbesitzern zu kaufen und die arabischen Fellachen vertrieb, daß es verboten ist einen einzigen jüdischen Dunam an einen Araber zu verkaufen. ... All das zu erklären war nicht leicht.«⁸ Letztendlich bedeutete diese Praxis nichts anderes als die Verdrängung eines anderen Volkes. Dass solche Boykottaktionen, gerichtet gegen arabische Bauern und Arbeiter, aber auch gegen jüdische Siedler, die Araber auf ihren Plantagen beschäftigten, rein gar nichts mit einem kommunistischen Standpunkt zu tun haben, liegt auf der Hand.

August Thalheimer

Dagegen haben Internationalisten und Kommunisten, darunter auch der von Bergmann vereinnahmte August Thalheimer, eine deutliche Position eingenommen. Es stimmt eben nicht, wenn der Verfasser mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit behauptet, Internationalisten hätten aus Enttäuschung darüber, dass die jüdische Frage nicht durch eine sozialistische Revolution gelöst werden konnte, zum Zionismus eine neutrale Position oder gar keine eingenommen. Dies gilt zumindest nicht für die KPD-O und damit auch nicht für August Thalheimer, wie folgende Auszüge aus einer Stellungnahme der »Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition« IVKO zeigen, die auf

8 zitiert nach »Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld«, ebd. S.6

Diskussionen reagierte, die in Palästina von jüdischen GenossInnen geführt wurden, die vor dem Naziregime nach Tel Aviv geflüchtet waren. Zur Frage des Zionismus heißt es darin: »Wir lehnen als Kommunisten den Zionismus prinzipiell ab. Warum? Weil er real – von aller ideologischen Einkleidung abgesehen – nichts anderes ist und unter den gegebenen Verhältnissen nichts anderes sein kann als ein imperialistisches Kolonialunternehmen. Dieser Charakter wird auch dadurch bedingt, daß a) die Besiedlung mit kapitalistischen Mitteln und kapitalistischer Führung in einem Kolonial- oder Halbkolonialland erfolgt; b) daß das politische Ziel die Aufrichtung eines nationalen jüdischen bürgerlich-kapitalistischen Staates ist.

Der besondere Charakter dieses imperialistischen Kolonialunternehmens ist dadurch bestimmt, daß die Juden sich auf keine eigene imperialistische Staatsmacht außerhalb des Siedlungslandes, auf kein eigenes imperialistisches Mutterland stützen können, also zwangsläufig Werkzeuge (unter Umständen auch Opfer) einer bestehenden imperialistischen Macht, die nicht ihre eigene ist, werden müssen. In Palästina des britischen Imperialismus, anderwärts etwa in Madagaskar des französischen Imperialismus usw.«⁹ Klar distanziert hat sich die KPD-O. bzw. IVKO jedoch von einem Einwanderungsverbot von Juden nach Palästina, so wie es von Führern der arabischen Nationalbewegung aufgestellt wurde: »Zionistische Einwanderung und jüdische Einwanderung überhaupt sind an sich verschiedene Dinge. Praktisch kommt allerdings heute jüdische Einwanderung in Palästina, die nicht zionistisch wäre, kaum in Betracht. Das darf uns aber nicht hindern, besonders mit Rücksicht auf die weiteren Perspektiven, die nach der künftigen Liquidierung des Zionismus bestehen, diese Unterscheidung zu treffen. Wir sind ganz allgemein gegen Einwanderungsverbote. Wir sind für unbeschränktes Einwanderungsrecht nach Palästina.« (Arbeiterpolitik, Nr. 1 / 2005, ebd.)

Unredlich ist es, wenn der Verfasser behauptet, August Thalheimer habe sich nach der Proklamation des Staates Israel am 14. Mai 1948 dazu positiv geäußert und diese Staatsgründung für notwendig erachtet. Worauf gründet der Verfasser diese Schlussfolgerung? Aus den von ihm zitierten Artikeln der »Internationalen monatlichen Übersichten 1945 – 48« geht diese Annahme in keiner Weise hervor. Vielmehr untersucht Thalheimer in seinem Beitrag »Palästina« vom Mai 1948, welche Bedeutung der Staat Israel für die imperialistischen Staaten England und USA einerseits und für die SU andererseits hatte, er erläutert die Widersprüche zwischen England und USA aus der kapitalistischen Konkurrenz und ihre Gemeinsamkeiten aus ihrer Gegnerschaft gegen die SU heraus: »Die USA arbeiten in Palästina sowohl zusammen als auch gegeneinander. Beide sind darin einig, zu verhindern, daß die SU dort eingreifen kann. Beide wollen Palästina mit dem Vorderen Orient als angelsächsisches Herrschaftsgebiet erhalten. Aber die USA versuchen zugleich, England die Vorherrschaft dort zu entwenden und für sich zu sichern. ... Die USA suchen sich den Staat Israel als ihr imperialistisches Werkzeug zu sichern.«¹⁰

Isaac Deutscher

Zu einem Kronzeugen für seine Verteidigung des Zionismus macht Theodor Bergmann auch Isaac Deutscher, der allerdings weit entfernt ist von jeder demagogischen Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus. Auch hier gibt der Verfasser nur solche aus dem Zusammenhang

9 Dokument aus dem Jahre 1938, Zur Palästinafrage und zum Zionismus«, in »Arbeiterpolitik« Nr. 1 / 2005

10 Internationale monatliche Übersichten 1945 – 48, August Thalheimer, Hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, S. 336

gerissenen Textpassagen wieder, die sich scheinbar in seine Ideologie einfügen. Dass Isaac Deutscher den jüdischen Staat aus den Erfahrungen von Auschwitz, wo er seine Familie verlor, und der Barbarei des Faschismus heraus für eine »historische Notwendigkeit« und für eine »lebendige Realität« hielt und dennoch kein Zionist war – diesen scheinbaren Gegensatz kann oder will der Verfasser nicht begreifen. Aber Isaac Deutscher selbst gibt dafür eine Erklärung: »Von einem brennenden oder sinkenden Schiff springt man herunter – egal wohin: in ein Rettungsboot, ein Floß oder einen Rettungsring. Der Sprung wird zur 'historischen Notwendigkeit', das Floß wird gewissermaßen zur Grundlage der gesamten Existenz. Aber folgt daraus, daß man den Sprung zum Programm erheben oder einen Floß-Staat zur Grundlage seiner politischen Orientierung machen muß? (.....) Für mich kommt es einer weiteren jüdischen Tragödie gleich, daß die Welt in der Mitte dieses Jahrhunderts, in dem der Nationalstaat zunehmend hinfällig wird, die Juden dazu getrieben hat, ihre Sicherheit in einem Nationalstaat zu suchen.«¹¹

Auf »tragische und makabre Weise« habe der Hitlerfaschismus sowohl das Erwachen eines jüdischen Nationalgefühls verursacht, indem er durch die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung jede Assimilation zunichtegemacht habe, als auch die Errichtung eines zionistischen Staates, der seine Legitimation aus dem Hinweis auf Auschwitz ziehe. »Den größten Beitrag zur Wiederbestimmung der jüdischen Identität hat Hitler geleistet, und darin besteht einer seiner bescheidenen nachträglichen Triumphe.« (Isaac Deutscher, ebd., S.27.) Der Zionismus sei der »politische Höhepunkt jüdischen Mißtrauens gegenüber der nichtjüdischen Welt« gewesen: »Zu Europas ewiger Schmach hat sich dieses Mißtrauen als nur zu berechtigt erwiesen. Erst nachdem dies auf grausamste Weise deutlich geworden war, nachdem von den 15 Millionen europäischer Juden sechs Millionen in den Gaskammern umgekommen waren und nachdem Israels sahen, wie die Briten die Geisterschiffe, beladen mit den Wracks des europäischen Judentums, von den Küsten Palästinas verjagten, wurde der Staat Israel zur Realität.« (Isaac Deutscher, ebd. S. 79) Der zionistische Staat ist also für Isaac Deutscher Ausdruck einer ganz spezifischen historischen Situation, deren einzige dauerhafte Existenzmöglichkeit er in der Überwindung des jüdischen Nationalismus und im Ausgleich mit der arabischen Bevölkerung sieht, denn »es waren die Araber, die schließlich den Preis für die Verbrechen zahlen mussten, die der Westen an den Juden begangen hatte.« (Isaac Deutscher, ebd. S. 92)

Von den Gegensätzen zwischen zionistischen Siedlern und arabischen Bauern und Arbeitern erfahren wir bei Bergmann nichts, im Gegenteil, für ihn hat die Besiedlung Palästinas in der Hauptsache positive Auswirkungen. »Entwickeln heißt bevölkern«, erklärt er uns. Die Einwanderung habe zur Entwicklung des Landes beigetragen, »wenn auch die arabische Bevölkerung einen geringeren Anteil an den Fortschritten hat und nicht völlig gleichberechtigt ist.« (Bergmann, ebd. S.15) Das ist schon eine arge Verharmlosung der tatsächlichen Lage der palästinensischen Bevölkerung bis heute. Die Besiedlung war eben untrennbar verknüpft mit der Enteignung und Vertreibung des größten Teils der palästinensisch-arabischen Bevölkerung.

Recht zu geben ist Theodor Bergmann in seiner Annahme, dass längst nicht alle jüdischen Einwanderer Zionisten waren; die meisten von ihnen, vor allem diejenigen, die vor den Nazis flohen, waren Verfolgte, denen jeder andere Weg versperrt war. Aber diese Verfolgten wurden notgedrungen

Teil der zionistischen Wagenburg, Teil eines Systems, das die Vertreibung eines anderen Volkes und militärische Expansion zur Grundlage hatte. Als Ende des 2. Weltkrieges Hunderttausende Juden, die den Holocaust überlebt hatten und denen Großbritannien und die USA die Einwanderung verwehrt hatten, notgedrungen nach Palästina drängten, fanden sie die zionistischen Strukturen und Organisationen schon vor. Die meisten von ihnen waren mittellos – was hätten sie also anderes tun können, als sich diesen vorgefundenen Bedingungen anzupassen?

Israels Kriege

Grundsätzlich stellt Bergmann Israel als einen »Kleinstaat« dar, der umgeben sei von feindlich gesinnten Nachbarn, die die Juden ins Meer treiben wollten. »Israel war damals nicht die Speerspitze des Imperialismus und ist heute nicht »der nahöstliche Degen des US-Imperialismus«, sondern ein Kleinstaat, der nur auf die Aktionen der Mächte reagieren kann, indem er bei jeder weltpolitischen Krise einen neuen 'Verbündeten' sucht.« (ebd. S. 40) Für ihn sind deshalb alle »Kämpfe der 1920er und 30er Jahre und die vielen Kriege um das Überleben des jüdischen Volkes, die Sesshaftmachung verfolgter Nomaden« – notwendig, weil sie dazu geführt hätten, dass das Volk nicht mehr »wehrlos in engen Ghettos sitzt, sondern modern bewaffnet in einer starken und genügend großen Festung.« (ebd. S. 56)

Wie stark die »Wehrhaftigkeit« Israels ist, machte ein Artikel in der FAZ deutlich, der sich unter anderem auf das Londoner International Institute for Strategic Studies berief. Demnach besitzt Israel 200 nukleare Sprengköpfe und modernste von den USA gelieferte Trägersysteme. Dazu kämen die von Deutschland gelieferten U-Boote, die sich für Atomwaffen umrüsten ließen. »Vieles spricht dafür, dass Israel schon atomar bewaffnet war, als 1967 der Sechstagekrieg begann. Während des Jom-Kippur-Kriegs im Jahr 1973 soll sich der damalige Verteidigungsminister Mosche Dajan ... vergeblich für eine »nukleare Demonstration« ausgesprochen haben.« (FAZ, 14.04.2012) Bekannt ist auch, dass in Dimona, einem Ort in der Negev-Wüste, ein geheimer Atomreaktor existiert.

Scharf kritisiert Bergmann die in der Mitte der 80er Jahre in Israel beginnende Debatte unter den sogenannten »Neuen Historikern«, die sich vor allem mit der offiziellen zionistischen Geschichtsdeutung und den Mythen, die sich um die israelische Staatsgründung ranken, kritisch auseinandersetzen. In Frage gestellt werden von ihnen unter anderem die behauptete Unvermeidbarkeit und Gerechtigkeit der Kriege, die Israel angeblich führen musste, wenn es nicht vernichtet werden wollte. Diese Positionen entwickelten sich vor allem nach der Auswertung von Moshe Sharets Tagebüchern, die nach heftigen Protesten und Prozessandrohungen zionistischer Kreise 1979 veröffentlicht wurden.

Im Gegensatz dazu folgt Bergmann der offiziellen Geschichtsschreibung, was sowohl deutlich wird an seiner Darstellung der Auseinandersetzungen um die Staatsgründung Israels als auch an seiner Erklärung des sogenannten 6-Tage-Krieges 1967. Nach seiner Auffassung war die jüdische Bevölkerung durch den Teilungsplan der Vereinten Nationen von 1947 benachteiligt. Er schreibt, »dass das zukünftige Israel aus zwei räumlich getrennten Teilen bestehen sollte, während der palästinensische Staat ein zusammenhängendes Territorium bilden würde. Flächenmäßig waren die Israelis zwar scheinbar bevorzugt, aber ein großer Teil ihres Gebietes war die Negev-Wüste, damals kaum besiedelt und später nur durch aufwendige und mühevoll Kultivierung bewohnbar gemacht. Israel sollte 56,47 Prozent

¹¹ Aus »Israels geistiges Klima«, Ersterscheinung in »The Reporter«, April/Mai 1954, zitiert nach: Isaac Deutscher, Die ungelöste Judenfrage, Rotbuch-Verlag Berlin, 1977, S.74

der Fläche erhalten, davon ein Drittel Kulturland in der Küstenebene, zwei Drittel in der Negev-Wüste. Jerusalem und Bethlehem sollten internationalisiert werden. Dieser Plan wurde von der Jewish Agency angenommen, von den Führern der Palästinenser aber abgelehnt.«

Wie »undankbar«, denkt sich der Leser, der die Hintergründe der behaupteten Ablehnung nicht kennt und natürlich auch in der Broschüre nicht kennenlernt, stattdessen »beginnen« Palästinenser im Bündnis mit den Nachbarstaaten einen Angriff, besetzen Galiläa und greifen Jerusalem an.

Was ist die Vorgeschichte der arabischen Ablehnung des Teilungsplans? Infolge des Faschismus kamen in den 30er und 40er Jahren immer mehr jüdische Flüchtlinge nach Palästina, 1948 lebten schon fast 700 000 jüdische Einwanderer in Palästina. Verbunden war diese Entwicklung damit, dass auf Grund der Landaufkäufe von den meist im Ausland lebenden Großgrundbesitzern immer mehr arabische Bauern ihre Pachthöfe verlassen mussten und sich in ihrer Existenz bedroht sahen. Von 1936 bis 1939 versuchten palästinensische Araber durch Streiks und schließlich durch einen nationalen Aufstand sowohl gegen die britische Mandatsmacht als auch gegen die zionistische Besiedlung dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. 1882 war der jüdische Bevölkerungsanteil erst 5 Prozent gewesen; 1945 war er schon auf über 30 Prozent gewachsen, besaß aber erst 6 Prozent des Bodens nach Eigentumstiteln. Dass der Teilungsplan der Vereinten Nationen von Seiten der palästinensischen Bevölkerung als zutiefst ungerecht empfunden wurde und alle bisherigen Befürchtungen noch übertraf, dürfte im Gegensatz zur Auffassung von Bergmann verständlich sein: Für die jüdische Bevölkerung, die 33 Prozent ausmachte, waren 56,4 Prozent des Landes vorgesehen, für die 66 Prozent der arabischen Bevölkerung jedoch nur 43,6 Prozent. Natürlich wurden die arabischen Einwohner zu diesem Teilungsplan, der Verzicht auf große Gebiete eigenen Landes vorsah, nicht gefragt.

Es ist David Ben-Gurion, erster Ministerpräsident Israels, der ein gewisses Verständnis für den arabischen Widerstand aufbringt, wenn er schreibt: »Das Land gehört ihnen, weil sie es bewohnen, während wir ankommen und uns hier niederlassen, und aus ihrer Perspektive wollen wir ihnen ihr Land wegnehmen, noch bevor wir hier richtig angekommen sind.... der Aufstand ist aktiver Widerstand seitens der Palästinenser gegen das, was sie als Usurpierung ihrer Heimat durch die Juden betrachtenHinter dem Terrorismus steht eine Bewegung, die zwar primitiv, aber von Idealismus und Selbstaufopferung geprägt ist.«¹²

Sofort nach dem Teilungsbeschluss erfolgte eine Fülle von terroristischen Aktionen bewaffneter jüdischer Kräfte, um die den Zionisten zugesprochenen Teilen Palästinas möglichst »araberfrei« zu machen und möglichst noch weiteres von Palästinensern bewohntes Land zu erobern. Noch vor der Staatsgründung Israels wurden mindestens 17 palästinensische Dörfer angegriffen, dabei 600 Zivilisten ermordet, Hunderte von Häusern gesprengt und Hunderttausende Palästinenser vertrieben. Das Massaker von Deir Jassin Anfang April 1948, bei dem 250 Menschen, in der Mehrheit Frauen, Kinder und Alte, ermordet wurden, und zwar von der Terrormiliz LEHI unter Führung des späteren Ministerpräsidenten Menachem Begin, hat wesentlich zu dieser Fluchtbewegung beigetragen. Der Einmarsch der arabischen Armeen kurz nach der Proklamation des Staates Israel war nichts anderes als Reaktion auf diese Entwicklung. Am Ende des 48er-Krieges hatte Israel statt der vor-

12 Zitat aus einer Rede von 1938, zitiert nach »Offene Wunde Nahost«, Noam Chomsky, Europa Verlag, Hamburg 2002, S. 32

Geburt Israels – Mythos und Wirklichkeit

Mit der Entstehung Israels sind bis heute mehrere Mythen verbreitet, die, sollten sie ihren Platz im Denken der Jüngeren weiterhin behaupten, »die Katastrophe unausweichlich« machen würden. Damit meinte Simcha Flapan, der sich als Israeli und ehemaliger Zionist für eine gerechte Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes einsetzte, die Konsequenzen aus der politischen Unfähigkeit, bei Fortsetzung der aktuellen Politik auf die jeweils andere Seite zuzugehen.

Von seiten Israels wollte Flapan damit beginnen und untersuchte deshalb nach der Veröffentlichung der Kriegstagebücher von David Ben Gurion 1982 weitere umfangreiche Dokumente, die um diese Zeit vom Israelischen Staatsarchiv und vom Zionistischen Zentralarchiv veröffentlicht worden waren. »Was sich mir bei der Lektüre der Dokumente aufdrängte, war die Erkenntnis, dass diese Mythen, die sich genau . . . zwischen 1948 und 1952 ausbreiteten, von den Dokumenten . . . flagrant widerlegt werden« (ebd. S. 14)

Diese Mythen waren: 1. Dass die zionistische Bewegung mit der UN-Teilungsresolution November 1947 ihren Anspruch auf einen sich über ganz Palästina erstreckenden Staat aufgegeben hätte – Ben Gurion war einer der entschiedendsten Verfechter dieses Anspruchs, darüber hinaus ein begnadeter Taktiker, der diesen Anspruch bei allen öffentlichen Kompromissen nie aufgegeben hat.

2. Dass die Palästinenser eine Teilung Palästinas kategorisch von Anfang an abgelehnt hätten. Nein, viele Vertreter dieser Seite suchten einen Kompromiss, erst der entschiedene Widerstand Ben Gurions gegen die Entstehung eines Palästinenserstaates trieb sie an die Seite des reaktionären Muftis, der dann den Krieg erklärte. (. . .)

6. Dass der Angriff der arabischen Streitkräfte am 15. Mai 1948 auf ein zahlenmäßig weit unterlegenes, schlecht bewaffnetes Israel traf. Ben Gurion selbst räumte ein, dass die eigentliche Selbstverteidigung nur vier Wochen dauerte; mit den dann eintreffenden Waffenlieferungen waren die besser ausgebildeten israelischen Truppen zu Lande, zur See und in der Luft den arabischen, zusammengesammelten Truppen weit überlegen. (. . .)

Das Buch von Simcha Flapan »Die Geburt Israels – Mythos und Wirklichkeit«, 1987 in den USA, 1988 in der BRD erschienen, kann nicht beiseite gelegt werden mit der Begründung, einige der »neuen Historiker« würden zu »Kronzeugen der Feinde des Staates« (Bergmann, ebd. S. 49) werden. Die hier offengelegten Zusammenhänge um die Gründungsjahre des Staates Israel haben allen Grund, ernsthaft diskutiert zu werden.

Simcha Flapan, Die Geburt Israels – Mythos und Wirklichkeit, 1987, München, 400 Seiten n

gesehenen 56,4 Prozent fast 78 Prozent Palästinas in Besitz genommen, 770 000 Palästinenser waren zu Flüchtlingen geworden. Dass bei diesen Kriegshandlungen auch Opfer unter der jüdischen Bevölkerung zu verzeichnen waren, ist unbestritten.

Das »Persönliche Tagebuch« von Moshe Sharett beschreibt, wie durch militärische Operationen, teils verdeckt, teils offen, gezielt Gegenangriffe provoziert wurden, die dann eine Grundlage für weitere Gebietseroberungen durch die israelische Armee wurden. (Moshe Sharett war



von 1948 – 1956 Israels Außenminister, von 1954 – 1955 Premierminister). In seinem Tagebuch hielt Sharett neben persönlichen Notizen minutiös fest, wie die arabischen Staaten in eine militärische Konfrontation gedrängt wurden, die das israelische Militär, nach 1945 zunehmend aufgerüstet durch die USA, immer sicher war zu gewinnen und wie man gegenüber der eigenen Bevölkerung den Mythos einer ständigen Bedrohung aufrechterhielt: *»Ich habe über die lange Kette von falschen Vorfällen und Feindseligkeiten, die wir erfunden haben, nachgedacht, über die vielen Zusammenstöße, die wir provoziert haben, die uns so viel Blut kosten; über die Rechtsverletzungen unserer Männer -die alle schlimmes Unheil brachten und den Lauf der Ereignisse festlegten und zur Sicherheitskrise beitrugen.«*¹³ Er zitiert unter anderem Moshe Dayan, General und Verteidigungsminister, der sich über die sogenannten »Vergeltungsschläge« wie folgt äußerte: *»Sie sind unser Lebensnerv. Sie...helfen uns, in der Bevölkerung und der Armee eine hohe Spannung aufrechtzuerhalten ... um junge Männer in den Negev zu bringen, müssen wir hinausschreien, daß er in Gefahr ist.«* (26.5.1955, Tagebücher, S. 1021). Das auch von Bergmann beschworene »Sicherheitsbedürfnis« des israelischen Staates hatte demnach im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen sollte der Zusammenhalt der äußerst heterogenen Einwanderergesellschaft durch ein ständiges Bedrohungsszenario zusammengeschweißt werden, zum anderen lieferte es die Legitimation für weitere Expansionsbestrebungen.

Auch bei der Darstellung des Sechstagekrieges 1967 folgt der Verfasser der offiziellen israelischen Geschichtsschreibung, nach der sich Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon und der Irak im Frühjahr 1967 zusammenschlossen, um *»Israel zu vernichten und die jüdischen Eindringlinge zu vertreiben; so ihre öffentlichen Erklärungen. Sie hatten in ihrer Siegesgewissheit wieder den Plan von 1947, die Juden ins Mittelmeer zu treiben.«* (S. 32) An anderer Stelle spricht der Verfasser von einem »notwendigen Sieg«, weil nur die Alternative Sieg oder Vernichtung Bestand hätte. (S. 33).

Der Publizist Ludwig Watzal lässt in seinem Buch *»Feinde des Friedens – der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern«* etliche israelische Politiker und Militärs zu Wort kommen, die eher das Gegenteil ausdrücken. So z.B. den General Matti Peled, der in der Le Monde vom 3. Juni 1972 erklärte: *»All jene Geschichten über die*

große Gefahr, der wir wegen unseres kleinen Gebietes ausgesetzt waren, kamen erst auf, als der Krieg zu Ende war, sie spielten in unseren Überlegungen vor Ausbruch der Feindseligkeiten keine Rolle. Vorzutäuschen, daß die ägyptische Armee, die an unserer Grenze stand, in der Lage gewesen wäre, die Existenz Israels zu gefährden, ist nicht nur eine Beleidigung für jeden, der die Lage analysiert, sondern ist primär eine Beleidigung der israelischen Armee.« (Matti Peled, zit. nach ebd. S. 34)

Um welche Interessen es bei diesem »Präventivkrieg« wirklich ging, benennt offenherzig der ehemalige Wohnungsbauminister Mordechai Bentov: *»Die ganze Geschichte der Gefahr einer Zerstörung wurde in jedem Detail im Nachhinein erfunden und übertrieben, um die Annexion arabischen Landes zu rechtfertigen.«* (Al-Hamishmar, 14.04.1971, Watzal, ebd. S. 34)

Und eben dies war auch das Ergebnis: die Eroberung und Besetzung der Westbank und des Gazastreifens verbunden mit Vertreibungen von 300 000 Palästinensern.

Auch Bergmann benennt die aus dieser Besetzung bis heute andauernden Probleme: *»Noch schwerwiegender waren die Folgen der Besetzung und der Siedlungen in den besetzten Gebieten. Diese verschärften die Spannungen mit der dortigen Bevölkerung. Die andauernde Besetzung – jetzt im 44. Jahr – zersetzt auch die Moral der Besatzungsmacht, führt zu Geschäftemacherei, Überheblichkeit und Brutalisierung.«* (Bergmann, ebd. S.33) Aber welche Lösungen bietet der Verfasser an?

Seine Lösungsvorschläge

Die Lösungsvorschläge Bergmanns sind – höflich ausgedrückt – naiv und simpel: Die Palästinenser rücken von unrealistischen Forderungen ab, z.B. nach einem Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge, gehen in Vorleistung mit einer Anerkennung des Staates Israels, dessen Sicherheit sie garantieren, dann werden die besetzten Gebiete einschließlich der Siedlungen geräumt und ein Palästinenserstaat entsteht. (ebd.,S.81)

Theodor Bergmann wird sehr genau wissen, dass die Forderung nach dem Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge zum Selbstverständnis des palästinensischen Widerstands gehört; kein palästinensischer Politiker, ob gemäßigt oder radikal, könnte es sich leisten, diese Forderung als Vorbedingung für einen Palästinenserstaat aufzu-

13 Sharett, zitiert nach Livia Rokach, Israels Heiliger Terror,1982, S.22

geben. Er würde sofort davongejagt. Nicht umsonst wurde die »Flüchtlingsfrage« bei allen Verhandlungen ausgespart und auf die sogenannten »Endstatusverhandlungen« verschoben.

Es besteht ein auffallender Widerspruch darin, dass Bergmann natürlich jedem Menschen, der sich zum Judentum bekennt, das Recht zubilligt, in Israel einzureisen und zu leben, während er den vertriebenen Palästinensern eine Rückkehr in ihr Land verwehrt. Für die circa 4 Millionen palästinensischer Flüchtlinge und ihrer Nachkommen gäbe es seiner Ansicht nach weder in den besetzten Gebieten noch im israelischen Kernland eine Existenzmöglichkeit. Dies sei undenkbar und dazu als Forderung reaktionär. Undenkbar ist es für den Verfasser natürlich nicht, dass sich Israel als Heimstätte für Juden aus aller Welt begreift und diesen jederzeit ein »Rückkehrrecht« anbietet.

Abgesehen davon, dass die PLO schon in der Osloer Prinzipienklärung von 1993 das Existenzrecht Israels anerkannt hat, hat Israel bis heute weder seine Grenzen definiert, geschweige denn konkret über einen Palästinenserstaat verhandelt. Nach den gescheiterten »Friedensverhandlungen« der letzten Jahre, in denen den Palästinensern immer neue »Vorleistungen« abverlangt wurden, nach dem Vorantreiben der Siedlungen im Westjordanland, der Annektierung Ostjerusalems und dem Bau der Mauer stellt sich die Frage, welche »Existenz« Israels denn eigentlich von den Palästinensern anerkannt werden soll. Denn inzwischen gehören aus der Sicht der israelischen Regierung zur »Existenz« Israels auch schon Ostjerusalem, Siedlungen auf der Westbank mit über 400 000 jüdischen Siedlern und immer mehr konfisziertes Land für zukünftige Wohnungsbauprojekte sowie die syrischen Golanhöhen.

Erhellend ist, dass Bergmann wohlwollend und ausführlich Amos Oz zitiert, der sich ein Ende des Okkupationszustandes auf der Grundlage des Clinton-Konzepts und der Taba-Vereinbarung vorstellen kann. Dies entspräche auch der Mehrheitsmeinung der Israelis. (ebd., S. 75) Der Verfasser spekuliert offensichtlich darauf, dass kaum ein Leser weiß, was sich tatsächlich hinter dem Taba-Abkommen verbirgt, denn sonst könnte er es kaum als Ausdruck israelischen Friedenswillens präsentieren.

In diesem Abkommen, das Folgeabkommen von Oslo I und deshalb auch Oslo II genannt, wurden der palästinensischen Seite Konzessionen abgepresst, die einen lebensfähigen, wirtschaftlich unabhängigen Palästinenserstaat in weite Ferne rücken, wenn nicht gar unmöglich werden lassen: Es steht für die völlige Zersplitterung der Westbank in verschiedene Zonen, wobei nur in einigen größeren palästinensischen Städten die Zivilverwaltung und die Kontrolle der Sicherheit auf die Palästinenser übergang und sich das israelische Militär zurückzog. In der sogenannten Zone B, die circa 420 Dörfer und Kleinstädte umfasste, bekamen die Palästinenser nur die zivilen Aufgaben übertragen, während 400 km Straßennetz und die Siedlungen de facto zu israelischem Staatsland (73 Prozent der Westbank!) erklärt wurden, umgeben von Checkpoints und Mauern, die die palästinensischen Gebiete und Dörfer voneinander trennen und aus ihnen »Bantustans« machen.

In der »Haáretz« vom 6. Juli 1995 kommentierte der ehemalige Vize-Bürgermeister von Jerusalem, Meron Benvenisti, das Taba-Abkommen folgendermaßen: »Es bleibt bei der Übernahme der Hälfte des Landes in der Westbank, Siedlungen in aneinandergereihten Blöcken, der Verteilung des Wassers zugunsten Israels, ökonomischer Ausbeutung, Behinderung der palästinensischen wirtschaftlichen Entwicklung ... Statt die Dinge selber zu regeln, werden israelische Verbindungsoffiziere für die palästinensischen Angestellten

Zur Rolle des Zionismus in Palästina

»Der Zionismus hat wie jede kolonialistische Bewegung den armen Bauern seiner besten Böden beraubt, er hat die vorgefundene gesellschaftliche Struktur verzerrt, er war der Agent des monopolistischen ausländischen Kapitals und diente dem Imperialismus in diesem Gebiet als Agent. Die Besonderheit des Zionismus macht es aus, dass es nicht sein Ziel war, die vorgefundene billige Arbeitskraft auszubeuten, sondern sie zu vertreiben, sogar dann, wenn sie rein wirtschaftlich gesehen viel rentabler war; außerdem war der Beitrag, den er für den britischen und später den amerikanischen Imperialismus leistete, nicht direkt wirtschaftlich, sondern politisch. Wenn der Imperialismus den Zionismus unterstützt hat und dies bis zum heutigen Tage tut, so nicht wegen des Profits, den ihm die Ausbeutung des israelischen Arbeiters eintragen könnte – der arabische Arbeiter ist ja vertrieben worden –, und auch nicht wegen der Rohstoffe, die sich in der Obhut der Israelis befinden, sondern wegen der politischen Rolle, die der Zionismus und der Judenstaat zur Verteidigung der imperialistischen Ordnung angesichts der Bedrohungen durch die arabischen nationalen Befreiungsbewegungen gespielt haben.«

Taut/Warschawski, Aufstieg u. Niedergang des Zionismus, 1982, S. 28 n

die Entscheidungen treffen, ebenso, wie es im Gaza-Streifen geschieht«. ¹⁴

Es ist schon ein Hohn, wenn der Verfasser solche »Diktate« gutheißt und gleichzeitig von sich behauptet, seine Solidarität gelte den Werktätigen, den Unterdrückten.

Seine Solidarität gilt auf jedem Fall nicht den unter dem Besatzungsjoch leidenden Palästinensern. Im Gegenteil: Praktische Solidarität mit ihnen ist ihm verdächtig. Dies wird überaus deutlich an der Art und Weise, wie er die Gaza-Hilfsflotte denunziert, die im Mai 2010 versuchte, die seit drei Jahren andauernde Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen. Geladen waren 1200 Tonnen Hilfsgüter für die verarmte Bevölkerung: Rollstühle, Lebensmittel, Baumaterial für Hütten, Medikamente, medizinische Geräte. Was macht der Verfasser daraus? Eine »Hilfsaktion« für die Hamas (ebd., S. 38), ein »heftiger Konflikt«, der »von außen betrieben wurde«, ein »Propagandaerfolg für die Hamas«, eine Aktion, die »außerhalb des Nahen Ostens und besonders in der BRD die antiisraelische Propaganda und auch den Antisemitismus nährte.« (ebd., S. 55) Kein Wort des Bedauerns angesichts der von israelischen Eliteeinheiten teilweise hinterrücks aus nächster Nähe erschossenen und schwer verletzten Teilnehmer, vielmehr Herunterspielen der israelischen Verantwortung, die von ihm als »diplomatische Unfähigkeit« verharmlost wird.

Es ist auch bezeichnend, dass sich der Verfasser nicht konkret mit der israelischen Besatzungspolitik auseinandersetzt, sondern auf allgemeine »Friedensbeschwörungen« beschränkt, denn sonst müsste er sich mit der Tatsache auseinandersetzen, dass Israel zunehmend Fakten schafft, die eine Zwei-Staaten-Lösung illusionär werden lassen.

Dazu gehört z.B. neben der völligen Abriegelung des Gaza-Streifens, deren Bevölkerung im Elend versinkt, der 2002 von der israelischen Regierung begonnene und inzwischen fast abgeschlossene 700 km lange Mauerbau, der das

¹⁴ zitiert nach Ludwig Watzal, Feinde des Friedens, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2001, S. 115

gesamte Westjordanland von Israel abgrenzen soll. Schon heute ragt die Mauer teilweise bis zu 22 km tief in extra zu diesem Zweck enteignetes palästinensisches Land hinein. Für eine militärische Pufferzone werden palästinensische Dörfer, Oliven- und Orangenhaine zerstört, Zugänge zu Feldern, Grundwasserbrunnen und Zisternen werden verhindert oder erheblich erschwert. Nach Schätzung sind durch diesen Sperranlagenkomplex 875 000 Palästinenser und 206 Ortschaften direkt betroffen. Die übergroße Mehrheit dieser Orte wird durch den Verlauf der Mauer Israel zugeschlagen. Die großen Siedlungsblöcke um Jerusalem und Tel Aviv, in denen insgesamt etwa 300 000 Israelis wohnen, sind inzwischen vollständig in die israelische Ökonomie integriert. Planungen des israelischen Wohnungsbauministeriums sehen weitere Zehntausende von Wohnungen im Westjordanland vor, auch als Reaktion auf die Massenproteste von jungen Israelis 2010, die in mehreren Städten gegen die hohen Preise auf dem Wohnungsmarkt protestierten. Die Mehrheit der Bewohner dieser Siedlungsblöcke begreift sich eher als »Siedler« wider Willen, die keine ideologischen Motive haben. Sie wurden vielmehr in die Siedlungen »getrieben«, weil es nur noch dort hochsubventionierten billigen Wohnraum gibt, der in Israel nicht mehr zu haben ist. Objektiv werden sie aber – bedingt durch den Sozialabbau und durch die Wohnungsnot in Israel – zu Nutznießern der palästinensischen Enteignung und Vertreibung. Ihre Umsiedlung in israelisches Kerngebiet ist faktisch nicht mehr möglich, auch weil es günstigen Wohnraum dort gar nicht mehr gibt. *»Die Fakten sprechen für sich«, schreibt die FAZ vom 2.5.2012, »Regierungsglieder brüsten sich damit, dass die Zahl der Siedler im Westjordanland in den vergangenen Monaten um 18 000 auf 360 000 gestiegen sei. Statt Siedlungen zu räumen, arbeitet das Kabinett daran, selbst diejenigen Siedlungen zu legalisieren, die ohne Genehmigung errichtet wurden. (...) Der Raum für einen lebensfähigen Palästinenserstaat wird von Tag zu Tag kleiner.«*

Auch Bergmann will in Wirklichkeit keine Rückgabe der durch den Siedlungsbau annektierten palästinensischen Dörfer und Ländereien, mit einem Argument, das noch einmal deutlich macht, wie sehr ethnisches und nicht das Denken von einem Klassenstandpunkt aus seine Argumentation bestimmt: *»Maximal 5 Prozent der Staatsbürger wohnen im besetzten Westjordanland. Nach ihren Erfahrungen in jüngster Zeit (Er verrät uns nicht, welche. Die Red.) wollen sie nicht als ethnische Minderheit unter fremder Herrschaft leben.«* (ebd., S. 26)

Das heißt einer ethnischen Trennungslinie das Wort zu reden, die sich materialisiert in einer Mauer, die »Juden« und »Araber« voneinander trennt.

Konsequenterweise hält Bergmann, da er ein gleichberechtigtes Zusammenleben von »Juden« und »Arabern« ausschließt, einen gemeinsamen, binationalen Staat für völlig abwegig. Die Befürworter einer solchen Idee befänden sich in äußerst fragwürdiger Nähe mit dem konterrevolutionären, antikommunistischen, theokratischen Regime im Iran und mit der Hamas. Außerdem unterstütze das Infragestellen eines jüdischen Staates den Antisemitismus. (ebd. S. 26, S. 72, S. 73) Dies sind natürlich »Totschlagargumente«, die den Verfasser in die Nähe der »Antideutschen« rücken lassen (von denen er sich an anderer Stelle distanziert), denn auch die Antideutschen ersticken jede Kritik am Zionismus mit dem Etikett »antisemitisch«.

Dabei müssten sich doch gerade Kommunisten dafür einsetzen, dass sich der »jüdische« Staat, der qua Definition alle Nicht-Juden zu Bürgern zweiter Klasse macht, zu einem Staat aller Bürger, die dort leben, wandelt. In einem Staat, der sich rein ethnisch definiert, werden die tatsächlichen

Klassenwidersprüche verwischt zugunsten von ethnischen Trennungslinien. So gelingt es der herrschenden Klasse in Israel immer wieder, die Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung, die sich am wachsenden Sozialabbau, an den Privatisierungen und an der hohen Arbeitslosigkeit entzündet, in Hass gegen »die Araber« umzulenken. Die »jüdische Volksgemeinschaft« muss sozusagen zusammen gegen die arabische Bedrohung stehen – so die zionistische Ideologie, die Bergmann letztendlich auch vertritt. Wer nicht Teil dieser »Volksgemeinschaft« ist, wird diskriminiert. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass arabische Israelis auch nach der Eheschließung mit Partnern aus dem Westjordanland erst nach jahrelangen Überprüfungen und Genehmigungsverfahren zusammenleben dürfen. Aber auch dann bleiben diese ein überwacht »Sicherheitsrisiko«, dürfen keinen Führerschein machen, erhalten keine Arbeiterlaubnis und sind so auch nicht sozialversichert. Palästinenser aus dem Gazastreifen, aus Syrien, Iran, dem Libanon und dem Irak haben überhaupt kein Recht auf Familienzusammenführung (FAZ, 17.01.12) Jüdische Familienzusammenführung ist sofort und unproblematisch realisierbar, nicht-jüdische Partner aus dem europäischen Ausland erhalten spätestens nach vier Jahren eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung mit Sozialversicherung und Arbeiterlaubnis.

Selbst eine formale »Gleichheit vor dem Gesetz« existiert also für arabische Staatsbürger nicht. Die Klage eines Knessetabgeordneten vor dem Obersten Gerichtshof wegen »Ungleichbehandlung« wurde zurückgewiesen: Begründung: *»weil es praktisch nur die israelischen Araber treffe (...)«* (FAZ, ebd.) Aus dem israelischen Regierungslager gab es Lob für diese Entscheidung, denn es ginge ja auch um die Bewahrung des jüdischen Charakters des Staates.

Wer also wie Bergmann den jüdischen, zionistischen Charakter des Staates Israel verteidigt, muss dann auch die Diskriminierung und Ausgrenzung aller der Menschen in Kauf nehmen und verteidigen, die Nicht-Juden sind. Eine Friedenslösung wird der Verfasser auf diesem Wege nicht finden, denn diese ist überhaupt nur möglich auf der Basis von politischer und sozialer Gleichberechtigung.

Wie schrieb Isaac Deutscher schon 1954? *»Solange eine nationalistische Lösung des Problems verfolgt wird, sind Juden wie Araber dazu verdammt, sich in einem Teufelskreis von Haß und Rache zu bewegen. (...) Langfristig könnte eine Lösung jenseits von Nationalstaaten gefunden werden, vielleicht im erweiterten Rahmen einer Nahostföderation. Dann könnte Israel unter den arabischen Staaten eine Rolle spielen, die seinem bescheidenen Bevölkerungsanteil ebenso entspricht wie seinen bedeutenden intellektuellen und geistigen Ressourcen. (...) Für beide Seiten ist eine übernationale Organisation wie eine Nahost-Föderation noch reine Zukunftsmusik. Aber manchmal ist dies die einzige Musik, die anzuhören sich lohnt.«* (Isaac Deutscher, ebd. S. 7) ■

GAZA
 von Joe Sacco
 2011,
 Verlag Edition Moderne,
 Zürich.
 432 Seiten, 17 x 24 cm
 Klappbroschur
 34,- EUR

www.editionmoderne.ch



Mit seinem ersten Buch »Palästina« (1992) hat Joe Sacco das Genre des Comic-Journalismus begründet. Getrieben von der Neugier, auch die Seite des Nahostkonflikts kennen zu lernen, die in den amerikanischen Medien stets übergangen wird, verbrachte Sacco 1991 zwei Monate in den besetzten palästinensischen Gebieten. Aus der Reise und den Begegnungen mit den unterschiedlichsten Menschen entstanden Bilder, die durch ihre Unmittelbarkeit und Eindringlichkeit bestechen. »Palästina« ist eine journalistische Dokumentation, die nach wie vor aktuell und dadurch äusserst beklemmend ist. In seinem neuen Buch »GAZA« (2010) greift der »zeichnende Journalist« zwei Massaker auf, die sich im Herbst 1956 im Gaza-Streifen ereigneten. Die Israelische Armee hatte dieses palästinensische Gebiet während des Suez-Krieges besetzt, weil sie dorthin geflüchtete ägyptische Soldaten verfolgte. Die zwei Massaker in Chan Yunis und Rafah durch die Israelis riefen seinerzeit keine große internationale Beachtung hervor.

Joe Sacco hatte bei seinen ersten Besuchen von diesen Ereignissen gehört und wollte nicht zulassen, dass diese Massaker aus dem historischen Gedächtnis einfach verschwinden. Er hat dann bei mehreren mehrmonatigen Besuchen im Gaza-Streifen erlebt, dass jüngere Leute ihn oft belächelt haben: Was nützte es ihnen, ihre Geschichte aufzuarbeiten, wenn jetzt, in diesem Augenblick, ihre Häuser zerstört wurden. Seine Antwort: *»Die Palästinenser können sich nie dem Luxus hingeben, eine Tragödie zu verdauen, denn immer ist die nächste schon im Anmarsch. Aber Vergangenheit und Zukunft sind Teil eines unerbittlichen Kontinuums.«* Sacco wollte die Vorfälle untersuchen, weil sie *»lehrreich sein könnten für alle, die verstehen möchten, warum und auf welche Art der Hass in die Herzen gesät worden ist...«*

Sacco hat seine Rechercharbeit und seine Kontakte zu den noch lebenden Augenzeugen ausführlich dokumentiert. Sozusagen auf einer zweiten Ebene begleitet er die Darstellung der eigentlichen Massaker 1956 mit der Darstellung seiner journalistischen Tätigkeit in Chan Yunis und Rafah in der Zeit 2001 bis 2005. *»In allen Reportagen ist es mir wichtig, dass der Leser versteht, wie ich arbeite, wie ich an meine Informationen komme und damit umgehe, wie ich gewisse Anekdoten auswähle, andere verwerfe, wie ich die Glaubwürdigkeit meiner Informanten überprüfe und einschätze usw. Der Leser soll aber auch verstehen, dass die Widersprüche die Wahrheit der Geschichte an sich nicht infrage stellen.«* Im weiteren Interview mit Christian Gasser in der NZZ antwortet Joe Sacco:

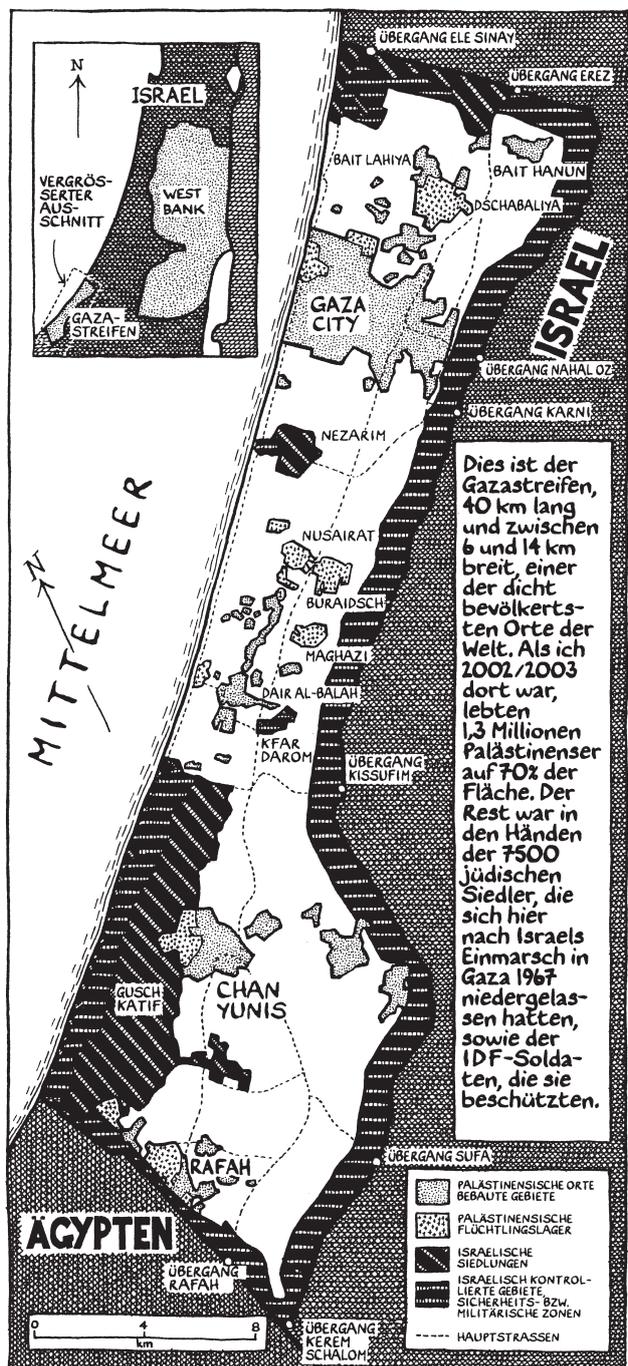
Frage: Sind Ihre Reportagen auch als Kritik an der Politik Israels zu verstehen?

Gewisse Leute werfen mir vor, auf Israel einzuprügeln. Diesen Vorwurf weise ich jedoch zurück, in »Gaza« durchleuchte ich möglichst präzise ein historisches Ereignis, und das macht mich nicht zum Kritiker der einen oder anderen Seite.

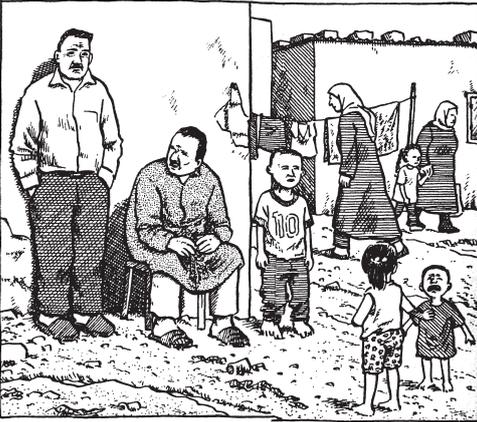
Dennoch: Warum räumen Sie der israelischen Perspektive nicht mehr Platz ein?

Ich habe auch in Israel recherchiert, ich habe mit Historikern wie Benni Morris gesprochen, einem seriösen, politisch

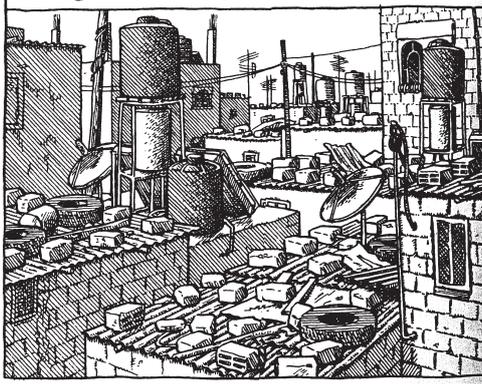
DER GAZA-STREIFEN



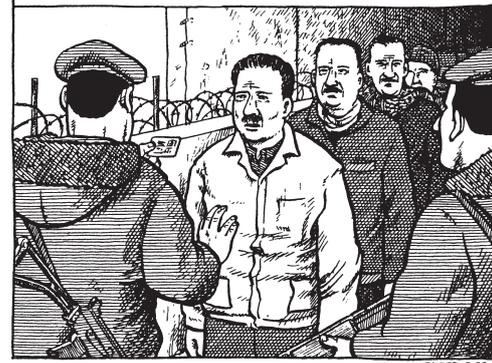
Die Arbeitslosigkeit unter den Palästinensern betrug hier um die 50%, etwa 70% lebten unter der Armutsgrenze von \$ 2 pro Tag.



Etwa zwei Drittel waren registrierte Flüchtlinge, Strandgut des Krieges von 1948. Die meisten von ihnen lebten in den acht größeren Lagern, die von der United Nations Relief and Work Agency UNRWA betreut werden.



Alle Übergänge von und nach Gaza wurden von den Israelis streng überwacht.



rechts stehenden Historiker, der die Vorfälle von 1956 im Gespräch freimütig als Massaker bezeichnet hat. Ich habe auch Offiziere und Soldaten aufgesucht, die vor Ort gewesen sein mussten, sich aber an nichts erinnerten. Ich habe israelische Forscher mit Recherchen in Archiven beauftragt. Es entpuppte sich jedoch als schwierig, an glaubhafte Informationen zu kommen und meine Mittel als Freelancer waren beschränkt. Nun hoffe ich, dass israelische Historiker dieser Geschichte aus ihrer Perspektive nachgehen.

Wo bleibt da die journalistische Objektivität?

Ich glaube nicht an die Objektivität, wie sie in amerikanischen Journalismus-Schulen gelehrt wird – ich glaube an Fairness. Wenn Sie Sachen sehen, die Ihren Überzeugungen widersprechen, dann müssen Sie sie zeigen. Natürlich vermittele ich in erster Linie eine palästinensische Perspektive, aber das heisst nicht, dass ich Partei ergreife oder ihre Rolle beschönige. Ehrlichkeit ist das Wichtigste.

Indem Sie in »Gaza« auch Ihren Aufenthalt im Gaza-Streifen beschreiben, geben Sie auch ein akkurates Bild der gegenwärtigen Situation. Warum war Ihnen der Bezug zur Gegenwart so wichtig?

Die Vorfälle unterscheiden sich, aber Vergangenheit und Gegenwart reflektieren einander. Mir war es wichtig, dieses sichtbar zu machen. Dafür eignen sich Comics besonders gut, man kann ein Bild aus der Vergangenheit direkt einem Bild aus der Gegenwart gegenüberstellen – der Leser erfasst beide Bilder und damit beide Zeitebenen nahtlos mit einem einzigen Blick. Ich spiele gerne mit den Stärken des Comics.

Durch die verschiedenen Ebenen der Darstellung verschränkt sich die erzählte Vergangenheit mit der Gegenwart, in der erzählt und erfahren wird. Die Rolle der Aktiven, der alten Fedajin-Kämpfer, der jetzt illegal Lebenden, der Nutznießer der Internationalen Hilfsorganisationen, der Resignierten, Verzweifelten, die tägliche Entwürdigung und Entrechtung durch die Besatzungsmacht, die Unmöglichkeit für die allermeisten Menschen, in Gaza einer normalen Lohnarbeit nachzugehen, dies alles wird anhand der dauernden Einbeziehung und Reflexion der Recherche-tätigkeit von Joe Sacco sehr eindringlich geschildert. Wenn er Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Zeugen hat, gibt er das zu erkennen. Die Zerstörung von palästinensischen Häusern in der Nähe der israelischen Grenzanlagen, die Auswirkungen auf das Leben der Bewohner, die mit dem militärischen Kampf gegen die Besatzungsmacht nichts zu tun haben wollen, das alles nimmt einen großen Raum ein, die Verzweiflung und die daraus folgende Radikalisierung von Jugendlichen, die dann zu Selbstmordattentätern werden, ist unmittelbar nachvollziehbar.

Die Rolle der Entscheidungsträger auf der israelischen Seite; Ben Gurion, Moshe Dajan, ebenso der Einfluss von US-Politikern, des ägyptischen Präsidenten Nasser, die Suez-Krise, wird in erläuternden Bildtexten knapp dargestellt und mit wenigen Zeichnungen illustriert.

Auch die politische Situation zur Zeit der Recherche-Besuche von Joe Sacco fließt in die Darstellung mit ein, wenn z.B. die Nachricht unter den Palästinensern umläuft, dass die amerikanische »Internationalistin« Rachel Corrie bei dem Versuch, die Zerstörung der Häuser im Grenzbe-reich zu Israel zu verhindern, getötet wurde.

Insgesamt ist das Buch in mehrere Episoden aufgeteilt, Am Ende des Bandes werden Dokumente aus israelischen Archiven und Aussagen von israelischen Interview-Partnern dokumentiert.

Joe Sacco, der als Reportagezeichner für »Time Magazine«, »The Guardian« und »New York Sunday Magazine« arbeitet, hielt sich zwischen Ende 1995 und Anfang 1996 mehrmals in der UN-Schutzzone im bosnischen Gorazde auf. Seine Erlebnisse dort veröffentlichte er im Jahr 2000 als gezeichnete Reportage in dem Buch »Safe Area Gorazde« (2010 unter dem Titel »Bosnien« auf Deutsch erschienen). Danach veröffentlichte er zwei weitere Bücher zum Krieg in Bosnien. Sacco hat seinen Zeichenstil deutlich weiterentwickelt, er arbeitet viel mit Schraffuren, mit denen er die hellsten Bilder aus der Sinai-Wüste bis zu Nachtbildern ohne jedes Licht darstellen kann. Alle für den Gang der Geschichte wichtigen Figuren sind differenziert dargestellt – bis auf seine Person selbst, die er deutlich als comic-Figur auftreten läßt und durch diese Distanz eine gewisse Selbstironie einbringt. Der Lebensalltag und die Umgebung der interviewten Menschen werden bis ins kleinste Detail sehr differenziert gezeichnet, die Bildfolgen und Ausschnitte sind weniger als in fiktionalen Comics dynamisiert, geöffnet und mit ungewöhnlichen Sichtachsen aufgeheizt, der von Sacco gewählte sparsame Einsatz solcher klassischen Comic-Mittel wird dem Thema gerecht. Die deutsche Übersetzung der Texte soll laut »Spiegel« ausgezeichnet sein, die Schrift zumindest ist in diesem Buch sehr gut lesbar.

Das hier vorgestellte Buch »Gaza« ist 2011 auf Deutsch erschienen. Schon für die englischsprachige Ausgabe, an der Sacco ca. fünf Jahre zeichnete, erhielt er mehrere Preise, die deutsche Ausgabe wurde zuletzt im Juni 2012 im Comic Salon Erlangen als »bester internationaler Comic« ausgezeichnet. Sacco arbeitet zur Zeit an einem Buch über die Armut in den Vereinigten Staaten.

Wir danken dem Verlag Edition Moderne Zürich für die Gewährung der Abdruckrechte einiger Seiten. Juni 2012 ■